

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für das III. Quartal 1890 ergebenst ein und erucht die auswärtigen Leser, ihre Bestellung bei den betreffenden Post-Anstalten so zeitig als möglich zu machen, um eine ununterbrochene Sendung der Zeitung zu ermöglichen.

Alle Postanstalten des Deutschen Reiches, der k. k. österreichischen Staaten, sowie von Russland, Polen und Italien nehmen Abonnements auf die „Breslauer Zeitung“ entgegen.

Neuzutretenden Abonnenten liefern wir auf Wunsch das „Kursbuch der Breslauer Zeitung Sommer 1890“ kostenfrei nach.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt am hiesigen Orte bei der Expedition und sämtlichen Commanditen 6 Mark Reichsw., bei Uebersendung in die Wohnung 7 Mark Reichsw., auswärts im ganzen Post-Gebiete des Deutschen Reiches und Österreichs mit Porto 7 Mark 50 Pf. Reichsw. — Wochen-Abonnement auf Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe incl. Abtrag ins Haus 60 Pf. Reichsw., auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf. Reichsw., auf die kleine Ausgabe 30 Pf. Reichsw.

Reise-Abonnements, täglich zweimal unter Streifband an die auf-gegebene Adresse — wobei Aufenthaltänderungen jederzeit Berücksichtigung finden — für Deutschland und Österreich pro Woche 1 Mark 10 Pf., für das Ausland 1 Mark 30 Pf. Bestellung nur bei der Expedition.

Uebersendungen von hier abonnierten Zeitungen nach auswärts erfolgen durch die Expedition (Postgebühr im Juli 1 M. 50 Pf.), von bei der Post abonnierten Zeitungen durch diejenige Postanstalt, bei welcher das Abonnement statifand. Uebersendungen sind vom Postamt, bei dem auch alle Beschwerden über Unregelmäßigkeiten in der Zustellung anzubringen sind, abzuholen; falls die Sendung in die Wohnung gewünscht wird, ist dies bei der ersten Abholung ausdrücklich zu beantragen.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Die Reichsfinanzen.

Die Vermehrung der Armee ist eine dringende Nothwendigkeit und die Frage, wie die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen sind, können wir uns auf eine spätere Gelegenheit versparen. Das sind die Motive, von denen sich die Majorität des Reichstags bei ihrer Abstimmung hat leiten lassen. Jeder Erörterung über die Finanzfrage ist der Schatzsecretär mit der Erklärung aus dem Wege gegangen, dass sich darüber die verbündeten Regierungen noch nicht schlüssig gemacht hätten. Die freisinnige Partei hat im Gegentheil geglaubt, dass die Finanzfrage gar nicht früh und gar nicht gründlich genug in Angriff genommen werden könne.

Der Hinweis darauf, dass England und Frankreich eine viel schwerere Last auf jeden Kopf der Bevölkerung zu tragen haben als wir, hat in unseren Augen gar keine Bedeutung. England ist das reichste Land der Welt; hier hat schon vor wenigstens zwei Jahrhunderten die Bildung größerer Capitalien begonnen, die bei uns kaum ein halbes Jahrhundert alt ist. Daß es jemals möglich sein werde, bei uns auf jeden Kopf der Bevölkerung so viel indirecte Steuern zu legen, als dies in England geschieht, ist schlechthin undenkbar. Auch Frankreich ist durch die natürlichen Productionsbedingungen so begünstigt, daß es wohlhabender ist als Deutschland. Man hat nur nötig, die häusliche Einrichtung einer französischen Familie mit derjenigen einer auf gleicher Stufe stehenden deutschen Familie zu vergleichen; zu vergleichen, wie sich die Bevölkerung in dem einen und in dem anderen Lande ernährt, um das bestätigt zu finden. Und bei alledem ist Frankreich mit Steuern überbürdet. Der unglückliche Krieg von 1870 hat ihm unerhörte Opfer auferlegt und die Abenteuer von Tonkin haben dieselben noch gesteigert. Die französischen Lasten mit den deutschen zu vergleichen, erscheint uns einfach als eine Ungeheuerlichkeit; man darf doch nicht darauf hinarbeiten wollen, daß das siegreiche Deutschland in eine ähnliche finanzielle Lage versetzt wird, wie das besiegte Frankreich.

Die Finanzen des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten befinden sich zur Zeit in keiner Nothlage. Es wäre eine ungerechtfertigte und schädliche Uebertreibung, das zu behaupten.

In diesem Augenblicke ist eine umsichtige und fähige Finanzpolitik noch im Stande, den Staatshaushalt völlig befriedigend zu gestalten. Die gründliche Beseitigung der Liebesgaben an Brenner und Zuckerfabrikanten, die Aufhebung der rechtlich unhaltbaren Steuerprivilegien des hohen Adels würde in diesem Augenblicke noch genügen, um alle drohenden Wolken zu verschleppen. Allein die Aufgabe eines Finanzmannes ist es nun einmal, seine Augen auch in die Zukunft schweifen zu lassen, und da haben wir mit einer Mehrzahl von sehr ungünstigen Factoren zu rechnen.

Wenn wir wüßten, daß die Erhöhung des Militäraufwands, die soeben beschlossen ist, die allerletzte sei, würden wir uns in einer ziemlich beruhigten Stimmung befinden. Aber wir wissen so ziemlich das Gegentheil. Wir werden jeder kommenden Reichstagsession mit der Erwartung entgegensehen müssen, daß in derselben neue Opfer gefordert werden. Der Trost, den Herr von Bennigsen uns spenden wollte, daß Frankreich nachgerade an die Grenze seiner Kraftanstrengungen gekommen sei und demgemäß auch Deutschland nicht nötig haben werde, Frankreich von Neuem zu überflügeln, hat für uns nichts Uebersetzendes. Wenn es sich nicht um Vermehrung der Soldaten handeln wird, wird es sich um Anschaffung neuer Waffen und Uniformen, Anlage neuer Festungswerke und ähnliche Dinge handeln.

Ein solcher Wettschritt, wie er seit Jahren zwischen den beiden Nationen geführt wird, findet in sich selbst kein Maß und Ziel.

Als auf einen gewissen Grad sind wir zu ungewöhnlichen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung unserer Schlagfertigkeit genötigt; das haben auch wir verkannt. Aber gerade, weil wir in dieser Beziehung stark in Anspruch genommen sind, hätte eine umsichtige Finanzverwaltung darauf hinarbeiten müssen, daß wir nicht auch nach anderen Seiten hin uns in große Verbindlichkeiten einlassen. Die Altersversicherung mit ihrem Reichszuschuss ist eine Einrichtung, mit welcher uns kein anderer Staat vorangegangen ist, und auch, wer diese Einrichtung für eine nützliche hält, hätte recht wohl seine

Stimme dafür erheben können, daß wir mit der Einrichtung derselben vorgehen, bis wir in eine bequemere Finanzlage gerathen seien.

Als der dritte erscheinende Umstand tritt die Colonialpolitik hinzu. Wer die Budgets seit dem Jahre 1885 durchmustert, kann in gutem Glauben zu der Ansicht gelangen, daß die Colonialpolitik uns nur mäßige Opfer gekostet hat. Wer sich aber an die Rechnungen über die wirklich geleisteten Ausgaben hält, wird schnell zu der Ansicht gelangen, daß ein hoher Procentantheil der stattgehabten Staatsüberschreitungen, namentlich in den Verwaltungen des Auswärtigen und der Marine in der Colonialpolitik seine Wurzeln hat, und daß wir mit unseren niedrigen Anschlüssen uns selbst getäuscht haben.

Vor mehr als Jahresfrist erreichte der Schuldenbetrag des Deutschen Reiches eine Milliarde; nicht lange Zeit mehr wird vergehen und dieser Schuldbetrag wird auf anderthalb Milliarden gestiegen sein. Nicht dieser Betrag ist es, der uns Sorgen einflößt, aber das rapide Steigen dieser Schuld, wie es in den letzten Jahren stattgefunden hat, ist für uns ein bedenkliches Symptom. In der Höhe der Schuldenlast gehen uns andere Staaten weit voran; in der Schnelligkeit, mit welcher es seine Schuldenlast gesteigert hat, steht das Deutsche Reich einzig da. Und diese Schuldenlast ist aufgewachsen in Zeiten des Friedens, und ein sehr geringer Antheil daran entfällt auf productive Anlagen. Wir wüßten außer dem Nord-Ostsee Canal kaum Etwas der Art namhaft zu machen.

Der Cours der Reichsschuldpapiere ist in den letzten Wochen sehr gesunken; nur derjenige der deutschen, während im Uebrigen die Anleihepapiere stabil geblieben sind. Dem Consortium, welches die letzte Anleihe übernommen hat, ist ein erheblicher Theil derselben auf dem Halbe geblieben, so daß es einen großen Schaden erlitten hat. Der Boden für neue Reichsanleihen ist keineswegs günstig vorbereitet. Wir sind der Ansicht, daß das Deutsche Reich eines Leiters der Finanzen bedarf, der mit kräftiger Hand das Gleichgewicht herstellt und der eine persönliche Verantwortlichkeit trägt. Den Schwerpunkt der Finanz-Verwaltung dauernd im Bundesrath zu belassen, ist unmöglich.

Momentbilder aus dem Reichstage.

XIII.

XX Berlin, 26. Juni.

Das Schicksal der Militärvorlage und der Windthorst'schen Resolutionen ist entschieden. In der dritten Lesung wird die heute vorgenommene Abstimmung, über welche der Telegraph schneller berichtet, als der gedruckte Brief, lediglich besiegelt werden. Für parlamentarische Körperlichkeiten im Allgemeinen und für den deutschen Reichstag im Besonderen wäre ein Normalisierungstag eine sehr schöne Sache. Fünf Stunden dürfte nach landläufigen Begriffen das Maß dessen bezeichnen, was die Praxis als zulässig und annehmbar gelten lassen könnte. Heute wurde dieses Maximalmaß der Sitzungsdauer nahezu überschritten. Ungefähr der fünfte Theil der Zeit wurde in Anspruch genommen durch eine Reihe persönlicher Bemerkungen, durch zwei namentliche Abstimmungen, so wie durch einen „Hammelfprung“. Die namentlichen Abstimmungen schienen geboten, weil die Wähler ein dringendes Interesse daran haben, die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den neuen Militärforderungen festgelegt zu sehen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung war von der linken Seite des Hauses, zu der die National-liberalen in diesem Falle nicht gerechnet sind, gestellt worden. Es versteht sich, daß die Tribünen auch am heutigen, dem dritten Tage der Militärbefragung, vollständig besetzt waren. Die militärischen Kreise waren durch ein starkes Contingent von Zuschauern vertreten.

Namens der süddeutschen Volkspartei sprach der Rechtsanwält Friedrich Payer aus Stuttgart, der Erwählte von Reutlingen-Tübingen. Er ist einer der vielen vortrefflichen Männer, die durch das berühmte evangelisch-theologische Seminar Blaubeuren hindurchgegangen sind, um später in nichttheologischen Berufen es zu hervorragenden Stellungen zu bringen. Payer ist ein sehr ruhiger, besonnener Redner; was er sagt, hat Hand und Fuß. Die schwäbische Dialectfärbung, die seinem Vortrag eigen ist, und die, wie man gewöhnlich sagt, der Sprache einen Stich ins Gemüthliche giebt, hindert ihn nicht, außerordentlich wirkungsvoll und eindringlich zu reden. Er sprach von der Treppe aus, die zum Bureau hinaufführt, und er hatte das Ohr des Hauses. Nicht vor ihm saß Bennigsen, der zum Worte gemeldet war und nach Payer sprechen sollte, dem Redner aufmerksam folgend. An vielen Stellen ertönte Payer die lebhafteste Zustimmung der Linken; von der Rechten wurde er durch Zwischenrufe nicht unterbrochen. Sehr geschickt war in seiner Rede die scharfe Betonung der geistigen Erklärung des Reichsschatzsecretärs, daß die Getreidezölle, welche bis dato von aller Welt, am meisten aber von agrarischer Seite, als Schutzzölle bezeichnet worden waren, die lediglich dazu bestimmt seien, die deutsche Landwirtschaft vor dem sonst unvermeidlichen Ruin zu retten, als Finanzzölle zu gelten hätten, deren Ertrag einen wichtigen Posten für die zu militärischen Zwecken benötigten Ausgaben bilden müsse. Hiernach sei an die Aufhebung der Getreidezölle vor der Hand nicht zu denken. Gegen Schluß der Sitzung zeigte Herr Graf v. Mirbach, daß die Agrarier in Bezug auf die Getreidezölle sehr festen Boden unter ihren Füßen fühlen müssen, indem er, herausfordernd und vorahnend triumphirend, der Linken ermunternd rief, sie möge doch so bald wie möglich eine Kornzolldebatte herbeiführen. Vermuthlich wissen die Agrarier, die so sehr auf die Getreidezölle pochen, schon jetzt ganz genau, daß sie auch für die Aufrechterhaltung der Höhe des Kornzolles mit Hilfe des Centrums und seines Anhangs und der National-liberalen eine Mehrheit im Reichstage zur Verfügung haben. Von historischem Werthe scheint mir die Konstatierung der Thatfache, daß auf die Aeußerung Payers, er hoffe, die heutige Abstimmung des Centrums werde dieselbe nicht auch für die Zukunft in regierungsfreundlichem Sinne binden, Windthorst, der neben Bennigsen dicht vor dem Redner saß, durch den Zwischenruf replicirte: „Sicher nicht!“ Ob das vorhalten wird? Man kann ja Alles bewilligen, und doch seinen Standpunkt wunderschön wahren — auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der „Resolutionen“.

Herr von Bennigsen spricht von seinem Plaze aus, dicht am Stenographentisch, deutlich vernehmbar in allen Theilen des Saales. Der erste Theil seiner Rede spitzte sich zu einer ziemlich heftigen

Anlage gegen die Deutschfreisinnigen zu, namentlich auch gegen die freisinnige Presse, welche durch ihre offene Darlegung der Kosten, die eine zukünftige weitere Ausbildung des Militarismus in dem vor einigen Wochen angedeuteten Umfange verursachen würde, sich in unverantwortlicher Weise des „groben Unfugs“ schuldig gemacht habe, eine Anlage, welche der folgende Redner von der freisinnigen Partei kurz, aber kräftig und erfolgreich zurückwies. Du lieber Gott, wenn die sachlich nicht widerlegten Rechenexempel der freisinnigen Blätter „grober Unfug“ sind, was waren dann die Verdröhnungen, Fälschungen und Lügen, welche die cartellistische Presse zu den Zeiten des von Windthorst so genannten „Septennatschwindels“ wochenlang trieb? Herr von Bennigsen rühmte mit großer Wärme die staatsmännische Haltung der Centrums-Abgeordneten; nur in einem Punkte wandte er sich mit großer Entschiedenheit gegen den Freiherrn von Huene, und zwar durch die Befürwortung der zweijährigen Dienstzeit — die er allerdings jetzt noch nicht eingeführt wissen will. Wann denn der Zeitpunkt für die Einführung gekommen sei, dafür gab Herr von Bennigsen keinen Anhalt. Er meinte nur, daß sich die Zukunftsbilder der Ausbildung jedes wehrfähigen Deutschen mit der Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit nicht werden vereinigen lassen. Wahrhaft grausam verfuhr Herr von Bennigsen mit der zweiten Commissionsrede des Generals Vogel von Falckenstein, an der er kein gutes Haar ließ. Mit beizender Ironie ipottete er über die volkswirthschaftlichen Anschauungen, nach welchen sich der Deutsche unglücklich fühlen soll, wenn er nicht volle 3 Jahre in der Kaserne leben könne. Eine interessante Begleiterscheinung in der Bennigsen'schen Rede war der intime, gleichsam zwischen den Zeilen sich abspielende Verkehr zwischen ihm und dem in seiner nächsten Nähe sitzenden Abgeordneten Rickert. Letzterer fühlte sich wiederholt in die Lage versetzt, durch leise, nur für Herrn von Bennigsen berechnete Zwischenbemerkungen gegen Irrthümer desselben zu remonstriren, und Herr von Bennigsen reagierte auf diese Einwürfe; zuweilen fragte er, gleichfalls in gedämpftem Tone, Rickert nach einigen Ziffern und anderen thatsächlichen Angaben, und über diesen freundschaftlichen Privatverkehr der beiden Nachbarn hinweg polemisirte Herr von Bennigsen gegen die freisinnige Partei, Rickert nicht ausgeschloffen. Kann man Politisches und Persönliches mit mehr Connivenz auseinanderhalten?

Für die Conservativen ging Herr von Kardorff ins Gefecht. Der Herr Landrath des Kreises Dels ist nach meinem Dafürhalten — und diese Ansicht ist keine vereinzelte — ein recht unglücklicher Bertheidiger schon einer guten Sache, wie viel mehr aber noch einer Sache, die sich schwer vertheidigen läßt. Zum Redner fehlt ihm so ziemlich Alles: die rhetorischen Formen, durch welche man auch rein äußerlich zu wirken vermag, kennt er entweder nicht oder er mißachtet sie mit einer für ihn verhängnißvollen Nonchalance. Daß man eine Rede so aufbauen könne, daß sie wie ein organisches Ganzes erscheint, ist ihm anscheinend verborgen. Was er spricht, ist eine lose Zusammenhäufung von Einsäßen. Gewisse stereotype Wendungen, wie „das steht doch unzweifelhaft fest“, „das ist doch nicht zu leugnen“, „da kann doch Niemand widerprechen“, die gerade immer dann auftauchen, wenn sie die Wirkung des stärksten Contrastes zu allen thatsächlichen Voraussetzungen des Behaupteten machen müssen, sind keineswegs eine angenehme Zugabe der Kardorff'schen Reden. Seinen Parteigenossen scheint Herr von Kardorff als parlamentarischer Vertreter ihrer Anschauungen hauptsächlich deshalb zu imponiren, weil er in seinen Angriffen auf die linke Seite des Hauses sich dem Ton, den wir seit Jahren in der officiösen Presse gewöhnt sind, in einer für agrarische Anschauungen herzerfrischenden Weise nähert. Herr von Kardorff hat die fatale Liebhaberei, bei allen möglichen Gelegenheiten mit den Socialdemokraten zu plänklern und sie durch die kühnsten Behauptungen zu provociren, wobei er zu seinem Unglück gänzlich aus den Augen läßt, daß ihn die Angehörigen dieser Partei absolut nicht als den gefährlichen Gegner anzusehen sich herbeilassen wollen, für den er sich selber zu halten scheint. Es ist denn auch Thatsache, daß oft eine einzige Zwischenbemerkung Bebel's oder Singers genügt, Herrn von Kardorff in stylvollster Weise, nicht selten unter schallender Heiterkeit der Mehrheit des Hauses, abzuführen. Auch für die freisinnige Partei hat Herr von Kardorff schon längst, wenn er sie je gehabt haben sollte, alle Schrecken verloren, so lebhaft er auch manchmal gegen dieselbe gestikulirt und so freigebig er auch den ganzen Vorrath seiner an den wunderfamsten Uebertreibungen und Schiefheiten frankenden Ausfälle über die Häupter der Freisinnigen auszuschießen liebt. Wie leicht es unter Umständen ist, den Hauptredner der Conservativen zu entwaffnen, zeigte erst heute das Wortgefecht zwischen ihm und Rickert, aus welchem mit peinlicher Klarheit hervorging, daß Herr v. Kardorff über eine ungewöhnliche Anlage zur Vertretung von Irrthümern verfügt, die er als solche bei einem weniger lebhaften Verlangen, den Gegner in blindem Eifer über den Haufen zu rennen, un schwer erkennen könnte. Jedenfalls ist der deutschfreisinnigen Partei Herr von Kardorff als parlamentarischer Wirthalter der Rechten der liebste Gegner, weil er der unschädlichste ist. Der Himmel erhalte ihn dem parlamentarischen Leben und der freisinnigen Partei noch lange!

Deutschland.

Berlin, 27. Juni. [Tages-Chronik.] Die „Magd. Ztg.“ erklärt, daß alle Angaben über eine bevorstehende Aenderung im Reichsschatzamt verfehlt und die über eine beabsichtigte Veränderung der Organisation des Reichsschatzamts unbegründet sind. Ein Personenwechsel sei vor dem Spätherbst nicht zu erwarten. Uebrigens sollen die Nachrichten, welche Herrn v. Huene als künftigen Leiter des Reichsschatzamtes nennen, auf guter Grundlage beruhen.

Gutem Vernehmen nach soll die Arbeiter-Schutz-Commission im Laufe des Octobers zusammentreten, um ihre Arbeiten abzuschließen. Der Wiederbeginn des Reichstages soll aber bekanntlich erst um die Mitte des Novembers erfolgen. Mitbestimmend für diesen späteren Termin soll, wie die „Magd. Ztg.“ erzählt, der Umstand sein, daß in Preußen im Herbst die Provinzialsynoden zusammentreten, um die Wahlen für die im nächsten Jahre stattfindende General-synode vorzunehmen. Den Provinzialsynoden aber gehört ein großer Theil der Fractionen der Rechten und der National-liberalen des Reichs-

tags an. Im November hofft man sodann mit dem Arbeiterschutzgesetz auch bereits den Reichshaushalts-Etat für 1891/92 vorlegen zu können.

Hamburger Blätter bestätigen den bevorstehenden Rücktritt des Polizeidirectors Krüger. Wie verlautet, wäre sein Rücktritt kein absolut freiwilliger und vielmehr als eine Rückwirkung anderer, früher erfolgter Demissionen zu betrachten.

[Ueber die Soirée beim Reichskanzler] berichtet die Kr.-Ztg. noch Folgendes: Anwesend waren u. A.: Staatsminister v. Bötticher, v. Schelling, v. Stephan, Generalarzt v. Coler. Von Abgeordneten waren erschienen zahlreiche Vertreter aller Parteien, wie von den Conservativen Klemm (Sachsen), v. Wehrauch, Dr. Hartmann, Hempel, Hülshof, Frhr. v. Mantuffel, von der deutschen Reichspartei v. Kardorff, Frhr. Haffeldt, von den Nationalliberalen Dr. Buhl, v. Bennigsen, Dehler, Dr. Dönn, vom Centrum Dr. Windthorst, Frhr. v. Huene, Graf Balleskrein, Kintelen, vom Freisinn Richter, Dr. Mer. Meyer, Samhammer. Im Congresssaal war ein Buffet aufgestellt. In den Nebenzälen gruppirten sich die Gäste meist nach ihren landmannschaftlichen Beziehungen an den einzelnen Tischen. Von Getränken wurde vorzüglich Rothwein und Spatenbräu kredenz. Militärmusik erfreute die Gesellschaft durch ein vorzügliches Programm: Marsch „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ von R. Wagner, Ouvertüre zu „Dichter und Bauer“ von Suppé, Fantasie aus dem „Troubadour“ von Verdy, Walzer „Die Schlittschuhläufer“ von Waldeufel, Gavotte „Stephanie“ von Szibulka, Marsch „Radecky“ von Strauß, Potpourri „Heidelberger Studentenlieder“ von Haubner, Charakterstück „Die Wachtparade kommt“ von Silenberg, Merikanisches Volkslied „La Paloma“ von Yradier und zwei Märsche „Mit Gott für Kaiser und Reich“ und „Schneidige Truppe“ von Lehnhardt. Der Reichskanzler bewegte sich mitten unter seinen Gästen und unterhielt sich hier und da; den Abg. Klemm fragte er u. a., wie ihm die Rutschpartie auf der Pfaueninsel bekommen sei. So verfloßen die Stunden in frohbewegter Unterhaltung, bis sich die Gesellschaft gegen 12 Uhr trennte. Man schied mit dem Bewußtsein, daß der neue Reichskanzler mit dem Parlament auch bei sich in angenehmer Weise zu verkehren weiß.

[Die Einladungen zu dem Vikmann-Commerse des Reichstags] welcher am Sonnabend im Kaiserhofe stattfinden wird, sind, wie gemeldet, von einem aus Mitgliedern der deutschconservativen Fraction, der deutschen Reichspartei, der nationalliberalen Fraction und des Centrums bestehenden Comité ausgegangen. In diesem Comité sitzen Graf Armin (deutsche Reichsp.), Graf Balleskrein (Centrum), Graf Behr (Reichsp.), Dr. von Bennigsen (natl.), Frhr. Dönn (Centrum), Dr. Hammauer (natl.), Graf Hoensbroech (Centr.), Holkmann (natl.), v. Kardorff (deutsche Reichspartei), Graf Kleinfeld (natl.), v. Levetzow, Frhr. v. Mantuffel (cons.), Dr. v. Marquard (natl.), Graf Mirbach (cons.), Dehler (natl.), Graf Stolberg (cons.), Wichmann (cons.) und Dr. Windthorst (Centrum).

[Der Entwurf eines Heimstättengesetzes, welcher, wie schon gemeldet, von conservativer Seite eingebracht ist, lautet:

§ 1. Jeder Angehörige des Deutschen Reiches hat nach vollendetem 24. Lebensjahre das Recht zur Errichtung einer Heimstätte.

§ 2. Die Größe einer Heimstätte darf die eines Bauernhofes nicht übersteigen. Sie muß wenigstens einer Arbeiter- oder Bauernfamilie Wohnung gewähren und die Production der notwendigen Nahrungsmittel ermöglichen. Notwendiges Zubehör einer jeden Heimstätte sind: 1) die Wohnung des Heimstätten-Eigentümers, 2) die notwendigen Wirtschaftsgebäude, 3) das zum Wirtschaftsbetriebe unentbehrliche Gerath, Vieh- und Feldinventarium, sowie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche zur Fortsetzung der Wirtschaft bis zur nächsten Ernte unentbehrlich sind.

§ 3. Der zur Heimstätte festzulegende Besitz darf nur bis zur Hälfte des Ertragswertes mit Renten, welche durch Amortisation zu tilgen sind, verschuldet sein. Die Errichtung ist bedingt durch Umwandlung der den Grundbesitz zur Zeit betreffenden Hypotheken und Grundschulden in amortisirbare Renten. Höher verschuldeter Besitz kam von den durch die Landesgesetzgebungen zu errichtenden Landes-Heimstättenbehörden zur Gründung von Heimstätten zugelassen werden, wenn der Besitzer die Verpflichtung übernimmt, die über die Hälfte des Ertragswertes hinausgehenden Hypotheken und Grundschulden mit 1 pSt für das Jahr zu tilgen und die Tilgung nach Ermessen der Landes-Heimstättenbehörden gesichert erscheint. Verstärkte Amortisation ist gestattet.

§ 4. Schulden dürfen auf Heimstätten nicht eingetragen werden. Mit Bewilligung der Heimstättenbehörde können bis zur Hälfte des Ertragswertes Rentenschulden mit einer dem Zweck entsprechenden Amortisationsperiode eingetragen werden: 1) im Falle einer Mißernte, 2) zu notwendigen Reparaturen, 3) zur Abfindung von Miterben.

§ 5. Die Heimstätte unterliegt der Zwangsversteigerung nur in folgenden Fällen: 1) wenn die Forderungen aus der Zeit vor Errichtung der Heimstätte stammen und nicht drei Jahre nach Veröfentlichung der

Heimstättenqualität verfloßen sind, 2) auch nach Errichtung wegen rechtskräftiger Ansprüche aus Lieferungen, die zur Errichtung und zum Ausbau der Heimstätte verbraucht sind, 3) wegen rückständiger Renten und Steuern. In den Fällen zu 2 und 3 ist als Vollstreckungsmittel nur die von der Heimstättenbehörde zu vollziehende Zwangsverwaltung der Heimstätte zulässig.

§ 6. Die Heimstätte ist untheilbar und — vorbehaltlich des Nießbrauchsrechtes der Witwe des letzten Besitzers — durch Erbgang, im Falle des Vorhandenseins mehrerer Miterben, nur auf einen derselben übertragbar. Befehls Zusammenlegung von Ländereien kann mit Genehmigung der Heimstättenbehörde Umtausch von Ländereien stattfinden.

§ 7. Die Veränderung der Heimstätte unter Lebenden ist nur mit Genehmigung der Ehefrau des Heimstättenbesizers zulässig. Niemand darf mehr als eine Heimstätte erwerben.

§ 8. Der Landesgesetzgebung bleiben alle näheren Bestimmungen überlassen und speciell: 1) Die Bestimmungen der Maximal- und Minimalgröße der Heimstätten innerhalb der in § 2 angegebenen Grenzen, 2) die Abgrenzung der Steuerfreiheit der kleinsten Heimstätten, 3) die Regelung des Nießbrauchsrechtes der Witwe des verstorbenen Heimstättenbesizers an der Heimstätte, 4) die Errichtung der Heimstättenbehörde, 5) die Errichtung der Heimstätten-Rentenbanken, 6) die Ordnung des Heimstätten-Erbschicks.

[Zum X. deutschen Bundesfeste.] Zu der historischen Abtheilung des großen Festzuges, welcher am Sonntag, 6. Juli, das zehnte deutsche Bundesfest einleiten wird, sind bereits seit einigen Wochen die großartigen Vorbereitungen im Gange. Dargestellt wird die Entwicklung des Schützenwesens von seinen im 15. Jahrhundert zurückreichenden Anfängen bis zu seiner jetzigen Blüthe. Es gilt für die 700 bis 800 Personen, welche in dieser Abtheilung des Zuges einherzuziehen oder reiten werden, die notwendigen Costüme und Waffen, sowie für zahlreiche Pferde das erforderliche Geschirr und Sattelzeug in historischer Treue herzustellen. Die gesammte Juristik wird nach Zeichnungen und unter Oberleitung der Maler Prof. Döpler jun. und Köhling, sowie des Architekten Hoffacker und unter Mitwirkung zahlreicher anderer Mitglieder des Vereins Berliner Künstler in den Charlottenburger Werkstätten der Theater-Effekten-Fabrik der Herren Vorch und Klotzow, welche als Lieferanten unserer königlichen Theater in solchen Dingen besonders bewandert sind, mit größter Sorgfalt hergestellt. Etwa neunzig Personen, unter ihnen 57 Schneider, 3 Zuschneider, 7 Sattler, 8 Schuhmacher, 3 Schweißeger, 4 Plattirer, verschiedene Putzmacher und Hilfsarbeiter, sind dort emsig thätig, um die gestellte Aufgabe rechtzeitig zu bewältigen. Brächtige Costüme aus Sammet, Brocat, Seide, Wolle, Leinen und Filz, Geschirre, Sättel, Zaumzeuge, Satteldecken, Schwertschnitten, Patronengürtel, Riemenzeug, die späten gothischen Schuhe aus dem 14. und 15. Jahrhundert, die breiten Bärentägen des 16. Jahrhunderts, die hohen Wallensteinstiefel und die charakteristischen Kürfürstentiefel aus dem 17. Jahrhundert, die einfachen Kreuzschwerter aus dem 13. und 14. Jahrhundert, die großen Zweihänder und die kurzen am Bande zu tragenden Schwerter der Landsknechte, die Degen des 17. Jahrhunderts, die Ballasche und Säbel aus dem 18. und 19. Jahrhundert, Bogen und Armbrüste, für welche das Märkische Provinzial-Museum seine Modelle hergegeben, Kettenpanzer, eine prächtige gothische Rüstung, nach jener, welche Kaiser Friedrich I. von Brandenburg besaßen, und eine schöne gefestigte Maximiliansrüstung, diese nach dem im Zeughaufe vorhandenen, aus der Sammlung des verstorbenen Prinzen Karl von Preußen stammenden Original, einfache Barocktiefel für Schützen aus dem 15. und 16. Jahrhundert, breitfränpige Schlapphüte aus der Wallenstein- und Kürfürstentzeit, Dreimaßer aus dem 18. und Zweimaßer aus dem 19. Jahrhundert — alle diese zahlreichen, glänzenden, farbenreichen, oft phantastischen Gegenstände gehen der Vollendung entgegen. Der historische Festzug gliedert sich in Abtheilungen, welche das Schützenwesen im 15., 16., 17., 18. und 19. Jahrhundert darstellen. An der Spitze dieses Zuges reitet der Herrsch der Stadt Berlin, umgeben von zwei berittenen Begleitern. Vier Stadtsknechte zu Fuß, zwei Fahnenwächter, ein Bannerträger, ein aus zwölf Berittenen bestehendes Musikkorps, gekleidet in der bunten farbigen Jodeltracht der damaligen Zeit, zahlreiche Bogen- und Armbrustschützen schließen sich an. Jedes folgende Jahrhundert wird durch einen Bannerträger eröffnet. Im sechzehnten Jahrhundert wird neben dem Schützenwesen auch das Landsknechtentum dargestellt. Zu den Bogen- und Armbrustschützen gesellen sich noch Büschenschützen, Trommler, Pfeifer, Stadtsknechte, Jungen mit Rosenkränzen, Rathsmannen, Bannermeister u. s. w. werden das Bild beleben. Im 17. Jahrhundert erscheinen nur Büschenschützen. Voran zieht ein Wagen mit Rathsherrn, ein Zug Püfener und ein Geschütz mit Bedienung und dem mit brennender Kante einherfahrenden Geschützmeister. Zur Charakterisirung der Kürfürstentzeit mit ihrer specifisch brandenburgischen Tracht folgen noch zwanzig brandenburgische Schützen. Die Rococo-Zeit des 18. Jahrhunderts eröffnen Reiter, gekleidet in rothen Jagdröcken und weißen Hosen. Ihnen folgt ein Zug Grenadiere aus der Zeit Friedrichs des Großen, ferner eine Batterie von Geschützen, eine Abtheilung von Zimmerleuten mit Bärentägen auf dem Haupt und eine solche von zwanzig Schützen mit Offizieren, einem Schützen-director und anderem zugehörigen Volk. Im 19. Jahrhundert wird mit einem stattlichen Musikkorps die Berliner Schützengilde in ihren aus den dreißiger Jahren herkommenden Costümen, grünen Fracks, weißen Hosen und Zweimaßer mit Büschel, aufziehen. Den Beschluß werden die prächtig ausgeputzten Schmutzwagen bilden, welche jene Städte stellen, in denen bisher ein deutsches Bundesfest stattgefunden hat. Es sind Frankfurt a. M., Bremen, Wien, Hannover, Stuttgart, Düsseldorf, München, Leipzig, nochmals Frankfurt a. M. und zuletzt

Berlin. Der zweite Wagen, welchen Frankfurt stellt, verherrlicht die Germania.

[Zwangsversteigerungen.] Nach der im „Justiz-Min.-Bl.“ veröffentlichten Zusammenstellung der im Jahre 1889 bei den preussischen Gerichten beendeten Zwangsversteigerungen hat, wie die „Voss.“ bemerkt, eine sehr erhebliche Abnahme der Substationen, insbesondere auch bei den landwirtschaftlichen Liegenschaften stattgefunden, wenn man die Zahlen der früheren Jahre zum Vergleich heranzieht. Es sind nämlich im Ganzen 9235 Zwangsversteigerungen beendet gegen 10 050 im Jahre 1888, 10 233 im Jahre 1887, 10 500 im Jahre 1886, 10 309 im Jahre 1885, 10 528 im Jahre 1884, 13 573 im Jahre 1883, 16 197 im Jahre 1882 und 17 478 im Jahre 1881. Im Vergleich zum Vorjahre hat also eine Abnahme um 815 Fälle oder 8,1 pSt. stattgefunden. Die Abnahme erstreckt sich sowohl auf die Gebiete, in denen das Zwangsversteigerungsgesetz vom 13. Juli 1883 gilt (— 669), wie auf die übrigen Landesbestheile (— 146), und ist hierbei der Rückgang der Substationen in den Gebieten des neuen Gesetzes (also im Allgemeinen in den sogenannten altpreussischen) um so beachtenswerther, als hier bis 1886 eine Zunahme und dann nur eine geringe Abnahme stattgefunden hatte. Im Einzelnen hat die Zahl der Substationen im Vergleich zu 1888 abgenommen in den Oberlandesgerichts-Bezirken Breslau um 276, Posen um 96, Frankfurt a. M. um 86, Celle um 83, Kassel um 74, Königsberg um 70, Hamm um 49, Köln um 45, Stettin um 25, Kiel um 20, Naumburg um 20 und Berlin um 1; zugenommen nur in Marienwerder um 7 und in den preussischen Theilen des Bezirks Jena um achtzehn. Berücksichtigt man lediglich die hauptsächlich zur Land- oder Forstwirtschaft dienenden Liegenschaften, so ergibt sich, daß davon insgesamt 5337 versteigert sind gegen 5943, 5895, 6036, 5806, 5731, 7162, 8583 und 9555 in den 8 Vorjahren bis 1881 zurück. Im Vergleich zu 1888 ergibt sich also eine Abnahme um 606 oder 10,2 pSt. Die größte Abnahme zeigt von den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken wieder Breslau mit 249, dann folgen Hamm mit 76, Posen mit 74, Frankfurt a. M. mit 61, Kassel mit 51, Celle mit 44, Königsberg mit 38, Berlin mit 21, Stettin mit 6, Naumburg mit 4 und Köln mit 4; eine Zunahme fand statt in Kiel um 7, Marienwerder um 9 und Jena um 13. Trotz der bedeutenden Abnahme hat der Bezirk Breslau immerhin noch die bei weitem größte Zahl von landwirtschaftlichen Substationen, nämlich 892, dann folgen Frankfurt a. M. mit 674, Köln mit 650, Königsberg mit 572, Berlin mit 334, Naumburg mit 358, Kassel mit 324 und Westpreußen mit 323. Fast man die in zwei Oberlandesgerichtsbezirke getheilte Provinz Hessen-Nassau zusammen, so findet man hier allerdings mit 1035 die größte Zahl der Substationen ländlicher Grundstücke; im vorigen Jahre betrug dort die Zahl 1154. Daß an dem Rückgange der Zwangsversteigerungen vorzugsweise die größeren ländlichen Besitzthümer theilhaftig sind, ergibt folgende Zusammenstellung. Der Flächeninhalt der versteigerten Grundstücke, der 1881 106 957 Hektar betragen hatte, dann bis 1884 auf 79 268 zurückgegangen und darauf bis 1888 wieder auf 118 679 Hektar gegangen war, betrug 1889 nur 88 566 Hektar, also mehr als 30 000 Hektar weniger, wie im Vorjahre. Der Flächeninhalt städtischer Grundstücke, der übrigens wenig in Betracht kommt, hat hierbei zum Theil nicht abgenommen werden können. Am größten war der Flächeninhalt der substatirten Grundstücke in den Bezirken Königsberg mit 18 035 Hektar, Marienwerder mit 15 566, Stettin mit 13 245, Posen mit 10 585 Hektar und Breslau mit 9786 Hektar. Im Vorjahre wurden in Posen 12 126 und in Breslau 20 399 Hektar versteigert, so daß hier also ein Rückgang um mehr als die Hälfte stattgefunden hat. Marienwerder zeigt ebenfalls einen Rückgang um 4129 Hektar, Königsberg und Stettin dagegen hatten eine kleine Zunahme um 1633 bzw. 1791 Hektar. Der Durchschnittsumfang der versteigerten Grundstücke hat sich, wenn man an dem unauflöslichen und keinenfalls sehr bedeutenden Antheile der städtischen Grundstücke abzieht, von 19,97 Hektar im Vorjahre auf 16,59 Hektar verringert. Die einzelnen Provinzen zeigen hierbei unter einander die größten Verschiedenheiten. Im Bezirk Marienwerder kam auf jedes substatirte Grundstück ein durchschnittlicher Flächeninhalt von 48,1 Hektar, im Bezirk Stettin ein solcher von 74,4 Hektar, dagegen in Köln 2,1 und in Frankfurt a. M. von 0,9 Hektar. Der gesammte Grundsteuer-Reinertrag der versteigerten Liegenschaften betrug 780 597 M. gegen 1 028 831 im Jahre 1888 und 1 059 173 im Jahre 1887. Der Rückgang ist also auch bei dem hauptsächlich für die ländlichen Grundstücke in Betracht kommenden Ertragswerthe sehr bedeutend; in Lauden von Mark betrug er im Breslauer Bezirk allein 123, im Posenischen 85, in der Provinz Brandenburg 37; eine Zunahme hatten nur Pommern mit 5000 und Ostpreußen mit 28 000 M. Der Gebäudefortsetzungswert, an welchem fast ausschließlich die städtischen Grundstücke theilhaftig sind, ist gestiegen und zwar von insgesamt 3 057 584 auf 3 530 202 M. Die bedeutende Zunahme entfällt ausschließlich auf die Provinz Sachsen, wo der Werth 803 788 gegen 223 220 M. im Vorjahre betrug. Die colossale Differenz des Jahres 1889 bedarf, da man an einen Rechenfehler in der amtlichen Tabelle doch kaum glauben kann, der Aufklärung. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Zahl der substatirten städtischen Grundstücke in diesem Bezirk nur 613 betrug gegen 621 im Vorjahre. Der ganze Kammergerichtsbezirk mit seinem großen Grundbesitzwerth in Berlin erreicht nur einen Reinertrag von 446 409 M., also nicht gar viel mehr, als der Raumburger Bezirk gehabt haben soll. Eine Zunahme des Reinertrags hat stattgefunden in den Bezirken Breslau um rund 43 000, Marienwerder um 32 000 und Berlin um 30 000 M., wogegen die Abnahme am bedeutendsten war in Königsberg mit 32 000 und Köln mit 60 000 M. Die Zahl der Substationen, bei denen wegen nicht erreichten Mindestbetrags das

Wiener Plaudereien.

Wien, 24. Juni.

Massenreisen. — Zonentarif. — Die neue Burgtheaterheroine: Marie Pospischil.

„Neue Zeiten“ betitelt Wilbrandt sein jüngstes Lustspiel: ein Name, der trefflich zu den Geisteszeiten paßt, welche uns Frau Klio aufbläut. Die Friedensmächte, Erfindergeist und Demotisationskraft der Genüßmittel, sind es gottlob, die uns einstweilen von bisher ungeahnten, für unmöglich gehaltenen Wundern nicht bloß träumen, sondern große Augenzeugen werden lassen. Die Wohlthat, die fortan den Armen und Minderbegüterten gleicherweise mit den Reichlichen zu Theil werden soll, die Möglichkeit, in das Grüne auszuwärmen, zunächst im Umkreis der Hauptstadt, der Zonentarif mit einem Wort, hat sich am Sonntag in so überraschender, alle magyrischen Vorstellungen und sonstige Berechnungen übersteigender Wirklichkeit bewährt, daß die Frage des einheitlichen, auch für fernere Strecken berechneten Personenportos kaum mehr aus den Erörterungen unserer Ministerien und Eisenbahnämter verschwinden wird.

Die alte Weisheit des englischen Postgenies Rowland Hill, daß billige Preise im Verkehr eine so außerordentliche Vermehrung des Betriebes zur Folge haben, daß der scheinbare Entgang der Qualität der Einnahme zehn- und hundertfach durch deren Quantität ersetzt wird, muß früher oder später — wir wollen hoffen: früher — zur Geltung kommen. Auf der Westbahn, auf dem Weg in die Wald- und Bier-Paradiese von Hütteldorf und Purkersdorf, waren gestern in 172 Zügen 80 900 Personen zu befördern; an den Donaugebirgen, auf der Strecke Klosterneuburg-Krieglitz-Greifensee in 83 Zügen 35 600 Personen, d. h. gegen den bisherigen Durchschnittsverkehr auf der Westbahn (30 000) nahezu das Dreifache, auf der Franz-Josefs-Bahn (15 000) mehr als das Doppelte.

Keine Frage, daß, wer heututage auf Massenabfah rechnet, mit billigen Preisaussätzen beginnen muß. Keine Frage aber auch, daß, wer zu bescheidenen Bedingungen Zuverlässiges bietet, auf Massenverdienst rechnen kann. Die Eisenbahnen haben rasche, bequeme Beförderung zu bieten: je billiger sie das thun, desto lebhafter und dankbarer fördert ihnen — wie die bisherigen Erfahrungen erweisen — die Menge zu. Allerdings muß die Verwaltung unserer Bahnen auch die unablässig wachsenden Ansprüche ordnungsgemäß zu befriedigen wissen und suchen. Dem gestrigen Ansturm waren weder die Kassirer noch die Schaffner, noch die Bahnhofs- und Wagen-Räume gewachsen. Sonst ließ man sich's ausnahmsweise

bei der Heimfahrt von Semmering-Vergnügungs- oder Riesinger und Hütteldorfer Bierzügen gefallen, daß Passagiere dritter in Waggon zweiten und erster Klasse geschoben, daß Zuspätkommende auf Trittbretter u. verwiesen wurden, daß mit einem Wort die Waggon in Auswandererschiffe umgewandelt schienen. Jetzt ist das — vorerst — Regel geworden in den Zonentarif-Zeiten. Für wohlfeile Fahrt muß man sich auch etwas Leibriges an Unbehagen und Unbequemlichkeit bieten lassen. Bei überhäufter, durch Sturzregen erzwungener, eiliger Heimkehr entspinnen sich förmliche Kämpfe um ein Plätzchen zwischen Starken und Minderstarken, Fußfertigen und Langsamen nicht allein: leider auch zwischen Damen und Herren. Die Galanterie hat keine Ausichten in solchem Kampf ums Dasein und der Grobianismus bleibt Sieger in diesem Ausgang der modernen Massen-Reisen.

Das ist nun am ersten Sonntag des Zonen-Tarifes und unfertwegen auch in den ersten Wochen der neuen Reize-Preise und -Mode nicht unbegründet, weil auf ein so ungemein großes Anschwellen der Passagierfluth die bedächtigste, vorbauendste und vorchauendste Bahnleitung nicht bauen (auch nicht für alle Zukunft bauen) kann. Deshalb wird aber doch mit Zug und Recht geheißt, daß in allernächster Zeit schon ausgiebige Nachschaffungen, beziehungsweise Umwandlungen auf dem Gebiete der Fahrmittel erfolgen, daß neue Bahngeleise, Bahnhallen und Bahnwagen zur Stelle sein müssen, um diesem Andrang gerecht zu werden.

Wie das aber werden soll, wenn die Fahrpreise allmählig eine Verbilligung erfahren, wie — im Verhältniß — die Briefmarken, wie im Fernverkehr die Freizügigkeit mithelfen wird, um allgemach die Angehörigen aller Nationen durcheinanderzuwirbeln und einander im eigentlichen Wortverstand immer näher zu bringen; welche Racenkreuzungen und internationalen Ehen daher zu Stande kommen werden: das mögen phantastische Köpfe mit Lust und Laune ausmalen. Die verwegenste Prophetengabe wird allerdings durch die Wirklichkeit unserer Gegenwart besänftigt. Als ich jüngster Tage eine Wienerin Posa, betitelt „1723, 1823, 1923“, war ich von der Kläglichkeit dieser Weissagung förmlich besänftigt. Der ehrliche Meißel läßt in diesem Stück (zum Lohn für eine That der Barmherzigkeit) einen Wiener des 18. Jahrhunderts noch das 19. und 20. Jahrhundert schauen. 1923 reißt also Welt per Luftballon, und — der einzige, nicht übel gedachte, nur einstweilen noch nicht durchgeführte Phantasiefreich — in den Krieg ziehen nur Maschinen, die sich selbst aufziehen und wechselseitig so lange beschließen, bis die eine oder die andere dienstunfähig geworden. Ein Vorgang, der für die Mannschäftsbedienungen ebenso bequem als heilsam ist; denn — Menschen ziehen

überhaupt nicht mehr auf die Wahlstatt. In allem Uebrigen ist jedoch schon 1890 dem 1923 des Wiener Posen-Schreibers in jeder Frage praktischer Erfindung dergestalt überlegen, daß wir nur hoffen wollen, es möge von Jahrzehnt zu Jahrzehnt der technische Fortschritt, der in letzter Linie den Massen ja doch Erleuchtung und Verschönerung ihrer harten Mähen bringt, den gleichen Siebenmeilenstiefel-Schritt einhalten.

Von unserem Theaterleben ist nur mehr wenig zu berichten. In allen Schauspielhäusern ist Sommerruhe eingezoogen, nur auf der geringsten und auf der vornehmsten Bühne ist Leben und Bewegung. Im Fürst-Theater hat Karl Gröndorf mit einer Posa: „Schaun ma eini oder Ein neuer Lumpaci oder Der Hallodri“ einen lebhaften, äußeren Erfolg gehabt, der sich, Dank den Aufstellungsgästen im Prater, wohl als nachhaltig erweisen wird, und im Burgtheater hat eine junge Böhmin, Fräul. Marie Pospischil, als Gräfin Orsina und als Maria Stuart einen Empfang gefunden, der in seinem brausenden Beifallslärm an das erste Auftreten der Wolter und Klara Ziegler in Wien erinnert.

Ganz frei von landsmannschaftlichen, merkwürdigerweise slavischen Sympathien sind nun diese Zügelgrüße nicht: die czechischen Studenten sind auf der Gallerie als rechtschaffene husitische Lärmmacher handfest zur Stelle. Man vergißt, daß die Dame, welche zuerst auf dem czechischen Landestheater sich eingeführt, der slavischen Mutterbühne unten und dem deutschen Theater untenhand geworden ist. Aber — so wie Rieger es glücklich herausgebracht hat, daß der Wiener Stephansbühnen im Grunde nur ein czechischer Bau des Meisters von Prachatis ist — wäre man nicht schlecht erfreut, auf der ersten deutschen Bühne als Vertreterin und Nachfolgerin der Schröder, Rettich und Wolter eine Künstlerin wirken zu sehen, deren Wiege an der Moldau gestanden. So etwas wie eine „Verjöhnungs“-Heroine.

Am Abend des ersten Auftretens hatte es freilich — wenigstens im Zuschauerraum — mehr den Anschein, als ob eine „Entzweiung“-Heroine sich gemeldet hätte. Denn vor einem schattigen Parterre — einem Parterre von Berufsgenossinnen — hat selten eine Heldenspielerin sich gezeigt. Hatten sich doch „mit hohen Augenbrauen“ die Wolter, Fräul. Sandrock und Fräul. Barjesen als strengste Kunststrichterinnen eingefunden, die mehr als einmal nach allzu stürmischen Beifallstundgebungen der — Anderen wie mißbilligend um sich blickten.

Allein — ist auch Fräul. Pospischil kein Ideal, ist sie auch jeder romantischen Verklärung baar — vollkommen unbegreiflich ist ihr

Verfahren aufgehoben ist, ist, ebenfalls ein gutes Zeichen, von 149 auf 114 zurückgegangen. Bezüglich der Veranlassung und des Verlaufes der Zwangsversteigerungen seien nur folgende Zahlen hervorgehoben: Als Antragsteller traten auf Gläubiger, die ein Realrecht nicht hatten oder nur im Wege der Zwangsvollstreckung eingetragen waren, in 898 (1888 1046) Fällen, ferner Concursverwalter in 195 (1888 217) Fällen, Beneficialerben oder Nachlasspfleger in 121 (140) und Miteigentümer zwecks Theilung in 586 (617) Fällen; endlich fungirten in 7523 (8029) Fällen realberechtigter Gläubiger allein oder mit Anderen als Antragsteller. Was ferner die im Geltungsbereich des neuen Gesetzes beendeten Substitutionen betrifft, so boten in 5416 (5740) Fällen Personen mit, welche nicht zu den beteiligten Gläubigern gehörten. Ersterer waren in 2024 Fällen der bestberechtigter Antragsteller, in 3775 Fällen Personen, welche nicht zu den beteiligten Gläubigern gehörten. Das geringste Gebot wurde in 101 (99) Fällen erst bei wiederholter Versteigerung erreicht. Die Verichtigung des Kaufpreises erfolgte in 4984 (5435) Fällen durch baare Zahlung des ganzen Betrages bezw. Anrechnung eigener Forderungen, in 2245 (2353) Fällen durch Uebernahme von Forderungen mit Einwilligung der Gläubiger und in 480 (604) Fällen durch Anweisung auf rückständiges Kaufgeld. Wiederversteigerungen fanden 70 gegen 79 im Vorjahre statt. Auch aus allen diesen Zahlen ergibt sich eine Besserung der bezüglichen Verhältnisse.

—e. [Deutsche Turnlehrer-Versammlung.] Die Vorbereitungen für die XI. allgemeine Deutsche Turnlehrer-Versammlung in Kassel sind im besten Gange. Die staatlichen und städtischen Behörden bringen der Versammlung warme Theilnahme entgegen. Anmeldungen zur Theilnahme und Wünsche in betreff der Wohnung sind baldigst an den Ortsausschuß zu richten und zwar bis zum 3. Juli an den Turnlehrer Comrad, Orleansstraße 30, nach dem 3. Juli an den Turnlehrer B. Stern, Humboldtstraße 15a. Preis der Festkarte 2 Mark, Preis der Tischkarte zum Festmahle 2,50 Mark. Nach Einsetzung des Geldebeitrages erfolgt Zustellung der Festkarte, der Tischkarte, sowie sonstiger Druckfachen und Angabe der Wohnung im Gasthause. — Mit der Versammlung soll eine Ausstellung für Turngeräte, Turnschriften, Turnabgebildungen u. s. w. verbunden werden. Die Versandkosten trägt der Aussteller; der Ausstellungssaal steht unentgeltlich zur Verfügung. Als Ausstellungsort ist das Wilhelmshaus in der Humboldtstraße bewilligt worden. Die Anmeldungen turnerischer Neuheiten sind an den Turnlehrer B. Stern zu richten.

Weimar, 24. Juni. [Vom Schwurgericht.] wurde der bisherige Professor Metzhammer in Gräfenhain wegen Unterschlagung von 8000 Mark, begangen im Amte, zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt. Die Geschworenen verneinten die Frage nach mildernden Umständen, da erwiesen wurde, daß der Angeklagte mit seiner Familie ein luxuriöses Leben geführt hat.

München, 26. Juni. [Jahresversammlung der deutschen Gas- und Wasserfachmänner.] Ingenieur Grubn-Deinold spricht über die Filteranlagen, welche das Trinkwasser am besten und billigsten reinigen, wenn dasselbe an seiner Ursprungsstelle unrein oder doch verdächtig sein sollte, wie das bei vielen größeren Städten der Fall ist, für welche große Aquaducte aus weiterer Entfernung her unerwünschte Kosten verursachen würden. Der Sand filtert am besten; in Deutschland sind 189 214 Quadratmeter Filterfläche in Thätigkeit, welche täglich 60 Millionen Liter Trinkwasser reinigen; die Filter wirken wie ein Sieb von äußerster Feinheit; je länger das Wasser in dem Filter verweilt, desto reiner wird es. Die Bacterien-Kennzettel brachte in die Trinkwasser-Untersuchungen das rechte Leben, namentlich als zu Anfang der achtziger Jahre eine verlässliche Methode, um die Zahl jener Bakterien zu bestimmen, ins Leben trat; natürlich gilt es, vor allem die Menge der sogenannten pathogenen Bacterien (Bacillen) oder Seuchentkeime kennen zu lernen. Ein richtiger Sandfilter vermindert die Zahl der letzteren erheblich, eine in Berlin angestellte Untersuchung bei der dortigen Typhus-Epidemie vom Januar bis April 1889 führte darauf, daß zwar die Stralauer Filterwasser die meisten Patienten hatten, daß aber eben der Filter nicht rechtzeitig und genügend gereinigt war, so daß also hier (wie anderswo) die Schuld nicht dem Richter, sondern den „Betriebs-rückständen“ beizumessen war, gegen deren Folgen die Bevölkerung besser zu schützen wäre. Versuchsreihen von Dr. Koch und seinen Schülern mit dem violetten Bacillus zeigen, daß ein Theil der Keime auch durch den besten Filter geht, und zwar um so mehr, je mehr im Rohwasser Keime stecken und je schneller das Wasser durch den Sandfilter geht. Verhältniszahlen aber aufzustellen, geht nicht an. Indessen ist Herr Grubn der Ansicht, daß die Experimentatoren aus ihren Versuchen ganz entscheidende falsche Schlüsse ziehen. Die Sache wird auf einem im Herbst in Braunschweig tagenden Fachmänner-Congress weiter verfolgt werden. (Großer Beifall.) Herr Kümmerl-Altona zeigt durch zahlreiche Bilder genau die Einrichtung der wichtigsten englischen und deutschen Filteranlagen; in Stralau war zeitweise leider kaum ein Fünftel der gereinigten Filterfläche in Benutzung — kein Wunder, wenn die Filtration wenig nützte. Die Experimentatoren Dr. Biese und Fränkel in Berlin haben, wie es den Anschein gewinnt, nicht filtrirt, sondern durchgeschwenkt, doch sind die von Kümmerl und einem Bakteriologen jenen Versuchen gegenüber angestellten Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Hierauf spricht sich Geheimrath Dr. v. Pettenkofer kurz aber entschieden darüber aus, daß die angeführte Berliner Typhus-Epidemie nicht auf Rechnung des Trinkwassers zu setzen sei, zwischen jenem Typhus und dem Stralauer Filterwasser bestehe nur eine zufällige Coincidenz. Münchens Beispiel beweise in dieser Frage sehr viel; hier wurde das vortreffliche Hochquellwasser erst 1883 in Gebrauch gesetzt, der plötzliche auffallende Rückgang des Typhus

datirt aber schon seit dem Jahre 1878 — das bessere Wasser kam also um 4 Jahre zu spät. Die Münchener „Hofbräuwerke“ fördern noch heute dasselbe Grundwasser zum Trinken, wie zu Anfang des Jahrhunderts; die 20 000 Menschen, welche aber heute dieses Wasser trinken, sind jetzt ebenso typhusfrei, wie die Trinker des Hochquellwassers! Also rathe er, als bester Freund des besten Trinkwassers, trotz aller Fäulereien mit den sogenannten Trinkwasser-Theoretikern, mit der Filtration fortzufahren. (Großer Beifall.) Nach einem Meinungsaustausch zwischen den Herren Grubn und Kümmerl theilte Herr Director Grobmann-Düsseldorf mit, daß die Statistikk der Wassercommission im Herbst erscheinen werde, und die Verammlung beschließt auf Antrag des Herrn Professors Bunte, daß jeder Statistikk die Ergebnisse der bakteriologischen Wasseruntersuchung beigegeben werden.

Großbritannien.

London, 25. Juni. [Die „Times“ über den Fürsten Bismarck.] „Die lange und erfolgreiche Laufbahn des Fürsten Bismarck“, schreibt die „Times“, „hat ihm eine Erfahrung nicht gebracht, welche Staatsmänner in Ländern, wo der König herrscht, aber nicht regiert, genießen. Er hat keine Gelegenheiten gehabt, die Kunst, als hervorragender privater Bürger zu leben, zu erlernen. Jetzt, wo diese Rolle ihm auferlegt wird, nachdem er mehr als ein Vierteljahrhundert auf der Höhe der Macht gestanden hat, zeigt er, daß selbst bei Männern von hervorragenden Fähigkeiten Vollkommenheit nur durch Übung erreicht wird. Man muß zugeben, daß der Fürst durch sein Benehmen nach seinem Rücktritt, oder wie er selbst es zu nennen vorzieht, seit seiner Entlassung, seine Bewunderer etwas enttäuscht hat. Seine Reden, seine Aeußerungen und seine Haltung im Allgemeinen haben nicht jene Ueberlegenheit über gewöhnliche Menschen gezeigt, welche die Welt von ihm erwartete. In Wahrheit, es hat Staatsmänner von weit kleinerem Kaliber und unendlich geringeren Erfolgen gegeben, welche größere Würde nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienste bewiesen haben. Vielleicht war bei dem Fürsten Bismarck der Uebergang aus einer unvergleichlich einflussreichen Stellung zu der eines einfachen Landbesitzers zu schnell. Dennoch muß man wünschen, daß er mehr Gleichmuth gezeigt hätte. Er hätte entweder in Berlin bleiben, freien Umgang mit politischen Männern pflegen und den Einfluß ausüben können, welcher einer kraftvollen Persönlichkeit mit Erfahrungen ohne Gleichen zukommt, oder er hätte völlig alle Verbindung mit den Kreisen, denen er entzogen wurde, abbrechen, sein politisches Leben als abgeschlossen betrachten und frei und unbeschränkt als Privatmann leben können. Er hat keines von beiden gethan. Er ist zu vollständig dem öffentlichen Leben entrückt, um einen erheblichen Einfluß ausüben oder selbst modificirt die Tradition einer öffentlichen Laufbahn aufrecht zu erhalten, dennoch hat er gerade so viel Berührung mit der Politik beibehalten, um die Thatsache klar zu machen, daß er bei Seite geschoben ist.“

Provincial-Beitung.

Breslau, 27. Juni.

Die neue Dombrücke

wird nunmehr dem Verkehr übergeben. Zur Geschichte des Baues gehen uns von sachmännlicher Seite die folgenden Mittheilungen zu:

Die Eröffnung des nun fertigen Erneuerungsbaues der Dombrücke bezeichne wiederum einen Abschnitt in der Geschichte dieses durch hohes Alter für Breslau ehrwürdigen und interessanten Bauwerkes. Denn unstreitig ist die Dombrücke eine der ältesten, vielleicht die älteste Brücke der Stadt. Schon ihre Lage zwischen der Dominfel, von Alters her Sitz des Bisthums, und der Sandinsel, dem Gebiete der Stadt, weist auf eine frühzeitige Entstehung hin, da die Urfänge von Breslau mit der Entwicklung des Bisthums eng verwachsen sind. Urkundlich erwähnt wird die Dombrücke zuerst 1423, in welchem Jahre sie unmittelbar nach einer Procession einführte, später 1504 in dem sogenannten Kolowrat'schen Verträge, durch welchen auf Veranlassung des Kaisers Maximilian I. viele wichtige Verhältnisse, Rechte der Geistlichkeit und Gemeinden, geregelt werden. In diesem Verträge bedingt sich der Rath der Stadt freien Verkehr auf der Brücke aus. In der Mitte der Brücke bezeichnete eine Stange mit dem Reichswappen an ihrer Spitze die Grenze der Gerichtsbarkeit des Bisthums und der Stadt. An dieser Stelle steht heute das eiserne Portal der Dombrücke, und so hat, ganz dem Geiste der Zeiten entsprechend, das Symbol der Abgrenzung, der Grenzpfahl, dem Symbol des freien Durchganges, dem Thorbogen, Platz gemacht. — Eine weitere urkundliche Erwähnung besagt, daß der Baumeister Hans Schneider von der Linde die Brücke im Jahre 1591 umgebaut hat. Genau zweihundert Jahre später: 1791 am 28. Mai, fiel die Brücke einem großen Brande auf der Sandinsel zum Opfer und pflanzte bei dieser Gelegenheit das Feuer auf die Dominfel weiter fort. — In diesem Jahrhundert hat man sich nun entschlossen, auf das vergängliche

Material des Holzes zu verzichten und, entsprechend den Fortschritten der Technik, die Brücke aus Eisen herzustellen. Schon seit dem Jahre 1866, unmittelbar nachdem die Brücke aus dem Besitze des Fiskus in den der Stadt übergegangen war, wurden hierauf bezügliche Entwürfe erörtert, doch verzögerte sich die Entscheidung wegen mannigfacher Schwierigkeiten bis zum Jahre 1888. Im Sommer 1888 wurde der jetzt ausgeführte Entwurf genehmigt. Die Wahl des Trägersystems ist bereits im April d. J. gelegentlich eines Vortrages im Architekten- und Ingenieur-Bereine ausführlich begründet worden. Ueber die Ausführung der Brücke dürfte eine zusammenhängende Darstellung vielleicht für manchen Leser von Interesse sein.

Der Untergrund an der Brückenbaustelle besteht bei 4—5 m Wassertiefe aus grobem Kiese. Dieser ist zwar tragfähig, aber bei stärkeren Strömungen, bei Eisklopfungen, dem Fortspülen ausgesetzt. Es müssen daher die Pfeiler-Fundamente so tief unter die Flußsohle hinabreichen, daß auf keinen Fall ein Unterwaschen eintreten kann. Bei der Dombrücke wurde die hierorts bei den meisten Oberbrücken benutzte Gründungsart mit in den Boden eingerammten Pfählen in Anwendung gebracht. Jeder Pfeiler steht auf etwa 32 Stück 4 m tief in den Grund reichenden Pfählen. Auf diese, dicht über der noch ausgedehnten Flußsohle abgesehenen Pfähle ist eine 1,5 m starke Betonschicht aufgebracht. Um die Betonschüttung vor dem Strome gesichert ausführen zu können, ist es nöthig, zuvor das Fundament ringsum mit einer Spundwand einzuschließen. Ist der Beton erhärtet, so bildet er einen wasserdichten Boden in dem Spundkasten und man kann diesen, sofern die Wände gutschließen gerammt sind, nun auspumpen und das Mauerwerk im Trocknen ausführen. Schließen die Wände nicht dicht, was bei festem Untergrunde mit vielen Steinen und alten Pfählen, wie im vorliegenden Falle, kaum zu erreichen ist, so wird es erforderlich, nach der Wasserseite einen Fangedamm anzuordnen, d. h. noch eine zweite Spundwand, die später wieder entfernt wird, zu schlagen und den Raum zwischen beiden Wänden mit möglichst fettem Boden auszustampfen, um eine Dichtung zu bewirken. In neuerer Zeit hat man indes mehrfach mit Erfolg den Versuch gemacht, auch bei weniger dicht schließenden Spundwänden einen Fangedamm zu vermeiden und die Dichtung durch Leinwand zu erzielen. Es wird zu diesem Zwecke nach Fertigstellung der Spundwand ein unten offener Sack aus getheertem Seggellein, der in seinem Umfang genau der Spundwand entspricht, innerhalb der letzteren angebracht und oben ringsherum befestigt, so daß er glatt bis auf die Sohle herabhängt. Alsdann wird in dem unteren Theil des Spundkastens Beton eingebracht. Dieser preßt die Leinwand gegen die Spundwand und hält sie fest, so daß sie nunmehr unten und oben eingepannt ist.

Den von der Leinwand nach den Seiten, von dem Beton nach unten abgeschlossenen Raum kann man nun auspumpen und das weitere Fundament-Mauerwerk im Trocknen herstellen.

Auf diese Weise ist der Mittelpfeiler der Dombrücke bis auf Höhe des Wasserspiegels aufgemauert, und durch die Erparnis eines 5 m hohen Fangedammes eine nicht unbedeutende Kosten- und Zeiterparnis erreicht worden.

Dasselbe Verfahren bei den Landpfeilern anzuwenden, lag keine Veranlassung vor, da für die Befestigung der alten Landpfeiler obeneben Fangedämme angeordnet werden mußten, die denn auch gleich für die Ausführung des neuen Fundaments benutzt wurden.

Der Verlauf der Ausführung der Dombrücke war folgender: Am 17. September 1888 wurde mit dem Abbruch der alten Brücke begonnen und derselbe soweit gefördert, daß am 20. October mit den Rammarbeiten auf dem linken Ufer begonnen werden konnte. Hierbei zeigte sich nun sehr bald zweierlei:

- 1) daß die einzuschlagenden Pfähle, nachdem sie etwa 1 Meter tief im Boden standen, nur sehr schwer und langsam weiter eindringen, und
- 2) daß die Flußsohle stark mit alten Pfählen besetzt war, die unter Wasser abgewässert, nur wenig über die Flußsohle hervorragten und eine ordnungsmäßige Herstellung der Spundwand unmöglich machten.

Um diese letzterwähnten Hindernisse möglichst rasch zu beseitigen und ferner ein flottes Fortschreiten der Rammarbeiten herbeizuführen, wurde mit Erfolg eine Wasserspülvorrichtung in Betrieb gesetzt. Die Wirkung derselben beruht darauf, daß ein hohles eiserne Rohr, an dessen unterem Ende gepreßtes Wasser austritt, von selber in den Sandboden einsinkt, indem das austretende Wasser den Sand unter der Spitze wegpült und so ein fortlaufendes Tieferdringen des Rohres verursacht.

Läßt man ein solches Spülrohr längs eines im Sande stehenden Pfahles herabgleiten, so umspült ihn das austretende Wasser und erleichtert sowohl das Eintreiben wie das Ausziehen des Pfahles.

Ganz hervorragende Dienste leistet ein solches Spülrohr zur Boruntersuchung des Bodens, da man es an jeder beliebigen Stelle gleich einer Sonde in den Sand tauchen und das Fehlen oder Vorhandensein von Hindernissen feststellen kann. Von dieser Wasserspülung mußte nun in umfangreichster Weise Gebrauch gemacht werden, um die Gründungsarbeiten zu fördern. Beim Ausziehen der Pfähle war die häufige Verwendung eines Tauchers nicht zu vermeiden, um die Zugkette an den unter Wasser befindlichen Pfahlschöpfen anzubringen.

Wie sehr die Gründungsarbeiten durch die angeführten Hindernisse erschwert und verzögert wurden, geht daraus hervor, daß während der Bauausführung nicht weniger als 550 alte, zum Theile eiserne Pfähle, darunter viele von gewaltigen Abmessungen, beseitigt werden mußten.

In Folge der geschilderten sehr großen Erschwernisse und trotzdem auf der engen Baustelle zeitweise eine Dampf- und fünf Kaminrahmen gleichzeitig arbeiteten, nahmen die Rammarbeiten ein ganzes Jahr in Anspruch. Am 15. October 1889 wurde der letzte Pfahl geschlagen.

triumphaler Sieg nicht. Sie ist voll Jugendfeuer und Eifer, sie ist von der Rasse der üppigen, slavischen Schönheiten, welche zum mindesten den Massen gefallen, und außerdem in der Schule August Försters am Deutschen Theater in Berlin tüchtig gebildet worden. Um was Rechtes zu lernen, muß man vor Allem ehrlichen Willen und gute Anlagen mitbringen. Welches hat Fr. Pospisil als künstlerische Mützigkeit erhalten, und so steht zu erwarten, daß sie in Wien nicht bloß enthusiastische erste Begrüßung, sondern nachhaltige Förderung und — Entwicklung finden wird. Man wird sich an ihren Namen gewöhnen und sich ihres unleugbaren Talentess erfreuen, wenn sie so redlich fortstrebt, wie bisher. G. Hart.

Sprechstunden für Badereisende.

In der letzten Nummer der humoristischen Wochenschrift „Die Police“ veröffentlicht Sigmar Mehring unter obigem Titel die folgende launige Plauderei:

Eine sehr unangenehme und beängstigende Sorge für alle, welche bei dem Herannahen der Ferien im wahren Sinne des Wortes aus dem Häuschen gerathen, bildet die Bestimmung des Ziels für die festgesetzte Reise. Daß man fort muß, ist zweifellos! Aber wohin? Welches Bad ist am geeignetsten für die Erholung nach der elmonatlichen Stadt-gefangenschaft, für die Wiederherstellung der in dem Häuserschacht erschöpften Kräfte? Sich aus medicinischen Büchern Rath zu holen, ist für den Laien gefährlich, und einen Arzt, vielleicht gar einen Spezialisten zu consultiren, ist um diese Zeit der gefüllten Wartezimmer nur solchen Leuten möglich, die über eine nationalliberale Himmelsgegend verfügen. Da wir diese nicht bei unseren Lesern voraussetzen, geben wir ihnen hier ein sorgfältig ausgewähltes Verzeichniß von Bädern und fügen jedem Curort das entsprechende Merkmal der mit allen Special-Visiten versehenen Heilwirkungen bei.

Aachen. Für Kneipbrüder und Stammtischfreunde, da sie dort Köhler und Köhlerinnen massenhaft in nächster Nähe haben.

Baden-Baden. Für Leute, die sich nie mit dem einfachen Baden begnügen, daher Luxusbad!

Sammin (Wormern). Für Schwiegermütter, denen man gern das Leben heiß machen möchte.

Colberg. Für Feuilletonisten, welche ihren Kobl nicht verbergen können. (Schreiber dieser Zeilen wird selbst hingschickt. Anmerkung der Schriftleitung.)

Crans (Ost-Pr.). Beliebtes Ziel für Tenoristen und Bräute.

Embs. Für Träge, damit sie emsig werden.

Genf. Reactionärer rathsam, denn sie sind stets in der Zeit zurück und sollten sich ihre Uhren dort reguliren lassen.

Grund (Harz). Für Leute, die 12 Monate im Jahr ohne Grund krank sind. Auch für Anarchisten, damit sie die Welt von Grund aus zerstören können.

Heiligenhamm. Für allzu Fromme, denen es noth thut, daß man ihrem Eifer einen Damm setzt.

Helgoland. Bisher englisch, jetzt himmlisch.

Heringsdorf. Für Liebhaber einer gewissen Sorte von Hausstieren, als da sind: Kater, Spitz, Affen u. dgl.

Küffingen. Unsere Schreibweise deutet die Doppelwirkung dieses Badesorten genügend an.

Liebenzell. Wird Schutzältern und feuerkräftigen Ministern ein angenehmer Aufenthalt sein.

Lieb, merda“ (Wödmann). Für Leutenantschwärmerinnen.

Marienbad. Bewährter Curort, um die Freundschaften loszuwerden.

Neufahrwasser. Für Leute, die auf ihrer Laufbahn Schiffbruch gelitten haben und sich einem anderen Berufe zuwenden müssen. Auch Lessings soll dort Stammgast sein.

Odenhe. Nur für reiche Leute, etwa für Hinrichtungs-dramatiker des Berliner Ostend-Theaters.

Reichenhall. Auch für weniger Bemittelte, denen aber das Leben noch nicht genügend verfallen ist.

Reinerz. Ergiebige Quelle für Bimetallisten.

Rügen. Schulvorsteherinnen zu verschreiben, welche an galoppirendem Antisemitismus leiden.

Schand-au. Jollisch gelegen, zum Lesen naturalistischer Kunstwerke geeignet.

Schlackenbad. Vorbildung für noch nicht beirathsfähige Evasdächter.

Sylt. Feriencurort für Stübrende der Augenheilkunde, damit sie dort die Sehkraft genau kennen lernen.

Thale. Für ganz Arme. Sie werden sich bei den Thalern wohl fühlen.

Wierwaldstättersee. Zuflucht der Hoffnungslosen. Wenn sie von Pontius kommen, kann sie der Arzt hier gleich zu Pilatus schicken.

Wiesbaden. Vorzüglich für Leute, die zu Hause bleiben wollen, denn nichts ist so heilkräftig, als wie's Baden.

Wir möchten noch einige allgemeine Rathschläge beifügen. Jungen Mädchen, die bereits hoch im Mittelalter stehen, würden Coolbäder rathsam sein, vielleicht bestet sich dann leichter ein Anbeter an die — Sohle.

Sehr verheiratheten Familienvätern, die zu Damsüberbrücken neigen, dürften Hu-Moorbäder von Nutzen sein. (Unsere Leser erhalten solche von uns frei ins Haus geliefert. Anmerk. d. Herausgebers.)

Raufleuten, die an chronischen Wechselverdinglichkeiten leiden, ist eth schleuniger Luft-Wechsel dringend anzurathen.

Damit schließen wir für heute unsere ärztliche Sprechstunde und wünschen allen Ferienreisenden gesunde Rückkehr, damit sie sich im Laufe der nächsten 12 Monate über die „Police“ wieder trant laden können.

Litterarisches.

Aus bewegtem Leben. Erinnerungen aus dreißig Kriegs- und Friedensjahren von Hans Wachenhusen. Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt, vorm. K. Schulz u. Co. Lieferung 1. — Die letzten drei Jahrzehnte, die Zeit von 1860—1890, sind eine Zeit der Völkerunruhe, voll gewaltiger Ereignisse, die ungewöhnliche Aenderungen im Leben der Nationen, auf dem Gebiet der Politik, in der Wissenschaft und in den Künsten des Kriegs und des Friedens hervorgerufen haben.

Als Tourist. Ethnograph und Kriegsberichterstatler hat Hans Wachenhusen all diese Jahre durchlebt, und von Jugend auf an genaue Beobachtung gewöhnt, ausgerüstet mit außergewöhnlichen Sprachkenntnissen, sowie mit einer fesselnden Erzählgabe, ist er wie selten ein Anderer dazu berufen, in zusammenhängender Darstellung uns Bilder aus seinem bewegten Leben vorzuführen. Nicht Gesichte will er schreiben, nur erzählen „von den blutigen Schachpartien, den Schlacht-Tableaux, das Märch- und Lagerleben zeichnend und in diesem Rahmen die ruhmgelockten Heerführer sowohl wie den Feldsoldaten schildern“, unter Wahrung strengster Unparteilichkeit. Der Inhalt der ersten Lieferung entspricht dieser Absicht vollkommen und erweckt das lebhafteste Verlangen, bald mehr zu lesen. Möchten recht viele unserer Leser sich selbst überzeugen, daß wir damit nicht zu viel gesagt haben. L.

Der Deutsche Roman des 19. Jahrhunderts. Von Hellmuth Mielke. Braunschweig. C. A. Schwelke u. Sohn (Appelhaus und Pfenningstorf). — Das vorliegende Friedrich Spielhagen gewidmete Werk ist ein Führer durch die gesammte deutsche Roman- und Novellenliteratur unseres Jahrhunderts. Es charakterisirt sowohl die Werke unserer hervorragenden Romandichter wie die Modellschöpfungen der Belletristik, beurtheilt sie vom ästhetischen Gesichtspunkt und hebt zugleich ihre Bedeutung für die Zeit- und Culturgeschichte hervor. Der Verfasser beginnt mit dem klassischen Roman, wie er durch Goethe und Jean Paul ausgebildet ist, und wendet sich sodann zum Roman und der Novelle der Romantiker. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den Arbeiten der Jungdeutschen (Raabe, Guckow u. s. w.), erörtert die Tendenzen der Frauenromane (Gräfin Sahn und Fanny Lewald) und giebt eine Charakteristik der einzelnen Werke von W. Alexis und Sealsfeld. Die Epoche 1848—1870 führt zu der Betrachtung der Auerbach'schen und Haddländer'schen Schule, schildert die Entwicklung des historischen Romans und schließt mit einer Reihe von literarischen Portraits, in denen die Bedeutung der Romanliteratur dieses Zeitraumes am prägnantesten hervortritt. Der letzte Abschnitt (bis 1890 reichend) ist dem Roman und der Novelle der Gegenwart gewidmet und berückichtigt jede nur irgendwie bemerkenswerthe Erscheinung; selbst die Werke der jüngsten Berliner Schule (Weibtreu, Conrad, Sudermann u. A.) finden ihre Besprechung. — Das Mielke'sche Buch ist ein brauchbarer Wegweiser für Alle, die sich einen Ueberblick über das ausgedehnte Gebiet des Romans und der Novelle zu verschaffen wünschen.

Oberammergau und sein Passionspiel. Von Carl Trautmann. Zeichnungen von Peter Palm. Bamberg, Buchner'sche Verlagsbuchhandlung. — Das höchst elegant ausgestattete Buch bildet den 15. Band der in demselben Verlage erschienenen „Bayerischen Bibliothek“ und nimmt in Folge der vorzüglichen Verarbeitung des Stoffes unter der gesammten Literatur über die Oberammergauer Festspiele eine hervorragende Stellung ein. Es befaßt sich nicht nur mit der Geschichte der Passionsspiele, sondern verbreitet sich auch über den landschaftlichen Charakter des Ammergau's, das wirtschaftliche Leben des weltverlorenen Thales und die charakteristischen Typen seiner Bewohner. Eine sehr werthvolle Beigabe sind die auf Seite 95—108 enthaltenen Quellennachweise.

Die Beton- und Mauerarbeiten wurden nun energisch gefördert, so daß schon am 10. December die beiden Landpfeiler und der Strompfeiler bis Oberflanke abgedreht fertig gestellt waren. Gleichzeitig war auch das Aufstellengerüst für die Eisenträgerwerke fertig hergestellt, das am 8. November in Angriff genommen worden war.

Die Aufstellung des Eisengerüsts begann am 19. December und war in der Hauptsache am 20. Februar beendet, so daß das Montagegerüst, um keinen Anlaß zu einer Stützung zu geben, entfernt werden konnte.

In den folgenden Monaten wurden hergestellt die Anschlüsse an die angrenzenden Straßen und Grundstücke, der mittlere Aussteigungsbojen, die Fahrbahn auf der Brücke, die Gas- und Wasserleitung und endlich die Rampen.

Diese Arbeiten haben sich bis Ende Juni hingezogen, so daß die Brücke nach einer Bauzeit von 20 Monaten dem Verkehr übergeben werden kann. Der Neubau der Dombauwerke gehörte zu dem Geschäftsfreis der städtischen Tiefbauverwaltung, deren Chef Baurath Kaumann ist, und war speciell dem Stadtbauinspector von Scholz übertragen, dem für die Entwurfsbearbeitung Regierungsbaumeister Anthes und für die Ausführung Bau-Assistent Beer zur Seite stand.

Die künstlerische Ausstattung rührt von Baurath Plüddemann her.

Als Unternehmer waren thätig, für die Herstellung der Erd-, Gründungs- und Mauerarbeiten einschließlich aller Materiallieferungen die Firma: Desterlin u. Hentschel, für welche die Mauerarbeiten Herr Zimmermeister Kolbe leistete, für die Frierung und Aufstellung des Eisengerüsts die Hieslöhne in Rudzitz. Letztere hatte auch die Anfertigung der Detailszeichnungen desselben übernommen und hat sich bei der Vertheilung aller 4 Traggerüste, sowie der Reibtheit der Construction, überaus mühsamen und zeitraubenden Arbeit mit unermüdlichem Eifer unterzogen. Die Kunstschlosserarbeiten sind in der Kunstschlosserei von Gustav Trelenberg hier ausgeführt worden. Die Baukosten sind auf 125 000 M. veranschlagt.

† Gottesdienste. St. Elisabeth. Früh 6: Diaf. Konrad. Vorm. 9: Diafonus Just. Nachm. 2: mit Maria-Magdalena vereinigt. Beichte und Abendmahl früh 7 und Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Diaf. Just. — Jugendgottesdienst. Vorm. 8: Diafonus Konrad. — Mittwoch früh 7 $\frac{1}{2}$: Diafonus Gerh. — Morgenandachten täglich früh 7 $\frac{1}{2}$: Hilfspred. Lohfeld. Begräbniskirche. Vorm. 8: Hilfspred. Lohfeld. Krankenhaus. Vorm. 10: Prediger Wiffig. St. Trinitatis. Vorm. 9: Prediger Müller. — Dienstag Vorm. 9: Pred. Müller.

Bürger-Versorgungs-Anstalt. Vorm. 9: Sub-Senior Schulze. St. Maria-Magdalena. Früh 6 (St. Christophori): Diafonus Künkel. Vorm. 11 (Elisabethkirche): Pastor Nitz. Nachm. 2: Sub-Sen. Schwarz. Beichte und Abendmahl früh 6 $\frac{1}{4}$ (St. Christophori) und Mittags 12 (Elisabethkirche): Diaf. Künkel. Jugendgottesdienst Vorm. 10 $\frac{1}{4}$ (Armenhauskirche): Sub-Senior Schwarz.

Armenhaus. Vorm. 9: Prediger Liebs.

Arbeitshaus. Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Prediger Liebs.

St. Bernhardin. Früh 6: Diaf. Lie. Hoffmann. Vorm. 9: Diaf. Jacob. Nachm. 2: Hilfspred. Schneider. Jugendgottesdienst Vorm. 11 $\frac{1}{2}$: Diafonus Lie. Hoffmann. Beichte und Abendmahl früh 6 $\frac{1}{4}$ und Vormittag 10 $\frac{1}{2}$: Diafonus Jacob.

Bernhardinshospital. Mittwoch Abend 6: Diaf. Jacob.

Hofkirche. Vorm. 10: Pastor Sieb.

Elftausend Jungfrauen. Vorm. 9: Diaf. Goldmann. Nach der Amtspredigt Abendmahlfeier durch Diaf. Goldmann. Nachm. 2: Sen. Abicht. Vorm. 8: Jugendgottesdienst: Sen. Abicht.

St. Salvator. Vorm. 9: Diaf. Weiss. Nachm. 2: Senior Meyer. Beichte und Abendmahl früh 8: Pastor Egly und Vormittag 10 $\frac{1}{2}$: Diaf. Weiss. Jugendgottesdienst Vorm. 11: Past. Egly. — Freitag Vorm. 8: Beichte und Abendmahl: Sen. Meyer. — Amtswoche: Sen. Meyer.

St. Barbara. Vorm. 8 $\frac{1}{2}$: Pastor Kutta. Nachm. 2: Pred. Krißin. Beichte: Pastor Kutta.

Militärgemeinde. Vorm. 11: Divisionspfarrer Koleyte.

St. Christophori. Vorm. 9: Pastor Günther. Nachher Abendmahlfeier: Pastor Günther. Vormittag 11, Jugendgottesdienst: Pastor Günther. Nachm. 5, Missionstunde: Sen. Küm.

Bethanien. Vorm. 10: Pastor Richter (Gastpredigt). Nachm. 2, Kindergottesdienst: Past. Ulrich. Nachm. 5: Cand. Jordan. — Donners-tag, Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Bibelfunde: Past. Ulrich.

Evangelisches Vereinshaus. Vormittags 10: Pastor Schubart. Nachm. 12 $\frac{1}{2}$, Kindergottesdienst: Pastor Schubart. — Montag Abend 7, Bibelfunde: Past. Schubart.

Brüdergemeinde. Vormittag 10: Prediger Mosel.

Missionsgemeinde im Brüderjaal. Nachm. 2, Kindergottesdienst: Pastor Beder. Nachm. 4, Judemissionsgottesdienst: Pastor Beder. Bethlehem. (Abalberstr. 24). Vorm. 10 $\frac{1}{2}$: Cand. Jordan.

St. Corpus-Christi-Kirche. Sonntag, 29. Juni (Am Feste Peter und Paul). Katholischer Gottesdienst, früh 9 Uhr, Predigt: Pfarrer Herter.

• Von der Universität. Morgen, Sonnabend, 28. d. M., Mittag 12 Uhr, wird zur Erlangung der Doctorwürde in der Medicin und Chirurgie Herr Hermann Hilbebrandt aus Breslau in der Aula Leopoldina seine Inaugural-Dissertation: „Zur Kenntniss der physiologischen Wirkung der hydrolytischen Fermente“ gegen die Herren Dr. med. Victor Nagohi, Assistent am pharmakologischen Institut der hiesigen Universität, Dr. med. Richard Weber, praktischer Arzt aus Breslau, öffentlich vertheidigen.

• Fünfundzwanzigster Schlesischer Gewerbetag zu Lauban. Das Festprogramm ist, wie folgt, festgesetzt worden: Sonntag, 6. Juli: Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Gesellschaftliche Zusammenkunft im Garten des Hotels „Deutscher Hof“ bei Fr. Aug. Richter. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Versammlung des Ausschusses des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins und der Delegirten. Montag, 7. Juli: Vormittags 9—12 Uhr und Nachm. von 1 bis gegen 4 Uhr: Versammlung der Mitglieder des Schles. Gewerbevereins im Saale des Gasthofs „Zum Hirschen“ am Markte. Mittag von 12 bis 1 Uhr: Frühstückspause. (Die Tagesordnung der Hauptversammlung ist bereits früher mitgetheilt worden.) Nachmittags nach Beendigung der Hauptversammlung: Gemeindefestlicher Spaziergang durch die Promenade der Stadt nach dem Steinberge. Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Gemeindefestliches Abendessen im Gasthof „Zum Hirschen“. Tafelkarte 2 Mark, ohne Wein. Dienstag, 8. Juli: Vormittags von 8—12 Uhr: Beschäftigung einiger industriellen Stablissemens. Nachmittags 2 Uhr: Großer Festzug nach dem Steinberge, woselbst Rede, Schauturnen, Gesang und Concert Unterhaltung gewährt. Die Versammlung zum Anschluß an den Festzug seitens der Ehrengäste und des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins findet auf dem Rathhause statt. Das Fest-Comité des Laubaner Gewerbe-Vereins, an einer blau-weißen Schleife kenntlich, wird am 6. Juli am Bahnhof Lauban beim Eintreffen der Züge 2 Uhr 7 Min., 2 Uhr 10 Min. und 3 Uhr 25 Min. Nachmittags anwesend sein, um die Eintreffenden zu empfangen und in Bezug auf die bis spätestens zum 1. Juli beim Vorstande des Laubaner Gewerbe-Vereins zu bestellenden Wohnungen nöthige Auskunft zu erteilen.

—β— **• Von der städtischen Sparkasse.** Anfang Mai 1890 betrug der Bestand der städtischen Sparkasse bei 91 345 Büchern 28 392 271,04 M. Die Einzahlung im Monat Mai betrug auf 5739 Stück vorhandene Bücher und auf 1235 neue Bücher 588 111,84 M. — Die Zuzuführung von Zinsen und Zuschüssen betrug 985 519,75 M. — Die Auszahlungen erreichten die Höhe von 728 494,12 M., welche Summe sich aus den theilweisen Auszahlungen auf 10 325 Bücher und aus vollen Auszahlungen von 1230 Büchern zusammengesetzt, so daß am Ende des Monats Mai ein Bestand verblieb von 91 350 Büchern mit 29 237 408,51 M. Einzahlungen. — Der Sparmarkenverkehr gestaltete sich folgendermaßen: Von der Sparkasse wurden an die Verkaufsstellen abgegeben 1643 Stück Spararten und 12 350 Stück Sparmarken, zusammen 1400 Mark 30 Pf. — Von den Sparern sind abgeliefert worden 1202 Spararten im Werthe von 1202 Mark.

• Postverkehr mit Kamerun. Vom 1. Juli ab ist bei Postpaketen im Verkehr mit der deutschen Postagentur in Kamerun Wertangabe bis 8000 M. (= 10 000 Franken) zugelassen. Für Postpakete mit Wertangabe nach Kamerun kommt, neben dem Porto von 1 M. 60 Pf. für das Paket, eine Versicherungsgebühr von 16 Pfennig für je 160 M. zur Erhebung.

• Personalien. Verheiratet: der Kreisphysikus Dr. Wlojowski von Wilsch in den Kreis Damm. — Bestätigt die Berufungsurkunde: für den Schulvorsteher Damas aus Pr.-Holland, Kreis Pr.-Holland, zum Rector an der evangelischen Schule in Trachenberg, Kreis Wilsch; für den bisherigen Lehrer Theophil Art aus Hochbauschwitz, Kreis Stein, zum Lehrer an der katholischen Schule in Strieglmühle, Kreis Schweidnitz; für den bisherigen Lehrer Schöber an der evangelischen

Schule zu Langendels bei Lauban, zum Lehrer an einer städtischen evangelischen Volksschule zu Breslau; für den Lehrer Reinhold Beyer aus Märzdorf, Kreis Groß-Wartenberg, zum Hauptlehrer an der evangelischen Schule in Fürstl. Neffen, Kreis Groß-Wartenberg; für den Candidaten des höheren Schulamts Dr. Max Vorbeck, zum Lehrer an der höheren Mädchenschule in Waldenburg, Kreis Waldenburg.

Es ist übertragen, zunächst probeweise: dem Postsecretär Besche aus Breslau die Postfachstelle des Postamts in Wilsch. — Gestorben: der Postsecretär Hanko in Breslau.

Der Kreisbauinspector Richter zu Bismarck a. W. ist zum Commissarius für die Wahrnehmung der kirchlichen Vermögens-Angelegenheiten der katholischen Pfarr-Kirchengemeinde zu Hundsfeß, Kreis Dels, ernannt und der 20. d. Mts. als Tag des Beginns seiner Amtstätigkeit festgesetzt worden.

—d. **• Zu den Stadtverordneten-Wahlen.** Für nächsten Herbst steben Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung bevor. In den betheiligten Kreisen werden schon jetzt Candidaten in Aussicht genommen. So hat auch für den 6. Wahlbezirk (II. Abtheilung), welcher die gesamte Nicolai-Vorstadt mit Auschluss der Berlinerstraße und des Berliner Platzes umfasst, der Vorstand des Bezirksvereins der Nicolai-Vorstadt im Verein mit einer großen Zahl von Wählern jenes Bezirks den Fabrikbesitzer und Armendirector Moritz Altman als Candidaten aufgestellt.

• Freie Religionsgesellschaft. Prediger Bursche aus Magdeburg wird Sonntag, den 29. d. M., Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Saale des „blauen Hirschen“ einen Vortrag über: „Begeisterung“ und Montag, den 30. d. M., Abends 8 Uhr, dasselbe einen Vortrag über: „Theismus und Atheismus“ halten. Zutritt hat Jedermann.

• Schulprüfung. Am 26. d. M. fand die öffentliche Prüfung der Schülerinnen der hiesigen katholischen höheren Mädchenschule von Fräulein Holthausen, Kaiserin Augusta-Platz 5, statt. Es hatte sich ein zahlreiches gewähltes Auditorium in dem schönen großen Saale der Anstalt eingefunden; die Prüfung jänmlicher Klassen legte wiederum ehrenvolles Zeugnis von den Leistungen dieses bekannten Instituts ab. Auch die frischen, schönen Gesangsvorträge fanden allgemeine Anerkennung, ebenso die reichhaltige Ausstellung von Zeichnungen und Handarbeiten. — Das laufende Schuljahr schließt am 12. Juli, das neue beginnt am 1. September.

• Breslauer Zeichenlehrerverein. In der im Mai abgehaltenen Monatsversammlung berichtete der Vorsitzende, Zeichenlehrer Pelz, über den auf der Provinzial-Lehrer-Versammlung zu Kreuzburg gehaltenen Sectionsvortrag des Zeichenlehrers Waniel-Kreuzburg: „Die Mängel des Dr. Stuhlmann'schen Leisfadens und deren Beseitigung“ und führte den von Herrn Waniel erfundenen Apparat zum Nachmessen der Linien vor. Herr Stroloke besprach sodann das Handbuch für Zeichenlehrer von Pelz und Bettinger, welches den Zeichenlehrern aufs Angelegentlichste empfohlen werden könne. Hierauf sprach Herr Dr. Claus über die Zeichenmethode des Alexander Strix in Frankfurt a. M. Auf Grund des sehr eingehenden Referats gelangte der Verein zu der Ansicht, daß genannte Methode gänzlich zu verwerfen sei. — Sitzung vom 12. Juni: Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Delegirten, Zeichenlehrers Pelz über die an Pfingsten d. J. in Straßburg i. E. stattgefundene Versammlung deutscher Zeichenlehrer. Derselbe erstattete den anwesenden Vertretern der städtischen Behörde den Dank für die glütig gewährte Reise-Unterstützung. Nun sprach er über die Aufnahme in Straßburg, die Vorträge und die sich anschließenden Debatten, die Zeichen- und Lehrmittel-Ausstellung, die Fahrt nach Rappoltsweiler, die Reise durch den Schwarzwald und über das Zeichenkulturreisen in Württemberg und Baden. Der Vortrag wurde am Ende in mehrere Theile zusammengefaßt, die in nächster Sitzung weiter berichtet werden sollen. — Im Anschluss hieran wurden einige Lehrmittel vorgezeigt und besprochen: Der Waniel'sche Winkelmesser, Luther's Ornamenttafel und das Zeichenwerk des Seminar-Directors Förster. — Am Schlusse gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Vereinsmitgliedes W. Schulz.

—d. **• Schlesische Blinden-Unterrichts-Anstalt.** Am 26. Juni fand die Prüfung der Böglinge der Schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt im Prüfungssaale des Anstaltsgebäudes (Martinsstraße 7/9) unter Anwesenheit von Vertretern des Vorstandes und Verwaltungsrathes, sowie eines zahlreichen Publikums statt. Zu den bisherigen Prüfungsfächern: evangelische und katholische Religion, Geschichte und Geographie, Rechnen und Raumlehre, Naturkunde, Lesen und Schreiben, war ein neuer Prüfungsfachgegenstand gekommen, welcher die Fröbel-Beschäftigungen zeigte. Dieselben bestanden im Spiel mit Fröbel-Bällen, in der Darstellung von „Lebensformen“ (Kreuz, Stuhl, Brücke etc.), in Flechtübungen mit den Fröbel'schen Flechtbältern aus Leder. Den Schluss der Prüfung, welche wiederum ein erfreuliches Zeugnis von dem erfolgreichen Wirken der an der Anstalt wirkenden Lehrer ablegte, bildeten, wie immer, die instrumentalen und Gesangs-Vorträge. An die Prüfung schloß sich die feierliche Entlassung der Böglinge. Oberlehrer Schottke machte zunächst einige Mittheilungen über die Gründung der Anstalt, wie über das verfloßene Schuljahr und dankte dem Vorstande und Verwaltungsrath, den Behörden, wie dem Publikum für die bewiesene Unterstützung, dabei nicht unerwähnt lassend, daß die Schlesische Blinden-Unterrichts-Anstalt in der Unterstützung seitens der Provinz der Breslauer Taubstummen-Anstalt gegenüber um nahezu 80 000 M. im verfloßenen Jahre zurückgefallen habe. Im Weiteren richtete Oberlehrer Schottke eine warm empfundene und eindrucksvolle Ansprache an die zur Entlassung kommenden Böglinge. Die Zahl der letzteren beträgt 26, von denen 2 wegen Krankheit bereits beurlaubt waren. Von den verbleibenden 24 Böglingen waren 16 männliche und 8 weibliche. Ein Mädchen muß als bildungsunfähig (Idiotin) entlassen werden. Für Fleiß und gute Führung erhielten an Prämien: Reßler aus Mörsdorf bei Jauer 15 M., Matera aus Colonie Borel bei Clauenitz 15 M., Neumann aus Wüstewaltersdorf 24,50 M. aus der Kaiserlichen Stiftung, Anna Vorcher aus Königsbühl 42 M. aus der Fleischermessei-Ringel'schen Stiftung, Sognitz 42 M. aus derselben Stiftung und Caroline Simmert aus Siegroth, Kreis Nimpsch, 60 M. aus derselben Stiftung. Von den entlassenen Böglingen haben erlernt: 5 männliche die Korbmacherei; 5 männliche und 3 weibliche die Wurstmacherei; zwei Mädchen die letzte Korbmacherei; 1 männlicher die Seilerei; 5 weibliche die sogenannten gemischten Arbeiten; 2 weibliche die weiblichen Handarbeiten und 1 männlicher das Nägelsticken. Mit Choralgesang wurde die Prüfung begonnen und beschlossen. An dieselbe schloß sich das Turnen der Böglinge im Hofe der Anstalt, wobei sich besonders die männliche Abtheilung durch exacte Ausführung der Uebungen auszeichnete. Während der Prüfung waren in den Lehrsälen die Arbeiten der Böglinge zur Beschäftigung ausgestellt.

—d. **• Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.** In der unter dem Vorsitz des Herrn Storch abgehaltenen Generalversammlung der Section II (Breslau) der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gelangte zunächst der Geschäftsbericht für 1889 zur Vorlage. Die Zahl der der Section angehörenden Betriebe ist von 390 mit 4606 versicherungspflichtigen Personen im Vorjahre auf 445 mit zusammen 4856 versicherungspflichtigen Personen gewachsen. Was die Unfallverhütungs-Vorschriften anlangt, so sollen zu den besonderen Vorschriften für die Seifenfabriken demnächst noch solche für die Mineralwasserfabriken hinzutreten. Der von den Beauftragten der Berufsgenossenschaft ausgearbeitete Entwurf hat bereits den einzelnen Sectionen zur Berathung vorgelegen. Auch der Erlass besonderer Unfallverhütungsvorschriften für die Explosivstofffabriken ist in Aussicht genommen. Die von dem Beauftragten der Section in den Vorjahren ausgeführten Beschäftigungen hatten sich vorzugsweise auf die größeren Betriebe erstreckt. Im vorigen Jahre ist ein Theil der kleineren Betriebe besichtigt worden. Es hat sich dabei herausgestellt, daß nur in einem Fünftel der Betriebe keinerlei Ausstellungen zu machen waren, daß drei weitere Fünftel nur zu geringen Erinnerungen Anlaß gaben und daß bei dem letzten Fünftel mehrfache und erhebliche Ausstellungen gemacht werden mußten. Die Zahl der zur Anzeige gebrachten Unfälle betrug 174 (gegen 173 im Vorjahre). Von denselben ergaben sich 132 insofern nicht als entschädigungspflichtig, als die Verletzten vor Ablauf von 13 Wochen nach dem Unfälle ohne spätere Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit vollständig wiederhergestellt wurden. Den verbleibenden 42 Unfällen wies der Entschädigungsaussschuß 6 Fälle, darunter 2 Todesfälle, als nicht entschädigungspflichtig ab, weil die Unfälle nicht als Betriebsunfälle im Sinne des Reichs-Unfallversicherungsgesetzes erachtet werden konnten. Von den Abgewiesenen ist in 4 Fällen die Berufung an das Obergericht eingeleitet worden. In 2 Fällen, darunter ein Todesfall, sind die Berufungskläger abgewiesen worden, in den weiteren 2 Todesfällen steht das Urtheil des Obergerichts noch aus. Von den übrigen 36 Fällen waren 4 solche, welche längere, als 13 wöchentliche, aber doch nur vorübergehende Arbeitsunfähigkeit, 28 Fälle, welche dauernde Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit der Beschädigten zur Folge hatten und 4 Todesfälle. In 10 Fällen der Entschädigungs-Feststellung ist Berufung eingelegt worden.

Die Verwaltungskosten betrugen 5485,57 M. Bei der folgenden Ergänzungswahl des Vorstandes wurden die Herren: Director Storch und Fabrikbesitzer H. Gütler-Reichenstein als Mitglieder, und als deren Stellvertreter Fabrikbesitzer G. Bergius-Goldschmidt und Fabrikbesitzer Oscar Heymann wiedergewählt. Zu Vertrauensmännern wurden gewählt und zwar für Bezirk I: Stadtrath Schmoof (Stellvertreter: Seifenfabrikant Ose. Beder); für Bezirk II: Director Richter-Schöbisch (Stellvertreter: Paul Raumann); für Bezirk III: G. Weber-Schweidnitz (Stellvertreter: Rob. Semmt-Schweidnitz); für Bezirk IV: G. Stade-Frankenfeld (Stellvertreter: L. Ambrosius-Glah); für Bezirk V: Dr. Schuster-Görlich (Stellvertreter: Stadtrath Prinke-Görlich); für Bezirk VI: Emald Logner-Sainau (Stellvertreter: G. B. Grüneberger-Bieguth); für Bezirk VII: W. Garve-Neufalz a. D. (Stellvertreter: R. Jacobi i. F. Lieble u. Co.-Glogau); für Bezirk VIII: von Trischler-Falkenstein zu Kruppamühle (Stellvertreter: Director Leishorn-Zawadzki); für Bezirk VIIIb: Julius Hoch-Patschkau (Stellvertreter: Louis Puppe-Reiffe); für Bezirk IX: Carl Lufschig-Tarnowitz (Stellvertreter: G. Pylsch-Ratibor); für Bezirk X: A. Reklaff-Polen (Stellvertreter: J. Baczkowski i. F. Dr. Roman May-Klein-Starolenta); für Bezirk XI: Karl Varg-Bromberg (Stellvertreter: Karl Schulke i. F. Jul. Küttgers-Schulz). Der Verwaltungskosten-Etat für 1891 wurde auf 9500 M. festgesetzt.

—d. **• Schneider Thor-Berichtsverein.** Am Sonnabend, den 28. d. M., Nachmittags 5 Uhr, werden die Mitglieder des Schneider Thor-Berichtsvereins die Gasanstalt III vor dem Dorthore unter Führung eines städtischen Beamten besichtigen. Versammlungsort an der Gasanstalt.

• Zwangsversteigerungen. Das Grundstück Ohlauerstraße 75, „Lubuskes Hotel“, zuletzt im Besitze des Kaufmanns Eduard Scholz, wurde von dem Particular Carl Ged für das Meistgebot von 228 209 M. erstanden. — Das Grundstück Am Oberschleischen Bahnhof 25, „Hotel Centralbahnhof“, bisher den Restaurateur Robert Hoffmann'schen Eheleuten gehörig, wurde dem Kaufmann Wilhelm Thiel für das Meistgebot von 100 200 M. zugeschlagen. — Das Grundstück Hummerci 41 und Altbühlerstraße 29, zuletzt dem Kaufmann Mar. Fischer gehörig, ist an den Rittergutsbesitzer Christian August Gehrich in Gollwitz, Kreis Rhönitz, für das Meistgebot von 109 000 M. übergegangen. — Das Grundstück Kleine Scheitnigerstraße 54, bisher im Besitze der Hausverwalter August Wiederruß'schen Erben, wurde dem Rentier Kunze zugeschlagen. — Das Grundstück Brüderstraße 25, bisher den Erben der Restaurateur Carl Hanf'schen Eheleute gehörig, wurde von dem Brennereibesitzer Carl Grande für das Meistgebot von 56 100 M. erstanden.

• Prüfung im englischen Aufsehlage. In der Aufsehlagelehranstalt des landwirthschaftlichen Centralvereins für Schlesien (Breslau, Höfensstraße 26/28, Vorsteher C. A. Schmidt) fand am 25. Juni c. die 6. diesjährige Prüfung zum Nachweis der Befähigung für den Betrieb des Aufsehlagegewerbes statt. Derselben ging ein vierwöchentlicher Lehrkursus voran, an welchem 4 Meister und 4 Gesellen theilnahmen. Die Prüfungskommission bestand aus dem Königl. Departementsthorat und Medicinal-Inspector Dr. Ulrich, Gutsherrlicher Schatz und Aufsehlagelehrer C. A. Schmidt. Sämmtliche Meister und Gesellen erhielten das Prädicat „gut“. Seit einigen Tagen befindet sich in der Anstalt ein Schindie aus Brasilien, welcher den nächsten Kursus mitmachen wird.

• Aus Wilezka. schreibt man: In Folge unvorhergesehener Hindernisse findet der Besuch der Wilezkaer weltberühmten Salzbergwerke am 29. Juni, 3. und 5. Juli an jedem Tage Nachmittags um 1 Uhr statt.

• Verlorenes Brieftaube. In das offene Fenster eines Gärtners in Wilsch kam heute eine Brieftaube geflogen, die auf dem rechten Flügel die Nr. 195 und die Bezeichnung „Fortification Thorm“ trug.

• Einfuhr lebender Gänse. Gestern langten die ersten 1000 Gänse in zwei Wagen auf Bahnhof Myslowitz aus Galizien an.

—1. **• Görlich, 26. Juni.** [Zum Musikfest. — Kirchenräuber.] Wie bekannt, hatte Hofcapellmeister Deppe, der Leiter der Schlesischen Musikfest, seiner Zeit mit Bestimmtheit zu erkennen gegeben, die Direction des im nächsten Jahre in Görlich stattfindenden X. Schlesischen Musikfestes aus Gesundheitsrückichten nicht übernehmen zu können. Sicherem Vernehmen nach soll Herr Deppe dem Grafen Hochberg das Versprechen gegeben haben, sich mit der Leitung wieder zu befaßen. — Ein Kirchenräuber schlummert Sorte stand in der Person des Knechtes Weisbach aus Gersdorf vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 24. November v. J., zum 11. April d. J. und zum 12. April d. J. in den Kirchen zu Kopsfurt, Mittel-Steinfürch, Meßersdorf und Holzbrich eingedrungen zu sein; ferner in Holzbrich einen Diebstahl verübt und sich in Lauban eines Arrestbruches schuldig gemacht zu haben. Auch wird ihm Urkundenfälschung — Weisbach hatte durch Fälschung falscher Namen falsche Eintragungen in den Büchern der Gefängnisse veranlaßt — zum Vorwurf gemacht. Der Angeklagte erhielt dafür insgesamt 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust. Auch wurde auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

• Girsberg, 26. Juni. [Von den Bänden im Riesengebirge.] Der „Boten d. d. R.“ berichtet weiter folgendes: Wir theilen vor einigen Tagen die Thatfache mit, daß Verhandlungen schweben, die dahin zielen, daß im Koppenshopitz und in verschiedenen Gebirgsbänden steinerne Treppen eingerichtet würden. Veranlaßt sei die Sache durch eine Bescherde eines Zillithauer Professors. „Nach einer uns zugegangenen Nachricht ist jedoch keiner der Zillithauer Professoren in den letzten 9 Jahren im Riesengebirge gewesen; keiner hat seit 20 Jahren auf der Koppe übernachtet, so daß die persönliche Angabe auf einer Vernehmung beruhen muß. Jedenfalls hat der Herr, welcher bei der Regierung die Bescherde erhoben hat, den Namen eines der Herren Professoren in Zillithau mißbraucht. Uebrigens erfahren wir, daß Herr Wohl beabsichtigt, um allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, in seinem Hospiz eine eiserne Treppe errichten zu lassen.

• Engan, 26. Juni. [Diamantene Hochzeit. — Commu-nales.] Der Rechnungsrath a. D. Schade hier selbst feiert morgen im besten Wohlsein mit seiner Gattin die diamantene Hochzeit. — Die städtische Sparkasse wird dem „Deutschen Sparkassen-Verein“ beitreten. — Zur Befestigung des Boverufers an der Kaiser „Wilhelmbrücke“ wurden heute außerordentlich 550 M. bewilligt.

• Jauer, 26. Juni. [Firmung in der Strafanstalt.] Heute früh um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr begab sich, wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet, der Fürstbischof in die hiesige Strafanstalt, um dort das Sacrament der Firmung auszuspenden. Geheimer Regierungsrath Ad. war aus Riegnitz herbeigekommen, um den Gast im Namen der Regierung zu begrüßen. In der feierlich geschmückten Anstaltskirche spendete der Fürstbischof an 203 Personen die Firmung aus. Es war ein wirklich herzerregender Anblick, als die Firmlinge still, in gleichmäßiger Kleidung, zum Empfang des Sacramentes niederknieten. Die Haltung der unglücklichen Gefangenen war eine durchaus anständige. In der Schlussansprache legte der Fürstbischof den Gefirmten in innigen Worten den Gehorsam und die Buße an das Herz, so daß in manchem Auge Thränen erglänzten. Nach der Verabschiedung von dem Herrn Regierungsvorsteher erfolgte um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr die Rückkehr nach dem Pfarrhose.

• Königszeit, 26. Juni. [Verschiedenes.] Die auf den hiesigen Bahnhofstürmen befindlichen Uhren sind seit der Personüberwachung für das reisende Publikum unsichtbar und daher zwecklos. Deshalb werden die Uhren weggenommen und dafür zwei neue Uhren am Stationsgebäude angebracht. — In den letzten Tagen sind zahlreiche Schwärme auf den Imkerständen eingetroffen. Ein hiesiger Bienenzüchter hat gegen 20 Schwärme — an einem Tage allein 5 — bekommen. — Die Bewohner von Neu-Bunzelwitz, welche von der Muttergemeinde weit entfernt wohnen, erstreben die Incommunalisirung nach Königszeit. Auch soll die Umschulung der Kinder in die hiesigen Schulen erfolgen. Die altkatholische Gemeinde zu Waldenburg hat den Evangelischen hier die Mitbenutzung ihrer neuen Kirche gegen Entschädigung gestattet.

• Sabelschwerdt, 26. Juni. [Prüfung im Seminar.] Am 24., 25. und 26. d. M. fand im hiesigen Seminar unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths Dr. Clawitzki und in Gegenwart des Regierungs- und Schulraths Dr. Ganssen aus Breslau und des Pfarrers, Consistorialraths Weber aus Glog als fürstbischöflich. Commissarius die diesjährige Abiturienten-Prüfung statt. Die 28 Abiturienten, welche sich der Prüfung unterzogen, bestanden sämmtlich dieselbe.

• Ohlau, 26. Juni. [Brieftaubenwettfliegen. — Versüßter Morb.] Vorgestern veranstaltete der hiesige Kreisverein für Geflügel- und Brieftaubenwettfliegen von Thorn aus sein erstes Brieftauben-Staatspreiswettfliegen. Die Tauben waren bereits am 21. d. Mts. mittels Bahn nach Thorn geschafft worden, woselbst sie von der dortigen Fortification in (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Pflege genommen wurden. Zum Auflass kamen 22 dem hiesigen Verein gehörige Tauben. Das Wetter war dem Fliegen nicht besonders günstig, da der Himmel theilweise bedeckt war; auch regnete es auf der Fluglinie stellenweise. Trotzdem verlief das Preiswettfliegen zur vollen Zufriedenheit der Theilnehmer. Aufgelassen wurden die Tauben Morgens 5 Uhr 5 Minuten; die erste Taube traf schon 9 Uhr 44 Minuten auf ihrem heimathlichen Eschlag ein; sie hatte die Strecke von 292 Kilometern also in 4 Stunden 39 Minuten zurückgelegt und hierbei eine Fluggeschwindigkeit von ca. 1040 Metern in der Minute entwickelt. Der Besitzer der Taube, Kaufmann Niemczul hier selbst, errang dadurch den Staatspreis. Die folgende Taube, dem Gutsbesitzer Gebauer in Baumgarten bei Ohlau gehörig, traf nur 2 Minuten später ein. Mit diesem Wettfliegen Thorm-Ohlau hat der hiesige Verein seine Dressur für alte Tauben, welche am 7. Mai dieses Jahres ihren Anfang nahen, beendet. Die Abbruchung junger Tauben beginnt Ende August. — Aus einer Ortschaft des hiesigen Kreises berichtet man folgenden Vorgang: In S. wohnen zwei Brüder, deren Frauen Schwestern sind. Einer der Brüder wurde der Wilderei angeklagt und seine Schwägerin, als Zeugin vorgeladen, mußte gegen ihn auszusagen. Die Frau des Angeklagten gerieth darüber so in Zorn, daß sie, als sie eines Tages die Zeugin allein in ihrem Hause traf, dieselbe mit dem Stiele einer Axt über den Kopf schlug, daß das Opfer sofort mit todt niederfiel. Um den Verdacht der Thäterschaft von sich abzuwenden, hing die Thäterin die Erschlagene auf, band ihr aber merkwürdiger Weise die Hände zusammen. Bald darauf trat der Sohn der scheinbar Ermordeten hinzu und schnitt seine Mutter schleunigst ab. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Die Thäterin wird sich wegen versuchten Mordes zu verantworten haben.

• Gleiwitz, 26. Juni. [Der Stadtwald von Gleiwitz] zeigt in einzelnen Theilen, wie Oberbürgermeister Kreidel noch jüngst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erwähnte, einen absoluten Stillstand im Wachsthum, während andere Theile dagegen einen kräftigen, überaus befriedigenden Wuchs zeigen. Das letztere ist hauptsächlich bei den mehr nach Jahre zu, hinter den Stiefelstößen belegenen Partzellen der Fall, während in den vorderen Schlägen besonders bei der Kiefer ein mögliches Verkrüppeln der jungen und ein langsame Absterben der älteren Bestände wahrnehmbar ist. Es hat sich daher, wie der „Oberf. Wald.“ berichtet, als Nothwendigkeit herausgestellt, den im Jahre 1876 vom Herrn Forstmeister Elias-Nowakowski aufgestellten Waldbetriebsplan zu ändern. Ein vom Oberförster Kilton-Bitschin neuerdings ausgearbeiteter Plan schlägt noch zwei Richtungen hin eine Aenderung vor. Es sollen nunmehr die Bestände nur bis zum 60. Jahre fortgeführt werden und ferner statt der für die Naudeniederlage besonders empfundenen und für die Bodenverhältnisse des Stadtwaldes wenig geeigneten Kiefern, Fichten und Lärchen mit einem Vorwuchs von Birken nach der Stadt zu angebaut werden. Die Veränderung dieses Kulturplans würde, falls die künftige Regierung als Aufsichtsbehörde den Plan gutheißen sollte, nach zwei Richtungen für die Stadt große Vortheile bieten. Erstens würden, wenn schon in den nächsten 2—3 Jahren alle Bestände über 60 Jahre zum Abtrieb kommen, dem Stadtschatz größere Erträge als bisher jeit Jahren vorgehen zugeführt und zweitens würde, da die 60jährigen Bäume als Grubenholz sich besser verwerten lassen, als die überhandnehmenden Fichten von über 80 Jahren, der Ertrag von 60 Jahren fast der gleiche sein, wie der nach früherem Plane von 80 Jahren, so daß der Forst einen fast um 25 pSt. erhöhten Nutzen liefern würde.

• a. Natibor, 26. Juni. [Pionierarbeiten. — Bohrversuche. — Unglückliche Ehe.] — Fetter Proceß. Unter der Leitung eines aus Reisse hier eingetroffenen Pionieroffiziers wurden am 23. und 24. d. M. seitens der Pionierabtheilung der hiesigen Alanen-Compagnie auf dem hinter dem Birkenwäldchen belegenen Terrain Sprengübungen mittelst Dynamit vorgenommen. — Die Hoffnungen, welche man zu Weiskopf an die daselbst nach Kohle angelegten Bohrungen geknüpft hat, scheinen sich nicht verwirklichen zu sollen. Wie versichert, sind die weiteren Bohrversuche daselbst aufgegeben worden. Bei den beiden in Frage stehenden Bohrungen ist eine neue Bohrmethode, das sogenannte Schmirgelbohrverfahren, angewandt worden. — Der Lehrer Dürschlag aus Ober-Wilczan vollzog in seiner Eigenschaft als Standesbeamter am 20. August vorigen Jahres zu Ober-Wilczan eine unglückliche Ehe, indem er eine Braut, welche noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet und nicht den erforderlichen Dispens erhalten hatte, traute. Das trügliche Aussehen der Braut hatte in dem Standesbeamten die Meinung erweckt, daß dieselbe das erforderliche Alter habe, und ihn bestimmte, eine genaue Prüfung des Altersnachweises, wonach die Braut erst 15 Jahre alt war, zu unterlassen. D. wurde von der Strafkammer wegen Vergehens gegen das Personenstandsrecht zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt. — Ein Mühlenbesitzer aus Boganz hatte lange Jahre hindurch für die Instandhaltung einer in der Nähe seiner Grundstücke befindlichen Laufbrücke gesorgt, als es ihm in jüngster Zeit einfiel, diese Aufgabe der Gemeinde zu überlassen. Die Gemeinde hielt sich nicht für verpflichtet, für die Erhaltung der Laufbrücke zu sorgen, und so entstand wegen der simplen Laufbrücke zwischen der Gemeinde und dem Mühlenbesitzer ein förmlicher Proceß. Der Mühlenbesitzer gewann denselben, da nach der richterlichen Entscheidung die Pflicht zur Instandhaltung der betreffenden Laufbrücke der Gemeinde oblag. Da indessen dem Mühlenbesitzer fast die Hälfte der Bogenjäger Feldmark gehört und die Gemeindeglieder die Kosten nach Maßgabe ihres Grundbesitzes zu tragen hatten, so hatte der Mühlenbesitzer, trotzdem er als Sieger aus dem Proceß hervorgegangen war, fast die Hälfte der Proceßkosten zu tragen. Dieselben betrugen zusammen rund 400 Mark, macht also für den Mühlenbesitzer 200 Mark, während die jährlichen Kosten der Reparatur der betreffenden Laufbrücke sich auf höchstens 50 Pf. belaufen.

• Königschütze, 26. Juni. [Proceß.] Am 24. d. fand in der Privatklage des Definitors Hermann Böhm in Deuten gegen den verantwortlichen Redacteur und Verleger der „Königschütze“ Zg. vor dem hiesigen Schöffengericht Termin an. Der Privatverklagte war beschuldigt, in Nr. 83 genannter Zeitung in Beziehung auf den Kläger eine unwahre Thatsache behauptet zu haben, welche denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, nämlich daß Privatkläger wegen Theilnahme an einem Spiritus-Schmuggel verhaftet worden sei. Der Privatverklagte führte aus, daß er keineswegs eine eigene Behauptung aufgestellt, sondern nur ein im ober-schlesischen Industriegebiet allgemein verbreitetes Gerücht wiedergegeben habe. Schließlich bemerkte er, daß in der Privatklage des Klägers gegen die „Oberf. Volksstimme“ wegen derselben Behauptung das Schöffengericht in Gleiwitz dahin entschieden habe, daß die Sache zu verwerfen und bei der kgl. Staatsanwaltschaft zu Deuten die Acten einzulegen seien, inwiefern der Kläger bei dem Spiritus-Schmuggel mitgewirkt sei. Der Verklagte hat gleichfalls um Verurteilung der Sache und Einsetzung der Acten bei der kgl. Staatsanwaltschaft zu Deuten. Nachdem nun Rechtsanwält Berger als Vertreter des Privatklägers die bestimmte Behauptung geäußert, daß Herr Böhm in keiner Weise bei dem Spiritus-Schmuggel mitgewirkt, ja nicht einmal als Zeuge vernommen worden sei, und nachdem daraufhin der Vorlesende des kgl. Schöffengerichts die Parteien zur Einigung angemahnt hatte, kam folgender Vergleich zu Stande: Angeklagter erklärt, daß das in dem imminirten Artikel vom 12. April c. wiedergegebene Gerücht, soweit es sich auf den Privatkläger und insbesondere auf die Angabe bezieht, daß derselbe wegen Steuerdefraudation verhaftet worden sei, grundlos ist, und verpflichtet sich, einen entsprechenden ausführlichen Widerruf in seiner Zeitung binnen einer Woche zu bringen, auch diejenigen Zeitungen, in welche das Gerücht überging, d. i. die „Breslauer Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, um Aufnahme des Widerrufs zu veranlassen, letzteres binnen 14 Tagen. Ferner verpflichtet sich Angeklagter an jedes der hiesigen beiden Wahlenhäuser binnen 14 Tagen einen Beitrag von 10 M. zu zahlen und die Kosten zu tragen. Kläger zieht die Klage zurück.

• Königschütze, 26. Juni. [Aus eine Ursache der Zugverspätung.] Der um 3 1/2 Uhr Nachmittags von Sosnowice nach Katowice abgehende Personenzug ging am vergangenen Dienstag mit einer Stunde Verspätung von Sosnowice ab und erreichte in Katowice nicht den Anschluß an den Breslauer Zug, weil, wie die „Königschütze“ berichtet, der Gendarmcapitän, welchem die Pagabfertigung unterstellt ist, ein Nachmittagsfährlin hielt und seine Untergebenen ihn zu weilen fürchteten. Es bezeichnet dies so recht die russischen Zustände.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

• Posen, 25. Juni. [Barnfand.] Bei den Ausschachtungsarbeiten an dem Eisenbahnstamm in Posen sind, wie die „Pos. Ztg.“ berichtet, mehrere Stücke Barnfand im Gewicht von zusammen sechs Pfund gefunden worden.

Telegraphischer Specialdienst

der Breslauer Zeitung.

M e i s t a g.

• Berlin, 27. Juni. Dem Reichstage ist heute der Antrag auf Verlegung vom 8. Juni bis zum 18. November zugegangen, ferner der dritte Nachtragsetat, welchen die Militärverwaltung notwendig macht, und das dazu gehörige Anleihegesetz. Alle drei Vorlagen stehen morgen zur Berathung. Heute erledigte der Reichstag die dritte Lesung der Vorlage, betreffend die Gewerbeverordnungen. Gleich zu Anfang wurde die einzige Verbesserung, welche in zweiter Lesung angenommen war, daß nämlich den Ortsstatuten nur dann die Genehmigung solle versagt werden dürfen, wenn sie den Gesetzen widersprechen, nicht aber aus beliebigen Zweckmäßigkeitsgründen, auf Antrag von Ackermann wieder gestrichen, weil es dem Centrum gefiel, heute mit dem Cartell zu stimmen, nachdem es in zweiter Lesung mit der Linken gestimmt hatte. Es ist danach begreiflich, daß alle socialistischen und freisinnigen Anträge wegen der Ausdehnung der Wählbarkeit und Wahlberechtigung, auch wegen des Wahlrechtes der Frauen, der Versuch, die Innungs-Schiedsgerichte zu beseitigen oder ihre Zuständigkeit nach Möglichkeit einzuschränken, der weitere Versuch, die Maßregelung von Gewerbetreibenden aus politischen Gründen unter Mißbrauch der Bestimmung von der groben Verletzung der Amtspflicht zu verhindern, scheiterten. Die Freisinnigen, die Volkspartei und die Socialdemokraten blieben immer allein, da sogar die Polen, die in zweiter Lesung gegen die Innungs-Schiedsgerichte gestimmt hatten, sich den Conservativen und dem Centrum anschlossen. Auch einige Nationalliberale, darunter Herr v. Bennigsen, hatten gegen die Innungs-Schiedsgerichte nichts einzuwenden, die Herr Miquel so energisch bekämpft hatte. Die Gesamtstimmung über die Gewerbeverordnungen findet morgen statt.

28. Sitzung vom 27. Juni.

11 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Böttcher, Lohmann. In Vorlesung sind eingegangen der Antrag auf Verlegung des Reichstags vom 8. Juni bis zum 18. November, der dritte Nachtragsetat und eine Vorlage, betr. die Aufnahme einer Anleihe. Die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betr. die Gewerbeverordnungen, eröffnet.

Abg. Auer (Soc.) mit der Erklärung, daß die socialdemokratische Partei gegen das ganze Gesetz stimmen würde, wenn nicht ihre Anträge, nämlich die auf Herabsetzung der Altersgrenze für das active und passive Wahlrecht, auf Einräumung des activen Wahlrechtes für die Arbeiterinnen und auf Ausschreibung der Bestimmungen über die Innungs-Schiedsgerichte aus dem Gesetzesentwurf angenommen würden. Alle übrigen Forderungen, so diejenigen über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte, über die Aufenthaltsdauer, über das passive Wahlrecht der Frauen, sogar die über die Substitution der Arbeiter der Militärverordnungen unter das Gesetz läßt die socialdemokratische Partei fallen. Damit glaubt sie dem Hause weit genug entgegengekommen zu sein. In Bezug auf die Altersgrenze für das Wahlrecht kann auf die Jahresberichte der Fabrik-Inspectoren hingewiesen werden, worin das Statut des Frankfurter Gewerbegerichts als Musterstatut hingestellt ist. In diesem Statut sind viel weitergehende, freibeiwillige Bestimmungen enthalten, als sie jetzt von der socialdemokratischen Partei verlangt werden. Insbesondere wird in Bezug auf die Altersgrenze und das Frauenwahlrecht weit über diese Anträge hinausgegangen. Auch die Regierungsvorlage von 1878 bestimmt für das active Wahlrecht nur die Volljährigkeit. Alexander der Große stand mit 30 Jahren auf dem Gipfel seines Ruhmes, Napoleon I. hatte mit 25 Jahren seinen ersten großen italienischen Feldzug hinter sich; mancher bleibt ein Efel sein Leben lang. Wir haben unsere Pflicht gethan, thun Sie die Ihrige, indem Sie unsere Anträge annehmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldiscussion. In der Specialdiscussion über § 1 beantragte Abg. Ackermann den in zweiter Lesung beschlossenen Zusatz, wonach die Genehmigung des Ortsstatuts nur verlangt werden darf, wenn dessen Bestimmungen mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, zu streichen.

Abg. Hahn beantragte, hinzuzufügen, daß die Verfassung der Bestätigung mit Gründen versehen sein muß.

Abg. Ackermann (deutschkonf.): Wir haben es hier nicht bloß zu thun mit größeren Gemeinden, mit Stadtgemeinden, sondern auch mit kleinen ländlichen Gemeinden. Da muß ich doch sagen, daß ich nicht die volle Zustimmung beziehe, daß diese Gemeinden bei ihren Ortsstatuten stets das Nichtigste treffen. Den Organen einer kleinen ländlichen Gemeinde wird es schwer fallen, ein Ortsstatut aufzustellen, gegen dessen Inhalt nichts einzuwenden ist. Schon deshalb muß die höhere Verwaltungsbehörde das Recht haben nachzuhelfen, zu ergänzen und zu verbessern, was die kleine Gemeinde nicht fertig gebracht hat. Sie haben die Rechtspflege den Gewerbeverordnungen übertragen, welche im Namen des Landesfürsten Recht sprechen; um so mehr müssen die Regierungsbehörden einen bestimmenden Einfluß haben auf die Gestaltung der Statuten. Dem Antrage des Abg. Hahn kann ich mich nur anschließen; es handelt sich nur darum, daß zweckmäßige statutarische Bestimmungen vermieden werden und nicht darum, daß die Genehmigung aus politischen Gründen verjagt wird.

Abg. Poritz beantragte, daß, wenn ein Gewerbegericht für mehrere Gemeinden errichtet wird, die Verwaltungsbehörde in dem Bezirk zuständig sein soll, in welchem das zu errichtende Gewerbegericht seinen Sitz haben soll. Es sollen durch diese Bestimmung Collisionen vermieden werden.

Abg. Ebertz (Hr.): Neues ist heute für den Antrag Ackermann nicht vorgebracht worden. Für uns handelt es sich darum, ob der Reichstag in der That ein Mißtrauen gegen die Selbstverwaltungskörper zum Ausdruck bringen will oder nicht. Nicht bloß die freisinnige Partei, sondern auch andere Parteien legen Gewicht auf die Selbstständigkeit der Selbstverwaltung. Diese Parteien werden ihr Ansehen und ihre Macht nur schwächen, wenn sie dieses Minimum von freier Selbstbestimmung, was dieses Gesetz den Communen noch läßt, noch weiter beschränken. Ich bitte Sie bringen, den Antrag Ackermann abzulehnen.

Staatssecretär von v. Böttcher: Ein Mißtrauen gegen die Gemeindebehörden liegt nicht darin, wenn man für gewisse Fälle den kommunalen Aufsichtsbehörden eine Controle darüber gestatten will, ob eine Anordnung in einem Statut zweckmäßig ist oder nicht. Eine Controle nach der Richtung, ob die Festsetzungen mit dem Gesetz in Widerspruch stehen, kann uns nicht genügen, obwohl wir zu den Gemeindeverwaltungen volles Vertrauen haben. Der Abgeordnete Ackermann hat mit vollem Recht auf die Verhältnisse der kleinen Gemeinden hingewiesen. Da der Abg. Ebertz nach neuen Gründen listern ist, so will ich nur darauf hinweisen, daß Sie die Möglichkeit zugelassen haben, daß auf Antrag der Interessenten gegen den Willen der Gemeindebehörden ein Gewerbe-Schiedsgericht durch Anordnung der Landescentralbehörden eingerichtet werden kann. Wenn nun die kleinen Gemeinden entgegen den Wünschen der in ihnen domicilirten Arbeitgeber und Arbeiter sich weigern, gewerbliche Schiedsgerichte zu errichten, die Landescentralbehörden aber die Errichtung anordnen, so ist es wohl möglich, daß diese dem ganzen Unternehmen sehr abgeneigten Gemeinden das Statut so einrichten, daß es, obgleich es mit dem Gesetz nicht in absolutem Widerspruch ist, ganz unbrauchbar und undurchführbar ist. Es ist also durchaus notwendig, eine höhere Controle aus Zweckmäßigkeitsgründen eintreten zu lassen. Mißbraucht die Behörde ihre Befugnis, dann giebt es noch Instanzen, und in diesen muß doch die gesunde Vernunft zur Geltung kommen. Es handelt sich hier nicht um eine communale Angelegenheit, in dem Sinne, daß die Errichtung von gewerblichen Schiedsgerichten nur ein Zweig der Communalverwaltung wäre, sondern um die Regelung der Rechtspflege für ein bestimmtes Rechtsgebiet, bei der ein gewisser Einfluß der Verwaltungsbehörde auf die Gestaltung dieser Rechtspflege gewährt werden muß. Ich würde es befeuern, wenn die freisinnige Partei aus diesem Grunde Veranlassung nehmen würde, gegen das Gesetz zu stimmen. Die Regierung kann aber deshalb nicht von ihrem Standpunkt abgehen. Ich bitte, den Antrag Ackermann anzunehmen und ebenso den Antrag Hahn. Ich halte es durchaus für geboten, daß jede Geheimniskrämerei vermieden

werde, und daß die Gründe, welche zu einer Verjagung der Genehmigung geführt haben, bekannt gegeben und eventuell der Kritik unterzogen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Hahn: Ich hoffe, daß mein Antrag die Zustimmung zu dem Antrag Ackermann erleichtern wird, dessen Annahme ich gleichfalls dringend empfehle. Herr Ebertz behauptet mit Unrecht, daß es keinen Punkt gebe, der nicht schon im Gesetz ausreichend geregelt sei. Nach § 4 des Gesetzes kann die sachliche Zuständigkeit der Gerichte auf gewisse Gewerbe und Betriebe, die örtliche auf bestimmte Theile der Gemeinde beschränkt werden, die Abgrenzung der Zuständigkeit soll nach § 5 durch das Statut geregelt werden. Diese Entscheidung kann man nicht der Gemeindebehörde jedes beliebigen Dorfes überlassen, die beim besten Willen vielfach die Ueberlast nicht hat, welche diese Aufgabe erfordert. Würden vor Errichtung des Schiedsgerichts die Theilnehmer Interessentenkreise im Widerspruch mit dem § 1 nicht gebildet worden sein, so würde die Aufsichtsbehörde gleichwohl die Befähigung nicht verlagern können, wenn das Statut sonst den Gesetzen nicht widerspricht. Auch Unklarheiten würden nicht beseitigt werden können. Der Grund, daß die in Berlin gemachten Erfahrungen die Aufnahme der fraglichen Bestimmungen notwendig machen, ist um so weniger durchschlagend, als für Berlin ein Ausnahmefall besteht. Nur in Berlin ist die Behörde, welche die Befähigungsfrage entscheidet, keine Selbstverwaltungsbehörde, überall sonst entscheiden die Bezirksausschüsse, so daß also nicht, wie hier gesagt worden, die Befähigung von einem Regierungssachverständigen oder Regierungsrath abhängt.

Abg. Kintelen (Centrum): Auch ich bestreite die Behauptung des Abg. Ebertz, daß die Streichung der Bestimmung die Autonomie der Gemeinden beschränken würde. Es handelt sich hauptsächlich nicht um Gemeindeangelegenheiten, sondern um Staatsgerichte. Ich empfehle die Streichung der Bestimmung namentlich auch aus dem Grunde, daß nach den Gesetzen jede kleine Gemeinde ihr Statut selbst machen kann, daß benachbarte Gemeinden ganz verschiedene Statuten erlassen können, woraus für die den Gerichten unterstellten Interessenten die größten Unzuträglichkeiten erwachsen könnten. Ich will zur Veranschaulichung nur auf die Möglichkeit hinweisen, daß für die eng mit einander verwachsenen Städte Oberfeld und Barmen zwei solche von einander völlig abweichende Statuten erlassen werden können.

Abg. Harmening (Hr.): Ich hätte erwartet, daß, nachdem von der äußersten Linken Jenen die Bitte vorgelegt war, wenigstens im § 1 die Beschlüsse der zweiten Lesung beizubehalten, um jenen Herren die Annahme des Gesetzes nicht unmöglich zu machen, wenn man von rechts den Antrag auf Streichung nicht einbringen würde. Alles, was an sogenannten neuen Gründen vorgebracht ist, schlägt nicht durch, es sind sämmtlich Scheingründe. Es ist geltend gemacht worden, daß es unter Umständen gefährlich werden könnte, diesen Satz stehen zu lassen, und zu meiner Verwunderung hat man auf kleine Gemeinden, ja selbst auf Dörfer exemplifiziert. Mit dieser Gefahr würde doch nur zu rechnen sein, wenn die Einrichtung der Gewerbegerichte obligatorisch gemacht würde. Kaum irgend ein Dorf wird sich bewegen fühlen, aus seinem Kopfe heraus an der Hand dieses Gesetzes ein solches Statut zu machen; diese Errundungsfrage traue ich einem Dorfobervorsteher nicht zu. Man wird sich auch andere Statuten zum Muster nehmen, und die Regierung wird niemals in die Lage kommen, unzweckmäßige Bestimmungen aus denselben zu entfernen. Ein Herr von der Rechten hat mir gesagt, diese Bestimmung könne unter Umständen sehr böse wirken, denn danach habe die Regierung nicht einmal die Möglichkeit, reactionäre Bestimmungen zu entfernen. Das klingt mir sehr wunderbar. Es ist das ja Glaubenssache, ich habe die Meinung, daß die Regierung, selbst wenn mein Antrag wieder fiele, solche Bestimmungen aus dem Statut nicht entfernen wird. Können Sie mir den entgegengesetzten Glauben beibringen, dann freilich brauchen wir solche Zusätze nicht. Sehr viel ist ferner von der Autonomie der Gemeinden die Rede gewesen. Ich will von meinem Standpunkte aus nicht, daß die Regierung in das Statut Bestimmungen hineinbringen kann, welche zu Ungunsten der Arbeiternehmer sind. Es wird gesagt, die Regierung verstehe am besten die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wahren. Ich gebe das zu, soweit es die Arbeitgeber betrifft, die Interessen der Arbeitnehmer werden vielleicht erst sehr viel später von den Landesbehörden gewahrt werden, vorläufig habe ich dieses Vertrauen nicht. Gewiß sind die Gewerbeverordnungen staatliche Gerichte, aber es ist heutzutage eben jeder Eingriff der Regierung in die Justiz ausgeschlossen und muß ausgeschlossen bleiben. Gerade aus diesem Gesichtspunkte ergibt sich die Nothwendigkeit meines Antrages. Sollte wirklich ein Statut neue Zuständigkeiten einführen, so würde das, sofern es mit den Gesetzen nicht in Einklang ist, zu ändern sein, aber es ist mir für die Nothwendigkeit, aus Zweckmäßigkeitsgründen die Befähigung zu verjagen, kein einziges Beispiel bisher beigebracht worden, und ich vermag mir ebenso wenig ein solches auszudenken. Ob die Verwaltungsbehörden für die Verjagung der Befähigung noch Gründe geben sollen, ist mir vollständig gleichgültig. Wir würden in dieser Beziehung vielleicht Uebertragungen erleben, ein weitergehendes Interesse ist damit schwerlich verbunden. Den Antrag Poritz kann ich meinerseits unterstützen.

Die Discussion wird geschlossen.

Der Antrag Hahn wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso wird entsprechend dem Antrage Ackermann der in zweiter Lesung angenommene Antrag Harmening wieder gestrichen, indem heute mit den Socialdemokraten, der Volkspartei und den Freisinnigen nur etwa zehn Mitglieder des Centrums stimmen. — Der Antrag Poritz wird gleichfalls angenommen und mit diesen Aenderungen der § 1.

Nach § 8 soll für die Beiziger die Vollendung des 30. Lebensjahres und zweijähriger Aufenthalt im Bezirk des Gewerbegerichts Vorbedingung der Wählbarkeit sein. — Die Socialdemokraten beantragen das 25. Jahr und einjährigen Aufenthalt.

Abg. Hirsch (Hr.): Bei der Geschäftsfrage des Hauses werde ich mich trotz der Wichtigkeit des Gegenstandes einer salomonischen Kürze befleißigen. (Zustimmung.) Das Arbeiterleben verläuft ganz anders, als das der übrigen Klassen. Der Arbeiter tritt viel früher in das praktische Leben und in die Selbstständigkeit ein, er hat im Alter von 25 bis 30 Jahren eine Familie gegründet, ist Familienvater und seit lange gewohnt, über seinen Beruf nachzudenken. Ein länger als einjähriger Aufenthalt zur Erreichung des passiven Wahlrechtes ist nicht erforderlich, in dieser Zeit kann ein Arbeiter die örtlichen Verhältnisse genügend kennen lernen. Haben wir doch vor Kurzem hier mit vieler Aufmerksamkeit gehört, wie Major Liebert nach fünfjährigem Aufenthalt in Afrika sich nicht nur über die Verhältnisse eines Ortes, sondern eines großen Gebietes ein Urtheil gebildet hatte. Lassen Sie einmal die Aengstlichkeit fallen und geben Sie herabst den Wünschen der Arbeiter nach.

Abg. Singer: Wenn die Arbeiter sich von der Reife eines Beiziger-Candidaten nicht überzeugt haben, können sie ja einen anderen wählen. In der Regel werden ja auch ältere Leute als 25jährige zu Beizigern berufen werden, aber den jüngeren darf man nicht verwehren, in das Amt einzutreten. Daß nur die Arbeiter in diesem Alter reif sind, befreite ich allerdings; denn viel jüngere Officiere haben eine verantwortliche Stellung über Untergebene, mit denen sie, wie wir kürzlich gehört haben, Dinge vornehmen können, die allgemein verurtheilt werden. Es fällt Niemandem ein, einen Fürsten im Alter von 25 Jahren für unfähig zur Regierung zu erklären. Der Widerspruch gegen unseren Antrag entspringt nur dem Mißtrauen gegen die Arbeiter. Man will die Befähigung nicht in dem Maße eintreten lassen, wie es notwendig ist. Wenn Sie einen zweijährigen Aufenthalt zur Bedingung machen, schließen Sie einen großen Theil derer, die zu dem Amte berufen sind, davon aus. Der Arbeiter hat ja nicht allein die Möglichkeit, über seinen Aufenthalt zu bestimmen. Durch die nordamerikanische Silberbill ist zum Beispiel in Sachsen die Befähigung aufgetaucht, daß ein großer Theil der Industrie, wenn die Mac Kinley Bill angenommen wird, in ihrer Existenz gefährdet wird, dann muß ein großer Theil der dortigen Arbeiter auswandern. Es liegt also außerhalb des Willens der Arbeiter, zwei Jahre an einem Orte zu sein. Von der Annahme dieser Anträge müssen wir unsere Zustimmung zu dem ganzen Gesetz abhängig machen.

Abg. Poritz (C.): Unsere Gründe aus der zweiten Lesung will ich nicht wiederholen, befreite aber dem Abg. Singer, daß wir uns von einem Mißtrauen gegen die Arbeiter leiten lassen. (Zwischenrufe bei den Socialdemokraten.) Nur das Mißtrauen gegen den Menschen hat uns geleitet (vehementer Widerspruch bei den Socialdemokraten: Glocke des Präsidenten); die Bestimmung gilt für die Arbeitgeber in gleichem Maße wie für die Arbeiter, von dem Mißtrauen gegen die Menschen an die müssen wir uns hier leiten lassen, wo wir Gerichte schaffen, die an Stelle der ordentlichen Gerichte sprechen sollen. Wir verwehren ja den Leuten, an die ordentlichen Gerichte zu gehen und müssen deshalb möglichst Garantien für die

Rechtsprechung geben; wir weisen die Insinuation des Abg. Singer auf Entschiedenheit zurück.

Der Antrag der Socialdemokraten wird abgelehnt, § 8 unverändert angenommen.

Zum § 12 beantragen die Socialdemokraten, das Wahlrecht nicht erst mit dem 25., sondern schon mit dem 21. Lebensjahre beginnen zu lassen und es auch den weiblichen Arbeitern zuzugestehen.

Abg. Auer (Soc.): Wenn es sich nicht um das Mißtrauen gegen die Arbeiter, sondern nur um das Mißtrauen gegen den Menschen handelt, dann hat das Centrum jetzt die Möglichkeit, das zu beweisen, indem es hier für unseren Antrag stimmt. Das Mißtrauen gegen den Menschen an sich muß doch in irgend welchen Thatsachen begründet sein. Wenn der Reichstag bei den Schiedsgerichten des Unfallversicherungsgesetzes, wenn die Regierung in ihrer Vorlage über die Gewerbegerichte von 1878 und wenn schließlich alle städtischen und Communalbehörden überall das 21. Lebensjahr als genügend für das active Wahlrecht erachten, wo ist dann Anlaß zu einem Mißtrauen gegenüber dem Menschen? Die vorhandenen Schiedsgerichte haben sich bisher ausgezeichnet bewährt. Wenn es nur das Mißtrauen gegen die Schwächen des Menschen in seiner Allgemeinheit ist, könnten Sie ruhig für unseren Antrag stimmen. Stimmen Sie trotzdem dagegen, so ist das der beste Beweis, daß Sie nicht nur das Mißtrauen gegen den Menschen, sondern gegen die jungen Arbeiter leiten. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Bisher ist noch keine einzige Klage laut geworden, daß da, wo das active Wahlrecht mit dem 21. Jahre eintritt, die Weisheit nicht voll ihre Pflichten gethan hätten; auch in Nürnberg fungieren die Gewerbegerichte mit ihren socialdemokratischen Beigeordneten ausgezeichnet. Auf die Aufforderung vom Bundesrathstisch, wir sollten beweisen, warum wir den Frauen das Stimmrecht geben wollen, antworte ich einfach: Wenn wir die Frauen in die Fabrik stellen und sie zwingen, sich den Arbeitsbedingungen unterzuordnen, wenn Mütter oder Wittwen für ihre Familien aufkommen müssen, so ist damit der Beweis erbracht. Es ist einfach Philisterei, wenn Sie den Frauen das Stimmrecht nehmen. (Lebhafter Widerspruch rechts und im Centrum.) Ob die Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, ist ihre Sache. In der Zukunft wird den Frauen auch das politische Stimmrecht gegeben werden müssen. Die Unternehmer, die sich gegen dieses Recht der Frauen sträuben, haben eine besondere Vorliebe für die Ausnutzung der Frauenarbeit. Unter dem Einfluß des früheren Kollegen Miquel hat das Frankfurter Statut den Frauen das Stimmrecht eingeräumt. Folgen Sie den Bahnen des Herrn Miquel; ist er auch früher einmal Communist gewesen, heute ist er es nicht mehr. Ich wünsche nur, daß Ihre eigenen Frauen lesen, was heute hier verhandelt wird. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bachem (C.) bestreitet, daß irgend welches Mißtrauen gegen die Arbeiter maßgebend gewesen sei; bei der Auswahl der Weisheit müßte man vorsichtig sein, um eine sachliche Rechtsprechung zu sichern. Aber beim activen Wahlrecht sei die Sache nicht bedenklich; er werde deshalb für das 21. Lebensjahr stimmen.

Abg. Ebertz (Hr.) empfiehlt ebenfalls die Annahme des 21. Lebensjahres und die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen. In den Orts-Krankenkassen seien 826 000 Frauen Mitglieder, und diese vom Wahlrecht auszuschließen, würde eine Ungerechtigkeit sein.

Abg. v. Cuny (natl.): Bei den Krankenkassen handelt es sich um wirtschaftliche Dinge, hier handelt es sich um Jurisdiction.

Abg. Girsch (Hr.): Die Vorlage von 1878 schlug das 21. Lebensjahr als Grenze für das Wahlrecht vor. Ist unsere Arbeiterkraft seitdem schlechter geworden? Es scheint, als wenn man für das in Fortfall kommende Socialistengesetz neue Schranken aufzurichten beabsichtigt. (Heiterkeit.)

Staatssecretär von Büttcher: Die Gegner der Vorlage leisten in der Construction von Gründen alles Mögliche. Jetzt kommt der Abgeordnete Girsch und sagt, es komme ihm so vor, als ob bei den Vorschlägen der verbündeten Regierungen die Tendenz vorgewaltet habe, für das am 30. September ablaufende Socialistengesetz in diesem Gesetz einen Ersatz zu schaffen. (Heiterkeit rechts.) Sie sehen aus der Heiterkeit, die im Hause entsteht (Oh! links), daß dieser Grundsatz in einer kühnen Phantasie entworfen ist. Wir haben aus das Socialistengesetz absolut nicht gedacht, als wir diese Vorlage eingebracht haben, sondern nur an die Frage: Was ist zweckmäßig und vernünftig? Gegenüber der Vorlage von 1878 ist diese Vorlage nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung, indem wir das 25. Lebensjahr angenommen haben. Die Vorbilder, auf welche man Bezug nimmt, gehören nicht der Gesetzgebung an, sondern sie sind hergenommen von Ortsstatuten von einzelnen Städten. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Bravis!) Die Herren kommen mit dem Vorbild der Schiedsgerichte für Unfallsachen. Dieses Wahlreglement, welches die Berechtigung zur Theilnahme zur Wahl in den Schiedsgerichten vom 21. Jahre ab statuiert, ist nicht vom Gesetzgeber, sondern vom Reichsversicherungsamte erlassen worden. (Zurufe bei den Socialdemokraten: Es steht im Gesetz drin.) Nun gut, dann sage ich ganz einfach, daß es sich bei diesen Unfallschiedsgerichten um den Ausbau eines Theiles unserer socialwirtschaftlichen Gesetzgebung handelt, hier aber um die Composition eines Gerichtshofes, welcher Recht zu sprechen hat im Namen der staatlichen Autorität. Die Theilnahme an der Bildung der gewerblichen Schiedsgerichte ist ein politisches Recht, und für die Abgrenzung der politischen Rechte haben wir bereits in der Verfassung ein Vorbild, welches für uns maßgebend ist. Das politische Wahlrecht beginnt nach der Verfassung mit dem vollendeten 25. Lebensjahre, und dasselbe Lebensjahr haben wir hier bei diesem Gesetz zum Ausgangspunkt genommen. Was die Wahlberechtigung der Frauen anbelangt, so ist ja heute diese Frage nur oberflächlich gestreift worden. Ich kann den Herren mittheilen, daß mir eine ganze Reihe von Zusummungen: Erklärungen zugegangen ist, auch aus Kreisen von Arbeiterinnen (lebhafter Zwischenruf bei den Socialdemokraten) die sich dafür bedanken, daß man sie in diesen Strudel hineinziehen will. Ich bitte Sie also, lassen Sie es bei den Beschlüssen zweiter Lesung. (Beifall rechts.)

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Girsch: Wenn die Heiterkeit eine Widerlegung meiner Ansichten sein soll, so giebt es keinen Redner in diesem Hause, auch den Staatssecretär einbezogen, der nicht auf gleiche Weise schon lächerlich gemacht worden ist.

Die Anträge der Socialdemokraten werden abgelehnt und § 12 unverändert angenommen.

Nach § 16 kann ein Mitglied des Gewerbegerichtes, welches sich einer groben Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht hat, seines Amtes durch das Landgericht entsetzt werden.

Abg. Kauffmann (Hr.) hält die Fassung „grobe Verletzung der Amtspflicht“ für bedenklich, weil sie leicht zu Mißregeln politischer Natur mißbraucht werden könnte. Redner beantragte, hinzuzufügen, daß die Verletzung der Amtspflicht begangen sein muß durch eine strafbare Handlung.

Abg. Stadthagen hält die Fassung ebenfalls für bedenklich; er führt aus der Praxis des Ehrengerichtshofes der Rechtsanwälte eine Reihe von Fällen an, in welchen die Anklage gegen Rechtsanwälte erhoben sei wegen Verletzung der Amtspflicht, in welchen aber der Ehrengerichtshof vielfach freigesprochen habe. Die Arbeiterbeisitzer, die leicht bei ihrer geringen Bildung einen Verstoß begehen könnten, sollte man nicht in solche Verlegenheiten bringen. Man solle die Bestimmung streichen, welche nur dictirt sein könne von einem ganz unbedingten Mißtrauen gegen die Arbeiter, zu denen Redner das Zutrauen hat, daß sie gerecht urtheilen, gerechter als manche andere Richter. Wenn aber eine Mißregelung der Weisheit stattfinden solle, dann solle man dieselben nicht behandeln, wie gemeine Verbrecher, und sie durch den Staatsanwalt anklagen lassen. Die Staatsanwälte verdienen nicht das nötige Vertrauen, denn sie sind ja die einzigen Beamten, die gegen ihr besseres Wissen Anklagen auf Anweisung ihrer Vorgesetzten erheben müssen. Die Staatsanwaltschaft verfährt auch ganz verkehrt. Wenn ein Arbeiter den Arbeitgeber „Du“ nennt, so sieht der Staatsanwalt darin eine Beleidigung, umgekehrt aber nicht. Die Arbeiter werden verfolgt bei Verurtheilungen, gegen die schwarzen Listen der Arbeitgeber jähretlich kein Staatsanwalt ein. Unter solchen Umständen kann man die Arbeitsbeisitzer nicht in die Hand der Staatsanwälte geben.

§ 16 wird unter Ablehnung des Antrages Kauffmann angenommen.

Nach § 25a sollen Rechtsanwälte und Rechtsconsulenten als Proceßbevollmächtigte oder Beistände vor den Gewerbegerichten nicht zugelassen werden.

Abg. v. Pfeffen beantragte, daß ausnahmsweise der Vorsitzende Rechtsanwältin zulassen kann, wenn die Verhältnisse einen rechtskundigen Beistand der Parteien erforderlich machen.

Abg. Bachem will die ausnahmsweise Zulassung von Anwälten dem Gewerbegericht überlassen, wenn der Streitgegenstand rechtskundigen Beistand der Parteien erforderlich macht. Personen, welche ohne Vergütung die Vertretung vor dem Gewerbegericht geschäftsmäßig übernehmen, können vom Gewerbegericht als Proceßbevollmächtigte oder Beistände zurückgewiesen werden.

Abg. Osann bittet heiße Anträge abzulehnen, weil dadurch der Geschäftsgang der Gewerbegerichte verlangsamt würde. Wenn rechtliche Fragen zur Sprache kommen, so wird ja der Vorsitzende des Gerichts, der meist ein Jurist sein wird, im Stande sein, die Parteien aufzuklären. Abg. Grillenberger: Die Mitarbeit der Juristen ist gerade nicht zum Vortheil des Gesetzes gewesen, besser wäre es, wenn man den Männern des praktischen Lebens die Arbeit überlassen hätte. Die Rechtsanwälte habe man in zweiter Lesung ausgeschlossen, jetzt wolle man sie durch eine Hintertür wieder einführen. Das würde nicht im Interesse der Arbeiter liegen, denn diese würden die Kosten eines Rechtsanwalts niemals bezahlen können. Der Antrag Bachem wird diejenigen Personen aus den Fachvereinen treffen, die für ihre Kollegen ohne Vergütung die Vertretung vor dem Gewerbegericht übernehmen.

Abg. Bachem will solche Personen gerade zulassen, nur sollen sie die Sache nicht geschäftsmäßig betreiben. Im Uebrigen entspreche sein Antrag nur den verschiedenen Wünschen, welche dahin gingen, daß man in Ausnahmefällen doch Rechtsanwältin zulassen solle.

Abg. Ebertz empfiehlt die Annahme des Beschlusses der zweiten Lesung, welche auch unter Ablehnung aller Anträge erfolgt. Nach § 63a sollen die Gewerbegerichte verpflichtet sein, Gutachten auf Anfragen der Staatsbehörden abzugeben; zur Vorprüfung können sie Ausschüsse aus ihrer Mitte bilden.

Abg. Ebertz beantragte, daß die Ausschüsse nicht bloß zur Vorbereitung der Gutachten gebildet werden können, sondern daß sie auch die Gutachten sofort abgeben können, damit nicht erst das Plenum des Gewerbegerichtes, welches in großen Städten sehr umfangreich sein könne, in Bewegung gesetzt werden müsse.

Der Antrag wird angenommen. Zum § 69 (Ausschluß der Militär- und Marineverwaltung) erklärt Abg. Girsch, daß die Freisinnigen diesem Ausschluß nach wie vor widersprechen, aber wegen der Aussichtslosigkeit auf die Einbringung von Anträgen verzichten.

Nach § 72 soll die Zuständigkeit der Innungsschiedsgerichte durch die Zuständigkeit eines Gewerbegerichtes nicht ausgeschlossen werden. — Abg. Auer beantragte, diesen Paragraphen ganz zu streichen. — Denselben Antrag stellt Abg. Ebertz, welcher für den Fall der Ablehnung die Innungsschiedsgerichtsbarkeit auf die Streitigkeiten der Arbeitgeber mit ihren Lehrlingen beschränkt und die Zuständigkeit des Innungsschiedsgerichtes durch Erhebung der Klage vor dem Gewerbegericht ausgeschlossen wissen will. Die Berufung gegen die Entscheidungen der Innungsschiedsgerichte soll an das Gewerbegericht und, wo ein solches nicht besteht, an die ordentlichen Gerichte gehen. Falls dies abgelehnt werden sollte, also falls die Innungsschiedsgerichte in vollem Umlaufe bestehen bleiben, soll die Berufung ebenfalls an das Gewerbegericht, bezw. an die ordentlichen Gerichte gehen.

Abg. Ebertz: Mein Antrag ist nicht von Antipathie gegen die Innungen eingegeben, und geht auch nicht vom Standpunkt einer einzelnen Partei aus, sondern allein vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit und von Rücksichten auf das Wohl der beteiligten Arbeiter. Herr Miquel hat nach seinen reichen Erfahrungen mit Recht die jetzige Bestimmung der Vorlage als ein privilegium odiosum der Innungen bezeichnet, das andererseits die größte Unzufriedenheit in weiten gewerblichen Kreisen hervorgerufen müsse, und das drittens die ganze Institution der Gewerbegerichte desorganisiere. Wenn Sie wünschen, daß dieses Gesetz mitthilt, den großen Riß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu überbrücken, dann können Sie nichts Besseres thun, als eine einheitliche Competenz des Gerichtshofes zu schaffen. Die Absicht der Schonung der Innungsgerichte — dieselben sind im Reichstage stets nur mit ganz geringer Majorität angenommen worden — muß fernerhin wiegen gegenüber den schädlichen Wirkungen, welche diese Bestimmungen hervorgerufen müssen. Eine ungeheure Verwirrung über die jedesmalige Competenz eines Innungs- oder des Gewerbegerichtes müßte die notwendige Konsequenz sein. Jedem, der eine Klage in Gewerbesachen anbringt, muß es unverständlich bleiben, sie beim ordentlichen Gerichte anzubringen. Für denjenigen, der gezwungen ist, vor den Innungen Recht zu nehmen, ist die Entscheidung nur eine vorläufige; ob eine sofortige oder nur eine vorläufige Entscheidung erfolgt, hängt rein von dem Zufall ab, ob die Klage an ein Innungsgericht oder an ein Gewerbegericht kommt. Die Entscheidung der Innungsgerichte unterliegt der Nachprüfung durch den ordentlichen Richter; wo das der Fall ist, dauert der Proceß nicht Wochen, sondern Monate. Ich empfehle deshalb auf das Dringendste, wenigstens der Partei die Möglichkeit zu lassen, diejenige Gerichtsbarkeit anzugeben, die ihr rasch Recht schafft und weit mehr Garantien giebt. Es wird niemand dann im Zweifel sein, welche Instanz er anrufen soll. Es ist ja bekannt, wie die Zusammenlegung des Innungsgerichtes zu Stande kommt. Fast alle Versammlungen der Gesellen zur Wahl für dieselben waren in Berlin vergeblich, und es bedurfte erst des Eingreifens der Regierung, um eine Wahl zu Stande zu bringen. Schon bei den Wahlen zum Innungsschiedsgericht wird die Rechtsgleichheit der Parteien außer Acht gelassen. Die Einführung der Berufung vom Innungsgericht an das Gewerbegericht wird denen, die gezwungen sind, an das Innungsgericht zu gehen, wenigstens die Möglichkeit geben, nachdem dieses gesprochen, zu schneller endgültiger Entscheidung zu kommen. Durch Annahme meines Antrages werden Sie weiten Kreisen die Wahl lassen, an welches Gericht sie gehen wollen. Sie werden die Innungen in ihrer Privilegie nach keiner Richtung hin schädigen und werden für die Einheitlichkeit der Jurisdiction, deren Bedeutung viel zu wenig geschätzt wird, sorgen. Fassen Sie keine Beschlüsse, von denen man nachher sagt: Der Reichstag hat zwar einen Gesetzesentwurf über die Gewerbegerichte gemacht, derselbe ist aber nichts als eine Begünstigung der Innungen.

Abg. Bachem hält es für falsch, die erst vor wenig Jahren eingerichteten Innungsschiedsgerichte jetzt schon wieder zu beseitigen; man muß ihnen Zeit lassen, sich erst zu bewähren.

Abg. Mehner bittet, die Innungsschiedsgerichte bestehen zu lassen, denn die Gesellen hängen in den kleinen Städten immer noch mit Lust und Liebe an den Innungen und haben zu ihrem Schiedsgerichte mehr Vertrauen als zu anderen Gerichten.

Abg. Grillenberger: Durch diesen Paragraphen wird die Rechtseinheit gestört und es unsicher gemacht, ob überhaupt ein Gewerbegericht eingerichtet werden kann, das ganze Gesetz wird dadurch werthlos und unbefriedigbar. Alle Anträge von uns sind durch das neue Cartell der Conservativen, der Nationalliberalen und des Centrums abgelehnt worden. Ich bin neugierig, ob die Nationalliberalen auch diesen Paragraphen annehmen werden. Die Reichspartei hat sonst die Anforderungen der Zünftler nicht ohne weiteres befriedigt; die Annahme dieses Paragraphen sollten diese Herren sich recht ernsthaft überlegen. Alle Innungsprivilegien reichen nicht hin, den Verfall des Handwerks aufzuhalten. Wenn dieser Paragraph angenommen wird, wird das ganze Gesetz für die Arbeiter werthlos werden.

Unter Ablehnung aller Anträge wird § 72 unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Nach § 72a sollen die bestehenden Gewerbegerichte (in Rheinland und in Elsaß-Lothringen) von dem Gesetz unberührt werden, wenn sie sich in Bezug auf ihre Zusammenlegung u. i. w. den Vorschriften dieses Gesetzes anbequemen.

Abg. Porfisch beantragte, den § 72a dahin zu fassen, daß die bestehenden Gewerbegerichte zum 1. April 1892 aufgehoben werden sollen, wenn sie sich nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes in Bezug auf die Zusammenlegung (gleiche Zahl der Beisitzer aus beiden Klassen) gefügt haben.

Abg. v. Cuny schließt sich diesem Antrage an, beantragte aber ferner, um alle Zweifel auszuschließen, hinzuzufügen, daß bei Anpassung an die Vorschriften des Gesetzes die Zuständigkeit dieser Gewerbegerichte in vollem Umlaufe aufrecht erhalten werden soll. Der Antrag Zuhauer, wonach die Gewerbegerichte sich auch den Bestimmungen über den Vorsitzenden, daß derselbe weder Arbeiter noch Arbeitgeber sein soll, unterwerfen sollen, ist seiner Meinung nach unzumuthbar, denn gerade die Vorschriften, daß ein Arbeitgeber Vorsitzender sein soll, wird von den rheinischen Gewerbegerichten als ein großer Vorzug betrachtet.

Abg. Zuhauer widerspricht gerade dieser Ausnahmestellung. Der Gehalt dieses Gesetzes verlangt, daß ein Unbetheiligter Vorsitzender des Gerichts sei.

§ 72a wird den Anträgen Porfisch-Cuny entsprechend angenommen. Damit ist die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes erledigt. Die Gesamtabstimmung wird ausgelegt, da

Abg. Meyer-Berlin gegen die sofortige Abstimmung Widerspruch erhebt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Berathung über den Antrag wegen Verlegung des Reichstages; dritte Lesung der Militärvorlage; Abstimmung über die Vorlage wegen der Gewerbegerichte; erste Beratung des dritten Nachtragsatzes und zweite Beratung des zweiten Nachtragsatzes.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 27. Juni. Der Gouverneur von Helgoland ist heute früh von dort in Berlin eingetroffen.

Der Bundesrath hat beschloffen, für Brannntwein, welcher behufs der Ausfuhr oder steuerfreien Verwendung zu gewerblichen u. i. w. Zwecken zur Abfertigung gestellt wird, Steuervergütung bezw. Abgabenerleichterung nur dann zu gewähren, wenn der Brannntwein keinen größeren Fuzelgehalt als 2 Gewichtprocente der in ihm enthaltenen Menge reinen Alkohols besitzt.

Wie bereits gemeldet, ist dem Reichstage heute der dritte Nachtragsetat zum Reichshaushalte zugegangen. Derselbe balancirt in Einnahme und Ausgabe, wie schon bekannt, mit 73 283 333 M., 840 595 M. fortdauernden und 64 873 738 M. einmaligen Ausgaben. Der Heeresetat beansprucht davon an fortdauernden Ausgaben 6 546 734 M. An einmaligen Ausgaben werden ausgeworfen: 1 250 000 M. zur Anlage unterirdischer Telegraphenlinien nach der bairisch-sächsischen Grenze bis Hof über Chemnitz und Dresden, ferner im Etat der Verwaltung des Reichsheeres 10 305 000 M., für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes zu Zwecken der Landesverteidigung. (Es sollen gebaut werden: Weite Geleise auf den Strecken Elfa-Posen, Neunkirchen-Schleimühle-Forbach und Ruhnow-Neustettin-König; es sollen besondere örtliche Anlagen, Labovorrathungen, Kreuzungsgeleise an verschiedenen Punkten hergestellt werden; die schiefe Ebene zwischen Neuenmarkt und Marktshorgast soll umgebaut werden; endlich soll eine feste Brücke über die Weichsel bei Fordon in dem Zuge einer Bahn von Fordon über Kulmsee gebaut werden.) Ferner wird der Etat aus für das Reichsheer an einmaligen Ausgaben 43 152 483 M. als Consequenz der sieben angenommenen Militärvorlage, darunter 11 164 800 M. zur Ausbildung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Infanterie und der Jäger mit dem Gewehr M/88, 4 774 100 M. zur Garnisonbauten in Elsaß-Lothringen. Die Quote an Bayern beträgt 6 514 000 M. — Der Seniorenconvent des Reichstages beschloß, von diesem Nachtragsetat vor der Vertagung die Detailberatung desjenigen Theils vorzunehmen, der eine directe Folge der bereits beschlossenen Gesetze ist, sowie der oben erwähnten Forderung von 11 664 800 M. zur Ausbildung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Infanterie und der Jäger.

Wie die „Berliner Zeitung“ hört, hat zwischen Caprioli und Crispi in diesen Tagen ein Austausch freundlicher Depeschen stattgefunden. Die Anregung dazu bot die Thatsache, daß Crispi den Botschafter Grafen Launay telegraphisch eruchte, dem Reichskanzler für dessen wohlwollende Vertheidigung gegen die Angriffe Windthorst seinen persönlichen Dank auszusprechen.

Von dem gestrigen Feste beim Reichskanzler wird noch berichtet: Die Socialisten fehlten in dem Kreise, sie pflegen ihre Karten beim Kanzler nicht abzugeben und haben von diesem ihrem Grundsatz auch diesmal keine Ausnahme gemacht; so erklärt sich ihre Abwesenheit. Vom Centrum waren außer Herrn Windthorst, mit dem der Reichskanzler im Laufe des Abends eine längere Unterhaltung führte, auch mehrere der Abgeordneten erschienen, die gegen die Militärvorlage gestimmt haben. Sie wollten dadurch den Beweis erbringen, so sagt man, daß sie viel lieber ja gesagt hätten, wenn der Kriegsminister ihnen auch nur ein ganz klein wenig entgegen gekommen wäre. Die Herren dieser Richtung stammen meist aus Altbayern. Die Conservativen und Nationalliberalen waren fast vollständig erschienen, von den Freisinnigen etwa 20.

Im Reichstage ist das Gerücht verbreitet, daß der Kriegsminister General Verdy du Vernois seine Entlassung nachgesucht habe. Die Angabe entbehrt der „Nat.-Ztg.“ zufolge nicht der inneren Wahrscheinlichkeit wegen der Art, wie er die Militärvorlage vertrat. Die Kreuzzeitung, welche das Gerücht ebenfalls erwähnt, fügt hinzu, es verlautet, er werde in jedem Falle aber einen längeren Urlaub antreten. Als mutmaßlicher Nachfolger wird der Commandant des Hauptquartiers des Kaisers, Generalleutnant von Büttich, genannt.

Die Nachricht, daß ein Wechsel in der Befegung des Staatssecretariats des Reichsfinanzamts bevorstehe, wird den „Berl. Polit. Nachr.“ von besinformirter Seite als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

Der Director der Krupp'schen Fabrik, Sencke, erklärt selbst die Gerüchte, daß er zum Nachfolger des Ministers v. Maybach designirt sei, für vollständig erfunden.

Das Abkommen mit England wegen der ostafrikanischen Schutzgebiete ist nach der „Nat.-Ztg.“ im Laufe des gestrigen Tages definitiv zu Stande gekommen. Es wird voraussichtlich alsbald dem englischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden.

Zwischen den beteiligten Ressorts und den einflußreichsten Mitgliedern der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft sind Beratungen eröffnet, welche dahin zielen, daß die Gesellschaft sich bereit erkläre, die ganze Küste zu übernehmen und daselbst eine Eisenbahn zu bauen und im größten Maßstabe Plantagen und Handels-Unternehmungen zu betreiben, die eigentliche Verwaltung aber nach dem Vorbilde der Neu-Guinea-Compagnie dem Reiche zu überlassen und demselben dafür, wie für die Gewährung des entsprechenden Schutzes einen erheblichen Beitrag zu leisten.

Der Vorstand des Deutschen Emin Pascha-Comités hielt heute unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann eine Sitzung ab, welcher Major von Wisnmann sowie die früheren Mitglieder der Emin-Pascha-Expedition Capitänleutnant a. D. Ruß und Dr. Borchert beiwohnten. Es wurden die Berichte Dr. Peters', eine interessante Abhandlung über Afrikaner in Allgemeinen und eine resumierende Auseinandersetzung über die Ergebnisse der Expedition vorgelesen, welche bald ausführlich veröffentlicht werden wird.

Von Lieutenant von Tiedemann, dem Begleiter Dr. Peters', sind 2 Briefe angekommen. Der eine vom Nordwesten des Victoria Nyanza, enthält eine kurze Schilderung der Kämpfe, welche die Expedition zu bestehen hatte. Es heißt darin: In dem einen Massai-Gefechte, das mit der gänzlichen Niederlage unserer Feinde endete, blieben 43 Tödt auf dem Platze, doch ging es von uns auch ein Paar an den Kränzen; ich selber bekam einen Pfeil durch die linke Brust. Die Kerle kämpften wie die leibhaftigen Teufel, wir zählten aber mit vollwichtiger Münze heim. Als wir etwa noch drei Tagemärsche von Emin's nächster Station entfernt waren, erhielten wir Nachricht von seinem Abmarsche und entschlossen uns, nach Uganda zu marschieren, vielleicht der gefährlichste Schritt der ganzen Reise. Der König von Uganda hat uns überaus freundlich und mit den höchsten Ehren aufgenommen. Unser Marsch von Uoga nach Uganda glich einem Triumphzuge. Uganda ist entsetzlich verwüstet, überall Spuren von Mord und Brand und Greuel, Skelette und halbverweste Leichname liegen zu Hunderten umher. Hier auf der Insel ist es wie im Paradiese, und meine Gastsfreunde, die katholischen Missionare, sind charmant, vor Allem der Missionar Livingstone, in dessen Zimmer ich schreibe. Meine Aufgabe

ist augenblicklich, Boote aufzutreiben, um unsere Expedition über den See zu bringen. — In dem zweiten Briefe wird berichtet, daß die Expedition nach 16 tägiger Fahrt über den Victoria Nyanza in 30 Booten wohlbehalten in Kioger angelangt sei, von wo Dr. Peters in Gesellschaft des Monsieur Evinhac nach der Küste zu marschiren gedente und dort gegen Ende Juni einzutreffen hoffe.

Von einem Mitgliede der Deputation, welche dem Fürsten Bismarck die Adresse der Berliner Bürger überbracht hat, wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben: Die Version ist nicht richtig, wonach Bismarck gesagt hätte: „Die Socialdemokraten rechnen ich nicht zu den Deutschen. Aber die Zahl der Zustimmenden, welche Sie mir gebracht, beweist, daß sie die Mehrheit der Reichstreuen beträgt.“ Der Fürst hat sich folgendermaßen ausgedrückt: Er freue sich über die Zustimmung, die ihm in der Adresse von einer so großen Zahl Berliner Bürger ausgesprochen werde. Wenn er die Socialdemokraten abrechne, die er in derartigen Fällen überall in Preußen nicht mitzähle, so sei es ein sehr ansehnlicher Theil der Berliner Bevölkerung, der die Adresse unterzeichnet habe.

Der Abgeordnete für Marienwerder, Oberbürgermeister von Posen, Müller, ist zum Justitiarius der Reichsbank ernannt. Es ersuchen damit sein Reichstags- und sein Herrenhausmandat.

Oberbürgermeister Adick in Altona wird als eventueller Nachfolger des Finanzministers Miquel auf dem Posten des Oberbürgermeisters von Frankfurt a. M. genannt.

Der „Reichsanzeiger“ publicirt die Verzekung des ordentlichen Professors, Geheimen Medicinalraths Johann Mikulicz in Königsberg in gleicher Eigenschaft in die medicinische Facultät der Universität Breslau.

In dem Proceß gegen den Verlagsbuchhändler Wilhelm Friedrich in Leipzig u. wurde heute das Urtheil gefällt. Friedrich wurde freigesprochen, der Schriftsteller Walloth zu 150 M., Conrad Alberti und Sittensfeld zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt, die Gremplare der betreffenden Bücher werden eingezogen. Alberti wurde außerdem zu 40 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Staatsanwalts während der Verhandlung verurtheilt. Die Anklage lautete bekanntlich auf Verbreitung resp. Veröffentlichung unstiltlicher Schriften.

Nach einem Telegramm der Kreuzzeitung hat der französische Kriegsminister in Uebereinstimmung mit der Militärcommission beschlossen, den Effectivbestand der Cavallerie vom Jahre 1891 ab um 3000 Pferde zu vermehren.

* Berlin, 27. Juni. Dem Hauptmann a. D. Regierungsrath Bredow in Breslau ist der Rofse Adler-Orden vierter Klasse verliehen worden. — Der Gerichtsassessor Stodt in Lauban ist zum Amtsrichter in Karolath, der Gerichtsassessor Knüppel in Beuthen D/S. zum Amtsrichter in Landsberg D/S. und der Gerichtsassessor Georg Schulz in Halberstadt zum Amtsrichter in Friedland D/S. ernannt worden. Der Amtsrichter Grobke in Beuthen ist als Landrichter an das Landgericht daleibst versetzt worden. — Der Gerichtsassessor Fabrizi ist als Rechtsanwalt in Breslau eingetragen worden. — Der Referendar Racker ist zum Gerichtsassessor im Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau ernannt worden.

z. Hamburg, 27. Juni. Wie verlautet, wird deutschseits beabsichtigt, in Helgoland einen Hafen für Torpedoboote anzulegen. !! Wien, 27. Juni. Fürst Ferdinand von Bulgarien ist heute im strengsten Incognito hier eingetroffen.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)
Berlin, 27. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Staatssekretärs von Marzall zum Wirklichen Geh. Rath mit dem Prädicat Excellenz.

Kiel, 27. Juni. Der Kaiser hat sich heute auf dem Panzerschiff „Kaiser“ eingeschifft und ist um 8 Uhr Abends mit dem Mandover-Übungsgehwader in See gegangen.

Hamburg, 27. Juni. Gestern Abend wurde hier ein evangelisch-socialer Arbeiterverein gegründet, dessen Tendenz gegen die Socialdemokratie gerichtet ist. Fast alle in der constitutenden Versammlung Anwesenden traten dem Verein bei. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Maurerpolier Volk, zum zweiten Dr. med. Marr gewählt. Der Vorstand besteht aus elf Mitgliedern, wovon statutengemäß die größere Hälfte aus Arbeitern bestehen muß.

Bremen, 27. Juni. Ein Privattelegramm aus Falmouth meldet: Der von Holland nach Java bestimmte Dampfer „Prinz Frederik“ ist nach einem Zusammenstoß mit dem von Taganrog nach Dänemark bestimmten Dampfer „Mapeffa“ gesunken. Der „Mapeffa“ ist schwer beschädigt in Falmouth angekommen.

Rom, 27. Juni. Die Eigenthümer der Schwefelgruben in Favara sagten den streikenden Arbeitern in Gegenwart des Bürgermeisters und des königlichen Procurators eine Lohnerhöhung zu, worauf sich die Arbeiter bereit erklärten, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

Paris, 27. Juni. 20 Missionäre begeben sich demnächst von Algier nach dem äquatorialen Afrika. Die übliche Abschiedsfeier findet Sonntag in der Kathedrale unter Vorsitz des Cardinals Lavignerie statt.

Haag, 27. Juni. Die erste Kammer nahm das Gesetz an, durch welches die Canalabgaben für den Canal von Amsterdam zum Meere aufgehoben werden.

Petersburg, 27. Juni. *) Dem „Grashdamin“ zufolge wurde der neue Tarif für den Transport ausländischer Waaren auf den russischen Eisenbahnen genehmigt. Für die meisten Einzelpartikel wurden die Tariffätze erhöht. Die Ausschließungen gewisser Linien wurden aufgehoben. Die neuen Tarife gelten ab 1. Januar 1891. Ferner wurde das Gesetz, betreffend die Vereinigung der Warschau-Bromberger mit der Warschau-Wiener Bahn, und betreffend die Theilnahme der Regierung am Reingewinne letzterer Eisenbahn veröffentlicht.

*) Wiederholt, weil nur in einem Theil der Auflage.

Locale Nachrichten.

Breslau, 27. Juni.

J. Von der Dombrücke. Heute Abend wurden zum ersten Male und zwar probeweise die Laternen auf der fertig gestellten Dombrücke angezündet. Einige Beamte der Gasanstalt waren erschienen, um die Wirkung dieser Beleuchtungsprobe in Augenschein zu nehmen und hier nach zu bestimmen, welche von den einzelnen Laternen sowohl der Brücke als der benachbarten Straßen während der Nachstunden angezündet bzw. ausgelöscht werden sollen. Die Beleuchtung der Brücke ist eine ausreichende, aber die Flammen, welche nur die Größe der gemöhnlichen Straßenlampen haben, stehen in einem gewissen Mißverhältniß zu der Größe und Ausstattung der Laternen, um so mehr, als die an den Laternen befindlichen großen Glühbirnen sowie das dunkle Asphaltpflaster der Brücke eine große Menge Licht absorbiren.

* Residenz-Theater. Morgen, Sonnabend, werden die Vorstellungen im Residenz-Theater wieder aufgenommen. Da das neuerbaute Sommertheater gegen jedes Unwetter geschützt ist, ist eine Unterbrechung der Vorstellungen kaum mehr zu erwarten. — Herr Hermann Müller, das beliebte Mitglied des Lobetheaters, begiebt sich, einer Einladung der Intendantin des Hofburgtheaters folgend, am Montag nach Wien, um am Burgtheater ein Gastspiel in „Ratban der Weise“, „Egmont“ und „Samlet“ zu absolviren. Herr Müller ist bis 1. Juni 1891 vom Director Witte-Wild fest engagirt und bleibt dem Ensemble des Lobetheaters bis dahin erhalten. Morgen, Sonnabend, wird die Operette „Der arme Jonathan“ mit Fr. M. als Harriet in Scene geben; ebenso wird die genannte Dame am Sonntag als Rosalinde in der Operette „Die Fledermaus“ auftreten.

=ß= Vom Margarethenbaum. Der Margarethenbaum, welcher längere Zeit nicht passirbar war, ist nunmehr wieder seitens der Stadt in passirbaren Zustand versetzt worden und dem Publikum zugänglich gemacht.

— Unglücksfälle. Der auf der Einhornstraße wohnende Arbeiter Joseph Zimmer wurde heute Morgen von einem mit Obst beladenen Wagen überfahren und trug drei Rippenbrüche rechterseits davon. Der Arbeiter fand Aufnahme im Allerheiligen-Hospital. — Der auf der Nicolaistraße wohnende Arbeiter Ernst Doctor wurde am Freitag Vormittag von einer Kurbel, die seinen Händen entglitt, auf den rechten Arm geschlagen und erlitt infolge dessen eine schwere Verletzung des Ellenbogengelenks. — Der Handlungsdiener Eduard Königsberger, Sonnenstraße wohnhaft, stürzte am 26. d. Mts. infolge eines Fehltritts von einer Leiter herab und trug bei dem Aufprall eine schwere Contusion der rechten Schulter davon. Den beiden letztgenannten Verunglückten wurde in der königl. chirurgischen Klinik ärztliche Hilfe zu Theil.

g. Unglücksfall. Das 2½ Jahre alte Mädchen Martha Wiedeberg, Tochter eines auf der Bohrauer Straße wohnenden Schlossers, gerieth, als sie am 26. d. M. Nachmittags auf der Straße spielte, zwischen die Räder eines vorüberfahrenden, mit Ziegeln beladenen Wagens und wurde, ehe der Kutscher sie bemerkte, und ehe Jemand herzuspringen konnte, überfahren. Das Kind erlitt dabei mehrere Verletzungen an Kopf und Brustbein und mußte in Folge dessen in das Wenzel-Hankel'sche Krankenhaus gebracht werden.

— Tödtung eines tosen Hundes. Am 24. d. Mts. wurde in Gallowitz, Kreis Breslau, ein Hund — Eigenthum des dortigen Schäfers — erschossen, weil derselbe, wie die fachverständige Feststellung bestätigt hat, tollwüthig war. Infolge dessen hat der königl. Landrath angeordnet, daß sämtliche Hunde in den bis vier Kilometer von Gallowitz entfernten Ortschaften des Landkreises bis zum 27. September d. J. einschließig angefleht oder eingesperrt gehalten werden.

g. Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: eine silberne Cylinderruhr; ein Portemonnaie mit Geld; ein Pfandbriefcoupon; eine Granatbrotsche mit Goldfassung. — Abhanden gekommen: einer Dame aus Wissa i. Schlei. ein Portemonnaie mit etwa 8 Mark, zum Theil in Coupons bestehend; einer Dame aus Rudenwalde eine goldene Damenuhr; einer Dame von der Friedrich-Wilhelmstraße ein Portemonnaie mit einem Hundemotiv und 350 Mark in Scheidemünze; einer Dame von der Bahnhofstraße ein bräunlich graues molles Umhangetuch; einer Dame von der Schußbrücke ein goldenes Armband. — Gestohlen: einem Dienstmädchen von der Tauenzienstraße eine Partie Kleider und Wäsche; einem Arbeiter von der Seifengasse ein schwarzer Rock; einem Straßenbahn-Conducateur von der Tiergartenstraße ein goldener Trauring, gravirt P. S. 12. 11. 87. — In Untersuchungshaft genommen 11 Personen, in Strafbhaft 9.

Gefekgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 27. Juni. [Schwurgericht. — Wissenlicher Meineid.] Vor einigen Monaten wurde der Schlossermeister und Bauunternehmer Oskar Langer, gegen welchen schon seit Jahresfrist ein Untersuchungsverfahren wegen wissenschaftlichen Meineids schwebte, in seiner in der Victoriastraße belegenen Wohnung auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Haft genommen. Bei Erhebung der Anklage erschien, da ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildete, die Verhaftung notwendig. Langer hatte sich schon vorher mit dem zu seinem Verteidiger erwählten Rechtsanwalt Schreiber besprochen und dieser beantragte sofort die Haftentlassung gegen Stellung einer Caution, deren Höhe natürlich die Anklagekammer bestimmen sollte. Es wurden 20 000 Mark verlangt und aus den eigenen Mitteln des Verhafteten auch bald bei Gericht bezw. bei der Hinterlegungsstelle eingezahlt. Zu der Hauptverhandlung vor den Geschworenen, die für heut Vormittag 9 Uhr angeber war, hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Repl. Langer sollte den ihm zur Last gelegten Meineid in einem Civilproceß Langer o/a. Bauunternehmer Wehnisch, genannt Djalas geleistet haben. Ein erbittertes Interesse gewann die Anklage durch die Art und Weise, wie das angebliche Verbrechen zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft gelangt war. Der durch den Eid Geschädigte war der Proceßgegner des Langer, also Wehnisch, der aber keine Anzeige gemacht, auch anderweitig keinen Auftrag dazu erteilt hatte; der Meineid war vielmehr von dem früheren Schutzmann und späteren Buchhalter Karl Pohl in einem vom 25. Mai 1889 datirten, ausführlichen Schreiben bei Gericht gemeldet worden. Als der Denunciant während mehrerer Monate keine Antwort auf sein Schreiben erhielt, fandte er am 6. August eine genaue Copie des Schriftstücks wiederum an die Staatsanwaltschaft ein. Von hier aus waren in der Sache schon polizeiliche Vernehmungen angeordnet worden; der Anzeige selbst begegnete man mit einem gewissen Mißtrauen, und zwar aus folgenden Gründen: Pohl, der wegen ordnungswidrigen Verhaltens im Dienst und Trunkenheit außer Dienst trotz seiner militärischen Verdienste — er besitzt sechs Orden und Ehrenzeichen — ohne Anspruch auf Pension aus dem Schutzmansdienst entlassen worden war, hatte bald nachher bei dem ihm von Jugend auf befreundeten Langer eine Stellung im Bureau gefunden, und erhielt zuerst monatlich 68 M., zuletzt 75 M. Gehalt. Nach 14-jähriger Thätigkeit bei Langer hatte der Werführer desselben gemeldet, Pohl habe verschiedene Beträge von 5 bis 20 M. unterschlagen. Pohl zeigte sich über die Anschuldigung entrüstet und gab freiwillig die Stellung auf. Wegen der Unterschlagungen kam er vor das Schöffengericht und wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. Dies war am 21. Mai 1889 geschehen und am 25. Mai hatte Pohl, wie schon erwähnt, die Anzeige gegen Langer erstattet. Der Meineid, dessen er den Langer bezichtigte, sollte aber schon am 3. Februar 1888 geleistet worden sein. Die ganze Denunciation war also zweifellos ein Racheact. In seiner heutigen Vernehmung mußte Pohl dies auch zugeben, behauptete aber, daß er trotzdem nur die Wahrheit berichtet habe. In dem Proceßverfahren hatte es sich um Ansprüche gehandelt, welche Langer gegen Wehnisch aufstellte, der in der Klage-Beantwortung weit höhere Gegenforderungen geltend machte. Für die Feststellung der Gegenforderungen kam es darauf an, ob Wehnisch für die Anfertigung der Dachdecker- und Klempnerarbeiten auf dem von Langer erbauten Hause, Victoriastr. Nr. 26, einen Kostenanschlag geliefert hatte, was von Langer eidlich abgelehnt wurde. Da Wehnisch nunmehr den Proceß verlieren mußte, so schloß er mit Langer durch Vermittelung des Bauunternehmers Coppel einen Vergleich, in welchem er einen Theil seiner Forderungen fallen ließ und auch die Proceßkosten übernahm. Anstatt von Langer 500 M. zu erhalten, hat Wehnisch noch 800 M. an denselben herausgezahlt. Die Beiden hatten nämlich für die gegenseitig aufgeführten Neubauten die Schloffer bzw. die Klempnerarbeiten geliefert und noch nie Abrechnung gehalten. Pohl will den Kostenanschlag, dessen persönliche Abgabe an Langer Herr Wehnisch behauptete, Ende 1887 selbst in die Acten des Grundstücks Victoriastr. Nr. 24, nicht Nr. 26, eingelegt haben und von dort soll derselbe, obgleich registriert, erst nach Ableistung des Eides durch Langer entfernt worden sein. Langer bestreitet alle Behauptungen des Pohl, der, nur von Rachegefühlen befeelt, nach seiner Meinung in allen Stücken die Unwahrheit sage. Pohl verwickelte sich in der That bei Abgabe seines Zeugnisses in arge Widersprüche, bestritt einen Theil seiner Thätigkeit in jenem Proceß auf ganz falsche Daten, und hielt an diesen Irthümern mit großer Zähigkeit fest, selbst als ihm der Vorsitzende die sofortige Haftnahme wegen Meineids in Aussicht stellte. Seine Aussage fand, soweit sie den Kosten-Anschlag betrifft, durch die Befundungen des Wehnisch volle Unterstützung, der den Anschlag am 13. Juli 1887 dem Langer überbracht haben will. Im Widerspruch damit steht die von mehreren Zeugen befundene Thatsache, daß Langer in jener Zeit bettlägerig krank gewesen ist, und auf ärztliche Anordnung überhaupt keine Besuche empfangen oder gar geschäftlich thätig sein durfte. Wehnisch hat die jegliche Angabe auch nicht in allen seinen Vernehmungen gemacht, und in der Civilklageantwortung spricht sein Rechtsanwalt nur davon, daß der Anschlag „überhandt“ worden sei. Es werden noch eine Menge Zeugen für und wider gehört, deren Aussagen mit gegnerischen Befundungen nicht in Einklang zu bringen sind. Man muß allgemein annehmen, daß dem Anschlag früher die jegliche Bedeutung gefehlt hat, der Vorgang sich also im Gedächtniß der Zeugen vermischt. Um die Vereidigung des augenscheinlich unglaubwürdigen Pohl entpand sich zwischen Staatsanwalt und Verteidiger eine lebhafteste Debatte; derselbe wurde schließlich, da gesetzliche Hinderungsgründe nicht vorlagen, verurteilt. Vorher hatte der Staatsanwalt zwei Angaben desselben zu Protokoll nehmen lassen: einmal, daß er gelegentlich habe, er sei vor 8 Tagen dem Langer an der Bahnunterführung entgegengetreten und habe demselben gesagt: „Siehst Du, Du Schuft, nun werde ich Dich auf ein paar Jahre in das Zuchthaus beforgen.“ — und daß er zweitens nicht derjenige gewesen sei, der die Rüge, betreffend die Verhaftung des Langer, in eine hiesige Zeitung geliefert habe. Der Staatsanwalt stellte an die Geschworenen selbst den Antrag, dem Pohl keinen Glauben zu schenken,

und verlangte die Verurteilung des Langer lediglich auf die von Wehnisch gemachten Befundungen; der Verteidiger maß auch diesen Aussagen nicht den zur Verurteilung ausreichenden Werth bei, während er betreffs des Zeugen Pohl ausführte, daß derselbe wahrscheinlich planmäßig mit dem von ihm geführten Actenstück operirt habe, um durch das angebliche Verschwinden des Anschlags gegen Langer auftreten zu können. Die Geschworenen waren kaum in ihr Beratungszimmer getreten, so verkündigte die Klingel schon die Fertigstellung ihres Beschlusses, der dem Antrage des Verteidigers gemäß auf Nichtschuldig lautete. Dadurch war die Freisprechung des Angeklagten bedingt; der Gerichtshof bedurfte jedoch längere Zeit, ehe er dieses Erkenntnis verkündete. Im Saale machte sich inzwischen große Aufregung bemerklich, da man allgemein der Ansicht war, es würde die Verhaftung eines Zeugen beschlossen werden. Gleichzeitig mit der Freisprechung des Angeklagten wurde, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, die Freigabe der 20 000 Mark Caution beschlossen. Damit schloß Mittags 4 Uhr die Sitzung.

Die zweite für heut anstehende Verhandlung hat von der Terminrolle abgesehen werden müssen, weil die in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte, Stellenbesitzerin Theresia Kaubewitz, geb. Krüch, aus Clarencranitz erst vor einigen Tagen entbunden worden ist, einer Schwurgerichtssitzung demnach nicht beizumohnen kann.

Handels-Zeitung.

* Jahresbericht der Handelskammer zu Breslau. (II.) Unsere Mühlen haben bis zur neuen Ernte schlanken Absatz zur Versorgung des heimischen Consums und auch ein leidliches Exportgeschäft gehabt. Nach der Ernte ist aber eine Wendung zum Schlechten und zwar bei der Roggenmüllerei schneller als bei der Weizenmüllerei eingetreten, weil jene von Vorräthen noch mehr entblößt war als diese. Für die Roggenmühlen hielt es in der zweiten Hälfte des Jahres oft schwer, das nöthigste Material zu beschaffen. Später mehrten sich die Zufuhren, doch blieb das Rendiment schlecht und der Abzug nach Aussen stockte gänzlich. Im Allgemeinen war das finanzielle Ergebniss des Mählengeschäfts in Schlesien ein recht wenig befriedigendes. — Das Geschäft in Spiritus und Sprit blieb wie in den letzten Monaten des Vorjahres zunächst schleppend und bei gänzlich stockendem Export auf die Versorgung des inländischen Consums, welcher durch die Steuererhöhung zunächst zurückgegangen war, beschränkt. Mit Ungeduld sah man der angekündigten Aenderung der Spiritusbesteuerung in Spanien entgegen, von der man eine Wiederbelebung des Spritexportgeschäftes nach diesem Lande erhoffte. Die wechselnden Chancen des bezüglichen Gesetzesentwurfs bewirkten erkennbare Preisschwankungen auf dem deutschen Markte. Als das erwartete Gesetz endlich perfect geworden und am 1. Juli in Kraft getreten war, zeigte sich zunächst, dass in Spanien selbst bereits grosse Spritbestände (hauptsächlich Carlschamer Erzeugung) unter Zollverschluss eingelagert waren, welche nun in den freien Verkehr gesetzt wurden. Auch Hamburger und österreichisch-ungarische Späte erschienen bald am spanischen Markte, begünstigt durch billige Notirungen am Ursprungsplatze, wogegen Schlesiens Fabriken nur wenig Antheil am Export zu nehmen vermochten. Der inländische Consum gestaltete sich in der zweiten Hälfte des Jahres bedeutend lebhafter als in den vorhergegangenen Monaten. — Auf dem Gebiete der Textilindustrie sind sehr verschiedene Geschäftsergebnisse im vorigen Jahre zu verzeichnen gewesen. — Die Leinenindustrie scheint trotz der wesentlich gestiegenen Flachpreise während des ganzen Jahres mit Nutzen gearbeitet zu haben. Leinene Gespinnte hatten wesentliche Preiserhöhungen und zeitweise sehr günstige Absatzverhältnisse aufzuweisen. Namentlich gingen auch die feineren leinenen Gespinnte und Gewebe wieder besser, als seit langer Zeit. — Die Baumwollspinnerei litt im dritten Quartal wesentlich unter dem Mangel an Rohstoff und den hohen Preisen desselben. Rohe Cattune, welche seit Jahren vernachlässigt gewesen waren und den Producenten eher Verlust als Gewinn gebracht hatten, waren von der Conjunction ungemein begünstigt. — Die Kammgarnspinnerei konnte sich während des grössten Theiles des vorigen Jahres bei allmählig steigenden Preisen eines lebhaften Geschäftsganges erfreuen. Wollene Strickgarne dagegen waren Anfangs vernachlässigt und erst in den späteren Monaten gestaltete sich das Geschäft darin lebhafter. Der Absatz von wollenen und halb wollenen Tuchwaaren war ein reger, die Umsätze grösser als seit Jahren. — Die schlesische Baumwollspinnerei empfindet es sehr drückend, dass sie von allen Baumwolle consumirenden Gegenden Deutschlands für ihr Rohmaterial die theuerste Bahnfracht zahlen muss, während der Absatz der Waaren nach dem Osten ausgeschlossen ist und die Provinz grösstentheils nur nach dem Westen hin verkaufen kann, wo sie mit den in der Fracht bevorzugten Gegenden concurriren muss. — Nur Erfreuliches ist über die Eisenindustrie zu berichten. Während des ganzen Jahres fanden die Werke lohnende Beschäftigung zu steigenden Preisen. In das neue Jahr wurden umfangreiche Aufträge hinübergenommen. Ähnlich lauten die Berichte über die schlesische Zinkindustrie. — Die Bauhätigkeit war in Breslau eine sehr rege, wobei nur zu beklagen blieb, dass Bauausführungen der Bauspeculanten, welche in Bezug auf Solidität und Schönheit der Ausführung meist viel zu wünschen übrig lassen, den breitesten Raum einnehmen. — An der Börse war, wie schon Eingangs angedeutet, eine animirte, zu optimistischen Auffassungen geneigte Stimmung vorherrschend. Der Bankdiscont, bei Beginn des Jahres 4½ pCt., ging schon am 12. Januar auf 4 pCt. und am 4. Februar auf 3 pCt. zurück. Grosse Flüssigkeit des Geldes begünstigte die Unternehmungen der Bankinstitute, und bedenkliche politische wie wirtschaftliche Ereignisse schienen zunächst das zuversichtliche Vorgehen der Börse in keiner Weise hemmen zu können. Erst im zweiten Quartal trat eine Absehwächung ein, welche theils durch politische Momente (Trinkspruch des Zaren auf den Fürsten von Montenegro, Anrede des Kaisers von Oesterreich bei Eröffnung der Reichsraths-Delegationen), theils durch wirtschaftliche Erscheinungen (Bergarbeiter-Anstände und schlechte Ernte-Aussichten) bedingt war. Starke Verkäufe und Cours-Reductionen waren die notwendige Folge. Im Hochsommer blieb das Geschäft noch träge, in der zweiten Augushälfte aber, als die Kaiserbesuche in Berlin und London den politischen Horizont wieder völlig aufklärten und die Entwicklung der Eisenindustrie sichere Aussichten auf steigende Erträge der Montanwerke eröffnete, nahm das Börsengeschäft wiederum einen ganz ausserordentlichen Aufschwung. Derselbe wurde wesentlich dadurch gefördert, dass das Privateapital sich in einem Umfang und mit einem Eifer, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, an den Transactionen der Börse beteiligte. Eine Reihe von Neugründungen und namhafte neue Emissionen erfolgten. Obgleich nun schon im September die Reichsbank sich veranlasst sah — nach dem Vorgange der Bank von England — den Discont zu erhöhen und am 3. October den Wechseldiscontsatz weiter auf 5 pCt., den Lombardzinsfuß auf 6 pCt. heraufzusetzen, sowie nachstehend den Ankauf von Wechseln am freien Markte ganz einzustellen, so konnte die eingetretene gründliche Versteifung des Geldmarktes einen Umschwung der Stimmung an der Börse doch nicht herbeiführen. Wohl ermässigten Consols, Pfandbriefe, Eisenbahnobligationen und andere Anlagewerthe ihre Course, aber die Festigkeit der Montanwerthe und verwandter Industriepapiere zeigte sich ebenso unerschütterlich wie das Vertrauen der Privatkundschaft. (Fortsetzung folgt.)

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 27. Juni. Neueste Handelsnachrichten. Die gestrige Londoner Bankdiscont-Erhöhung veranlasste auch an hiesiger Börse eine Versteifung des Geldmarktes, welche in der Erhöhung des Prolongationszinsfußes auf ca. 5½ pCt. zum Ausdruck gelangte. Das Prolongationsgeschäft blieb eng begrenzt, wobei sich im Gegensatz zum bisherigen Verlauf der Ultimoregulierung für fast alle auf Zeit gehandelten Papiere ein ziemlich beträchtliches Angebot von Cassaware herausstellte. Im heutigen Prolongationsgeschäft bedangen Credit 0,20—0,175 bis 0,275 Report, Franzosen 0,075—0,125—0,10 Report, Lombarden 0,075 bis 0,05 Report, Commandit 0,45—0,60 Report, Deutsche 0,40—0,45 Report, Bochumer 0,35 Report, Dortmund 0,05 Report, Laura 0,25 Report, Italiener 0,05 Report, Ungarn glatt, Russische Consols 0,175 bis 0,15 Dep., 1880er Russen 0,125 Dep., Orient-Anleihe 0,125 Dep., Russ. Noten 0,20 Report. — An der heutigen Börse stellte sich der Course der 3½ proc. Egypter auf 91,40, der convertirten Türken auf 79,13 pCt. — Die Disconto-Gesellschaft hat den Prospect für die 4proc. Italienischen Mittelmeer-Obligations beim Börsen-Commissariat eingereicht. — Der Handel und die Notirung im nicht amtlichen Theil des amtlichen Fonde-

coursezettels der 4proc. stenerfreien Prioritäts-Anleihe der Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft (Conversion der 5proc. Prioritäts-Anleihen 2, 3, 4, 5, und 6. Serie der Warschau-Wiener Eisenbahn) wurde vom Börsen-Commissariat genehmigt. — Wie das „B.T.“ erfährt, wird das Börsen-Commissariat bei der Prüfung von Prospekten, respective bei der Zulassung neuer Papiere von jetzt ab strenger als bisher verfahren. — Der amerikanische Eisenmarkt bewahrt seine Festigkeit. Amerikanisches Anthracit-eisen ist stetig, für Bessemer-eisen ist reichliche Nachfrage, die Preise sind sehr fest. Schottisches Roheisen bleibt ruhig, aber stetig. Tiegleisen 1/2 Schilling niedriger und matt. Der Stahlmarkt zeigte steigende Tendenz. 35000 T. Stahlschienen sind eine Kleinigkeit unter dem laufenden Preise verkauft. Alle Fabrikate sind fest bei guter Nachfrage. Das Halbfabrikat Stahldraht ist meist be-
handelt und ziemlich gut gefragt, in Weissblechen wenig Geschäft, Preise stetig.

Berlin, 27. Juni. Fondsbörse. Der heutige Verkehr trug zu Beginn der Börse die Signatur der Schwäche, da sich ein Stücke-Ueberfluss herausstellte und Geld in Prolongation auf 5 1/2 pCt. anzog. Bald nach Beginn konnte sich indess die Haltung befestigen, theilweise auf den amerikanischen Eisenbericht. Ein weiteres Moment der Festigkeit bildete die steigende Bewegung, welche die österreichischen Exportbahnen einschlugen. Im allgemeinen blieb das Geschäft in engen Grenzen und die Course waren nur wenig verändert, zunächst Bankactien, von denen Commanditantheile Schwankungen unterlagen, jedoch schliesslich sich behaupten konnten. Dessen Bewegungen schlossen sich die übrigen Werthe mehr oder weniger an. Schwächer gingen Dresdner Bankactien um. Credit 165,10—165,25—164,90, Nachbörse 165,60. Commandit 221,50—221,60—221,25, Nachbörse 222,25. Montanwerthe anfänglich schwach, dann befestigt. Bochumer 165,70—166,50 bis 165,90—166,60, Nachbörse 166,75. Dortmunder 88,50—88,90 bis 88,60—89,10, Nachbörse 88,75. Laura 143,80—144,40, Nachbörse 144,75. Oesterreichische Bahnen fest, theils auf günstige Exportperspectiven, theils auf Deckungen der Contremine, besonders Duxer, Elbthalbahn, Franzosen und Lombarden. Buschtierader, die aus Anlass von Realisationen schwächer eröffnet hatten, konnten sich ebenfalls später befestigen. Am heimischen Bahnenmarkt war Geschäftsanlust vorherrschend, die mit Schwäche auf diesem Gebiete Hand in Hand ging. Besonders wurden Lübeck-Büchener billiger offerirt. Von fremden Bahnen Warschau-Wiener schwächer. Fremde Renten neigten anfangs auf matte Auslandsnotierungen zur Schwäche, namentlich Türken, Italiener und russische Fonds, sowie Noten. Türkenwerthe auf das Dementi betriebs der gestrigen Meldung der „Agence de Constantinople“ über angeblich bevorstehende Veränderungen in der türkischen Staatsschuldenverwaltung später erholt. 1880er Russen 96,80—96,70, Nachbörse 96,60. Russische Noten 233 bis 233,75—233,50, Nachbörse 234,25. Im weiteren Verlauf unterlag die Tendenz leichten Schwankungen, bis zum Schluss die Festigkeit über-
wog. Cassabanken still. Cassabanken abgeschwächt. Industriepapiere ruhig. Inländische Fonds theilweise gebessert, 4 proc. Reichsanleihe (0,30 pCt.), 3 1/2 proc. Reichsanleihe (0,10 pCt.) Oesterreichische Prioritäten still, aber behauptet. Von russischen Prioritäten Markschancen wieder gebessert. Die übrigen still und theilweise niedriger. Auch amerikanische Prioritäten wenig belebt.

Berlin, 27. Juni. Productenbörse. Der Siebenschläfer-Aberglau-
be dirigit die Tendenz des heutigen Marktes. Mit dem gestern Abend eingetretenen Regenwetter hat die Stimmung sich wesentlich versteift und der Verlauf des Geschäfts war recht fest, obwohl es zur Börsenzeit nicht mehr regnete. — Loco Weizen fest. Im Terminhandel wurden zahlreiche Deckungen vollzogen, wozu sich schliesslich auch die Londoner Meldung „Regen“ als stimulirend gesellte. Die Course stiegen unter lebhaften Umsätzen für nahe Sichten ca. 2 1/2 M., für die späteren nahezu 2 Mark. Schluss recht fest. — Loco Roggen wenig belebt, indess fest. Der Terminhandel verlief zwar fest, aber nicht mit dem in Folge des Siebenschläfer-Regens erwarteten Animo. Die Course schlossen nur 1—1 1/2 M. höher, weil russische Offerten im Markte waren, die auch zu Abschlüssen führten, auf welche hier verkauft wurde. Gehandelt wurde Dampfer prompt zu 104 M., ein im Laden begriffener zu 102 1/2 M. und einer per September a. St. zu 96 M. eif. Hamburg. — Loco Hafer fest. Von Terminen ferne besser bezahlt, am meisten wiederum per Juni, welcher ca. 3 Mark höher schloss. — Roggenmehl 25 Pf. theurer. — Mais gut preishaltend. — Rübsöl etwas besser bezahlt, aber wenig belebt. — In Spiritus wurden Ankäufe per September-October weiter fortgesetzt, weshalb der Werth dieser Sicht um 20 Pf. an-
zog, während die anderen Termine nur 10 Pf. besser schlossen. Der Umsatz ging über einen mässigen Umfang nicht hinaus.

Posen, 27. Juni. Spiritus loco ohne Fass 50er 55,20, 70er 36,30, Mark. — Tendenz: Fest. — Wetter: Trübe.
Hamburg, 27. Juni, 3 Uhr 30 Min. Nachm. Kaffeemarkt. (Tele-
gramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) Good average Santos per Juni —, per September 86 1/4, per December 78 1/2, per März 1891 77 1/4. — Ten-
denz: Flau.

Hamburg, 27. Juni, 8 Uhr 10 Min. Nachm. Kaffeemarkt. (Tele-
gramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) September 86 1/4, December 79, März 1891 77 1/4, Mai 1891 77 1/4.

Amsterdam, 27. Juni, Nachm. Java-Kaffee good ordinary 54 1/2, 55 1/2.
**Havre, 27. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Ham-
burger Firma Peimann Ziegler und Co.) Kaffee. Good average Santos per September 106,75, per December 98,50, per März 1891 97, —. — Tendenz: Behauptet.**

Hamburg, 27. Juni, 7 Uhr 40 Min. Abends. Zuckermarkt. (Tele-
gramm von Arnth & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockauer in Breslau.) Juni 12,35, August 12,37, October-
December 11,87, März 1891 12,15, Mai 1891 12,37. — Tendenz: Be-
hauptet.

Paris, 27. Juni, Nachm. Zuckerbörse. Anfang Rohzucker 88^o be-
hauptet, loco 31,75, weisser Zucker ruhig, Nr. 3 per Juni 34,62 1/2, per Juli 34,75, per Juli-August 34,75, per October-Januar 33,62 1/2.

Paris, 27. Juni. Zuckerbörse. Schluss Rohzucker 88^o ruhig, loco 31,75, weisser Zucker ruhig, per Juni 34,62 1/2, per Juli 34,75, per Juli-August 34,75, per Octbr.-Januar 33,62 1/2.

London, 27. Juni. Zuckerbörse. 96^o Java-Zucker 14 1/4, ruhig, Rüben-Rohzucker (neue Ernte) 12 1/4. Tendenz: Ruhig.

London, 27. Juni, 12 Uhr 12 Min. Zuckerbörse. Flau. Bas. 88^o per Juni 12,3, per Juli 12,3, per August 12,3 1/2, per October-
December 11,10 1/2.

Newyork, 26. Juni. Zuckerbörse. Fair refining muscovades 4 1/4.

Hamburg, 27. Juni. Petroleum. Ruhig. Loco 6,75 Br., per Aug.-December 7,05 bez. Wetter: —.

Bremen, 27. Juni. Petroleum. (Schlussbericht.) Still. Standard white loco 6,65 Br.

**Antwerpen, 27. Juni. 2 Uhr 15 Min. Nachm. (Petroleum-
markt.)** (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 17 1/4 bez. und Br., per Juni 17 1/4 Br., per August 17 3/8 Br., per September-December 17 1/2 Br. Ruhig.

London, 27. Juni. Wollanction. Mässige Betheiligung

Amsterdam, 27. Juni. Bancazinn 56 1/2.

London, 27. Juni, 1 Uhr 57 Min. Kupfer. Chili bars good ordinary brands 59 Lstr. 2 Sh. 6 D. — Zink 23 Lstr. 5 Sh. — Blei 13 Lstr. 5 Sh. — Rohelisen mixed numbers warrants 45 Sh. 6 D.

Glasgow, 27. Juni. Roheisen. 26. Juni. 27. Juni. (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. 45 Sh. 2 1/2 D. 45 Sh. 7 D.

Leipzig, 27. Juni. Kammzug-Terminmarkt. [Original-Tele-
gramm von Berger & Co. in Leipzig.] Octbr. 4,20 bez. Unentschieden.

Börsen- und Handels-Depeschen.

**Berlin, 27. Juni, 3 Uhr 40 Min. (Dringliche Original-Depesche
der Breslauer Zeitung.)** Still, böhmische Bahnen steigend.

Cours vom 26. 27.

Berl. Handelsact. ult. 167 50 167 25 **Oestr. Südb.-Act. ult.** 99 50 98 87

Disc.-Command. ult. 222 — 222 25 **Drum. Union-St.Pr. ult.** 88 62 88 75

Oestr. Credit. ult. 165 25 165 62 **Franzosen. ult.** 101 75 101 62

Laurahütte. ult. 144 75 144 75 **Galizier. ult.** 87 50 87 25

Warschau-Wien. ult. 227 — 229 — **Italiener. ult.** 94 37 94 37

Harpener. ult. 192 — 191 50 **Lombarden. ult.** 60 75 60 62

Berlin, 27. Juni. (Amtliche Schluss-Course.) Fest.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Cours vom 26. 27.

Galiz. Carl-Ludw. ult. 87 40 87 30 **Tarnowitzer Act. ult.** 21 70 21 —

Gotthard-Bahn ult. 169 70 169 70 **do. St.-Pr. ult.** 92 70 92 50

Lübeck-Büchen. ult. 168 50 167 70 **do. Inländische Fonds.**

Mainz-Ludwigshafn. ult. 118 50 118 40 **D. Reichs-Anl. 4 1/2 107 10 107 40**

Marienburger. ult. 65 40 64 90 **do. do. 3 1/2 100 50 100 40**

Mecklenburger. ult. — — — — **Posener Pfandbr. 4 1/2 102 10 102 —**

Mitteelb.-Bahn ult. 112 50 111 60 **do. do. 3 1/2 98 30 98 —**

Ostpreuss. St.-Act. ult. 99 70 99 — **Preuss. 4 1/2 cons. Anl. 106 — 106 —**

Warschau-Wien. ult. 227 10 226 20 **do. 3 1/2 100 70 100 70**

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten. **do. Pr.-Anl. de 55 162 40 162 —**

Breslau-Warschau. ult. 62 — 62 50 **do. 3 1/2 St.-Schl. 99 90 99 75**

Bank-Actien. **Schl. 3 1/2 Pf. Br. L.A. 99 10 99 10**

Bresl. Discontobank. ult. 108 50 108 40 **do. Rentenbriefe. 103 20 102 70**

do. Wechselbank. ult. 107 10 107 — **Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.**

Deutsche Bank. ult. 167 20 166 70 **Oberschl. 3 1/2 Lit. E. 99 40 98 90**

Disc.-Command. ult. 222 — 222 20 **do. 4 1/2 1879 100 30 —**

Oest. Cred.-Anst. ult. 165 50 165 40 **R.-O.-U.-Bann 4 1/2 100 30 100 30**

Schles. Bankverein. ult. 125 50 125 — **Ausländische Fonds.**

Industrie-Gesellschaften. **Egypter 4 1/2 97 20 96 80**

Archimedes. ult. 137 70 137 60 **Italienische Rente. — — 94 20**

Bismarckhütte. ult. 215 — 215 25 **do. Eisenb.-Oblig. 58 30 58 30**

Bochum-Gussst. ult. 168 — 166 20 **Mexikaner. ult.** 98 50 97 90

Bresl. Bierbr. St.-Pr. ult. 63 70 63 70 **Oest. 4 1/2 Goldrente 94 90 94 90**

do. Eisenb. Wagenb. ult. 163 20 162 50 **do. 4 1/2 Papirr. 76 60 —**

do. Pferdebahn. ult. 142 50 142 — **do. 4 1/2 Silber. 77 — 77 10**

do. verein. Oelfabr. ult. 89 20 89 20 **do. 1880er Loose. 126 20 126 20**

Donnersmarchk. ult. 84 90 84 50 **Poin. 5 1/2 Pfandbr. 67 90 67 80**

Dorm. Union St.-Pr. ult. 89 50 89 10 **do. Liqn.-Pfandbr. 64 80 64 80**

Erdmannsd. Spinn. ult. 96 40 96 30 **Rum. 5 1/2 Staats-Obl. 98 90 98 80**

Fraust. Zuckerfabrik ult. 148 — 149 50 **do. 6 1/2 do. do. 102 30 102 —**

Giesse Cement. ult. 131 — 131 — **Russ. 1880er Anleihe 96 90 96 70**

Görlitz-Bd. (Lüders) ult. 165 50 164 50 **do. 1883er do. 109 10 109 20**

Hofm. Waggonfabrik ult. 168 10 167 70 **do. 1889er do. 97 50 97 10**

Kattowitz Bergb.-A. ult. 129 50 129 — **do. 4 1/2 B.-Gr.-Pfor. 100 — 99 70**

Kramsta Leinen-ind. ult. 144 40 144 40 **do. Orient-Anl. II. 72 50 72 40**

Laurahütte. ult. 144 50 144 70 **Serb. amort. Rente 86 60 86 70**

Nobeldyn. Tr.-Cult. ult. 154 50 155 — **Türkische Anleihe. 18 90 18 70**

Nordd. Lloyd ult. 156 50 157 — **do. Loose. — 80 60 80 20**

Oschl. Chamotte-F. ult. 134 50 135 — **do. Tabaks-Actien 137 20 133 —**

do. Eisb.-Bed. ult. 96 90 96 70 **Ung. 4 1/2 Goldrente 89 40 89 40**

do. Eisen-ind. ult. 173 50 173 50 **do. Papierrente. 86 50 86 70**

do. Portl.-Cem. ult. 128 20 128 — **Banknoten.**

Oppein. Portl.-Cem. ult. 112 — 112 — **Oest. Bankn. 100 Fl. 174 35 174 30**

Redenhütte St.-Pr. ult. 120 90 121 — **Russ. Bankn. 100 R. 233 50 233 70**

do. Oblig. ult. — — — — **Wechsel.**

Schlesischer Cement ult. 148 50 148 — **Amsterdam lang. — 168 65 —**

do. Dampf.-Comp. ult. 123 50 124 — **London 1 Lstr. 8 T. 20 34 1/2 —**

do. Feinversich. ult. 1991 — 1990 — **do. 1 3 M. 20 20 —**

do. Zinkh. St.-Act. ult. 182 — 181 50 **Paris 100 Fres. 8 T. 80 85 —**

do. St.-Pr.-A. ult. 182 — 181 10 **Wien 100 Fl. 8 T. 173 90 173 85**

Privat-Discont 3 1/2 100 30 100 30

Warschau 100 R. 233 10 233 50

Berlin, 27. Juni. (Schlussbericht.)

Cours vom 26. 27.

Weizen p. 1000 Kg. ult. 204 75 207 — **Rübsöl pr. 100 Kgr. ult.** 68 70 68 50

Höher. ult. 187 50 189 50 **Juni. ult.** 62 — 63 —

Juni-Juli. ult. 179 50 181 25 **Septbr.-October. ult.** 54 50 54 70

Roggen p. 1000 Kg. ult. 157 — 158 25 **Spiritus**

Höher. ult. 151 25 152 75 **pr. 10000 L.-pCt.**

Juni-Juli. ult. 147 75 149 25 **Fester.**

Juni-August. ult. 174 — 176 50 **Loco. ult.** 70er 36 40 36 60

Juli-August. ult. 150 — 152 — **Juni-Juli. ult.** 70er 35 40 35 50

Septbr.-October. ult. 139 — 139 75 **Juli-August. ult.** 70er 35 40 35 50

Stettin, 27. Juni. — — — — **Aug.-Septbr. ult.** 70er 35 70 35 80

Cours vom 26. 27. **Loco. ult.** 50er 56 10 —

Weizen p. 1000 Kg. ult. 193 50 194 50 **Stettin, 27. Juni. — — — —**

**Frankfurt a. M., 27. Juni, 7 Uhr 10 Min. Abends. Credit-
Actien 263,62, Staatsbahn 201,25, Lombarden 120,75, Laura 144,60,
Ung. Goldrente 89,70, Egypter 97, —, Türkenloose 25,15. — Still.**

Abendbörsen.

Marktberichte.

W. Getreide- etc. Transporte. (Verspätet eingetroffen.) In der

Woche vom 15. bis incl. 21. Juni cr. gingen in Breslau ein:

Weizen: 90000 Kgr. von der Oberschlesischen Strecke und deren

Seitenlinien, 176500 Kgr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn,

30000 Kgr. über die Breslau-Posener Eisenbahn, 5200 Kgr. über die

Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 1500 Kgr. über dieselbe

von der Oels-Gnesener Eisenbahn, 32500 Kgr. über die Rechte-Oder-

Ufer-Bahn von der Oberschlesischen Eisenbahn, 7100 Kgr. über die

Breslau-Freiburger Eisenbahn, im Ganzen 420400 Kgr. (gegen 592500

Kilogramm in der Vorwoche).

Roggen: 10000 Kgr. von der Oberschlesischen Strecke und deren

Seitenlinien, 20000 Kgr. über die Breslau-Posener Eisenbahn, 51600

Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 60900 Kgr.

über dieselbe von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, 195600 Kilogr.

über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oels-Gnesener Eisenbahn,

2500 Kgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Breslau-Warschauer

Eisenbahn, 161600 Kilogr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der

Oberschlesischen Eisenbahn, im Ganzen 502200 Kilogr. (gegen 205600

Kilogr. in der Vorwoche).

Gerste: 130000 Kilogramm von der Kaiser Ferdinands-Nordbahn

über Oderberg, 70000 Kgr. von der Oberschlesischen Strecke und

deren Seitenlinien, 30000 Kgr. über die Breslau-Mittelwalder Eisen-

bahn, im Ganzen 230000 Kgr. (gegen 260000 Kgr. in der Vorwoche).

Hafer: 45000 Kgr. von der Oberschlesischen Strecke und deren

Seitenlinien, 30000 Kilogr. über die Breslau-Mittelwalder Eisenbahn,

3700 Kgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 18900

Kilogr. über dieselbe von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn, 38000

Kilogramm über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Breslau-War-

schauer Eisenbahn, 26500 Kgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von

der Oberschlesischen Eisenbahn, 10000 Kgr. über die Breslau-Freiburger

Eisenbahn, im Ganzen 205600 Kilogr. (gegen 133000 Kilogr. in der

Vorwoche).

Mais: 100000 Kgr. aus Galizien und Rumänien (gegen 60000 Kgr.

in der Vorwoche).

Oelsaaten: 10000 Kilogr. aus Ungarn über Ruttek (in der Vor-

woche Nichts).

Hülsenfrüchte: 10000 Kgr. aus Ungarn über Ruttek, 1600 Kgr.

über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 5100 Kilogr. über

dieselbe von der Oels-Gnesener Eisenbahn, 10200 Kilogr. über die

Rechte-Oder-Ufer-Bahn von der Oberschlesischen Eisenbahn, im Ganzen

26900 Kilogr. (gegen 23000 Kilogr. in der Vorwoche).

Dagegen gelangten in derselben Woche in Breslau zum Versand:

Weizen: 7600 Kgr. auf der Breslau-Freiburger Eisenbahn (gegen

Nichts in der Vorwoche).

Roggen: 15200 Kilogr. auf der Breslau-Freiburger Eisenbahn,

10000 Kilogr. auf der Oberschlesischen Eisenbahn, 20300 Kilogr. über

die Rechte-Oder-Ufer-Bahn nach der Breslau-Freiburger Eisenbahn,

im Ganzen 45500 Kgr. (gegen 40400 Kgr. in der Vorwoche).

Gerste: 16500 Kgr. von der Oberschlesischen nach der Breslau-

Freiburger Eisenbahn (gegen 30000 Kgr. in der Vorwoche).

Hafer: 10000 Kilogr

Bekanntmachung.

Nach der in der General-Versammlung der Actionäre der Reichenbach-Wüstewaldsdorfer Aktien-Gesellschaft beschlossenen Rechnung über das Verwaltungsjahr 1889 hat sich als Einnahme der Betrag von 31,994 Mark 84 Pf., als Ausgabe der Betrag von 31,791 „ 84 „

sonit ein Gewinn von 203 Mark — Pf. ergeben, welcher letzterer nicht unter die Actionäre als Dividende zur Verteilung kommt.

Der Rezervefonds beträgt 6000 Mark und die Zinsen desselben sind zur Verwaltungskasse geflossen.

Dies wird hiermit bekannt gemacht. [7564]

Reichenbach i. Schleif., den 26. Juni 1890.

Das Directorium des Reichenbach-Wüstewaldsdorfer Chaussee-Vereins.

Verdingung von Dampfkesseln etc.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung sollen behufs Einrichtung von 2 Stück bedeckten Güterwagen als Kesselwagen zur Dampfschiffung für Personenzüge die erforderlichen Dampfkessel nebst Wasser- und Kohlenbehältern in einem Loofe beschafft werden. Lieferungsbedingungen und Zeichnung liegen in dem unterzeichneten Bureau von 9 bis 12 Uhr Vormittags zur Einsicht aus und werden von demselben gegen postfreie Einsendung von 2 Mark in baar portopostlich abgegeben. Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Angebot auf Lieferung von Dampfkesseln für Güterzüge“ zu dem auf Freitag, den 11. Juli 1890, Vormittags 11 Uhr, anberaumten Termin an das unterzeichnete Bureau, Brüderstraße 36, einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. [7562]

Breslau, den 24. Juni 1890.

Maschinen-technisches Bureau der Königl. Eisenbahn-Direction.

Verdingung

der Herstellung der Verstärkung der eisernen Ueberbaue der Brücken über den Bartsch-Fluß und den Leder-Graben in km 48,2 + 14,4 bzw. km 47,9 + 35 der Strecke Breslau-Dissa einschl. Materiallieferung.

Die Lieferungsbedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer 21 — Centralbahnhof — hieselbst aus und können auch von da gegen portofreie Einsendung von 2 Mk. bezogen werden. Eröffnungstermin der Angebote am 7. Juli 1890, Vormittags 11 Uhr. Zuschlagsfrist 4 Wochen. [7561]

Breslau, den 16. Juni 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt (Brieg-Dissa).

Ausschreibung

Die Lieferung und Errichtung von Stellwerks-Anlagen für drei Kreuzungsstellen der Strecke Glogau-Brieg-Dissa soll in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Angebote sind versiegelt und versehen mit der Aufschrift „Angebot auf Lieferung von 3 Stellwerken“ bis zum 10. Juli, Mittags 12 Uhr, bei uns postfrei einzureichen; um diese Stunde erfolgt auch die Eröffnung der eingegangenen Angebote. Die Ausschreibungs-Unterlagen können hieselbst eingesehen oder gegen postfreie Einsendung von 1,0 Mark von uns bezogen werden. [7540]

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Reiffe, den 21. Juni 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt.

Gerichtlicher Verkauf, Ring Nr. 16.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs Oswald Leska, hier, Ring 16, soll in Folge Beschlusses des Gläubiger-Ausschusses vom 26. Juni cr. die gesamte Restaurations-Einrichtung nebst den Schankgerätschaften und dem Warenvorrath, deren Gesamt-Schwerth etwa 1700 Mk. beträgt, im Ganzen verkauft werden.

Die Besichtigung kann Sonnabend, den 28. Juni cr., von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr im Geschäftslocal, Ring 16, geschehen, woselbst auch die gerichtliche Taxe und die Verkaufsbedingungen ausliegen. Kaufofferten sind bis Sonnabend, Nachmittags 5 Uhr, im Bureau des Unterzeichneten, Feldstraße 11c, unter Hinterlegung einer Bietungs-Cautions von 300 Mark schriftlich abzugeben, woselbst auch im Falle der Zuschlag, welcher vorbehalten bleibt, dem Meistbietenden erteilt wird. [7557]

Breslau, den 27. Juni 1890.

Johann Adolph Schmidt,

Concursverwalter.

Dr. Warschauer's Wasserheil- u. Kuranstalt nebst ärztlichem Pensionat für Knaben u. Mädchen im Soolbad Inowrazlaw.

Das ganze Jahr hindurch geöffnet. Ausführliche Prospekte gratis u. franco.

See- und Sool-Bad Kolberg.

Eisenbahn-Saison-Billet. Frequenz 1889: 8089 Gäste.

Obernigk-Sitten.

Kurhaus-Hotel, Weinhandlung, Restauration, [0239]
regelt in Balne gelegen, empfiehlt sich geneigter Beachtung. Gut ausgestattete und billige Zimmer. Pension, auch Jahrespension mit Uebernahme sämtlicher Verpflegung.

O. P. Pfuhl.

[7047] Auf-Extract und Noircir

Haarverjüngungsmittel; färbt natürlich, unschädlich.

E. Stoermers Nachf. F. Hoffschmidt, Obdaustr. 24/25.

2 gut erhaltene Kessel-Cylinder,

je 8 Meter lang und 1,80 Meter Durchmesser, die bisher als Melasserefervoirs dienten und sich zu Petroleum-, Spiritus- oder Liqueuraufbewahrung recht gut eignen, sind billig abzugeben in der

Natiborer Zuckerfabrik.

Ostseebad Warnemünde.

Ab Berlin u. Hamburg 45täg. Saisonbillet 4 1/2 St.; ab Kopenhagen 7 1/2 St. (2 Std. auf See). Prospect b. die Badeverwaltung.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 214 die Firma [7541]

„Th. Buresch“ zu Jauer und als deren Inhaber der Buchdruckermeister Theodor Buresch, Jauer, am 24. Juni 1890 eingetragen worden.

Jauer, den 24. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist die unter Nr. 606 eingetragene Firma:

„J. Harmsen jr.“ mit dem Sitze in Reiffe heute gelöscht worden.

Reiffe, den 24. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Herren-Confection en gros.

Ein erfahrener junger Mann, welcher eine mehrjährige Thätigkeit in obiger Branche nachweisen kann, wird als Lagerchef per sofort bei hohem Gehalt gesucht. [8344]

Schlesinger & Grünbaum.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 231 die Firma [7542]

„M. L. Schleicher“ zu Striegau und als deren Inhaber der Fabrikbesitzer Gustav Schleicher zu Berlin, Königin Augustastr. 27, am 24. Juni 1890 eingetragen worden.

Striegau, den 24. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unsern Firmen-Register ist heute bei Nr. 10 die Löschung der Handels-Gesellschaft [7545]

Schulz & Demsky zu Rosdjin eingetragen worden. Myslowitz, den 24. Juni 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Gutsbesitzer

in der Nähe von Warchau sucht

Associe,

Fachmann, mit 4000 Tblr. Capital für Kartoffel-Stärkefabrik.

Offerten sub Hanneman, Warchau (Polen), Delfastr. Nr. 9.

Wegen Vergrößerung eines alten feinen Geschäftes wird ein stiller

Theilnehmer mit baarer Einlage von 10 000 Mk. gesucht. Näheres unter A. F. 63 in der Exped. der Bresl. Ztg. [8332]

Gutsverkauf.

Wegen Uebernahme der väterlichen Besitzung stelle ich mein in Stannowitz, 1/4 Stunde von der Kreisstadt Ohlau belegenes Gut unter sehr günstigen Bedingungen zum Verkauf. Dasselbe incl. 25 Morgen vorzüglicher Ohle-Wiesen, 220 Morgen groß, die Gebäude, sowie das Inventar sind in bestem Zustande, Milchverwertung nach der Stadt. Signet sich auch zur Disposition. [2974]

Gustav Zimmermann, in Stannowitz bei Ohlau.

Größeres Fabrikgeschäft

suche ich zu kaufen. Anhangung beliebig. Gefällige Offerten erbitte unter A. 498 an Rudolf Mosse, Breslau. [2829]

Möbelgeschäft 1. Ranges

in bester Lage einer größeren Provinzialstadt, mit großer Kundschaft, ist zu verkaufen. [2992]

Offerten unter J. M. 5870 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Bierverlag

in einer Garnisonstadt, Umsatz 200 Hektoliter Bier per Monat, unter günstigen Bedingungen bald zu verkaufen. [8323]

Offerten erbitte unter B. 59 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Dr. Spranger'sche Heil-

salbe heilt gründlich veraltete Weinschäden, Wunden, böse Finger etc. in kürzester Zeit. Verminnt Hitze und Schmerzen. Beruhigt wildes Fleisch. Zieht jedes Geschwür, ohne zu schneiden, gelind und sicher auf. Bei Husten, Halsentzündung, Drüsen, Krampfadern, Quetsch., Reizen, Gicht tritt sofort Linderung ein. Zu haben i. d. Apotheken à Schachtel 50 Pf. [7534]

Geldstrafe mit Panzer empf. billigt A. Gerth, Rosenthalerstr. 16.

Eine schwarze Garnitur und ein Krankenfahrstuhl soj. billig zu verkaufen Zuckersstr. 6, II.

Eine gut erhalt. Papierschneidmaschine (v. C. Krause) w. zu kaufen gef. B. Schunert, Breslau, Kurze 33.

Rosenthalerstraße 1b, 1. Etage rechts, steht umzugs halber ein gut erhaltener

Berndt'scher Flügel zum Verkauf.

Stellen-Anerbieten

und Gesuche. Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Ein jüd. Mädchen, welches längere Zeit einem Haushalt selbstständig vorstand, i. Schneidern und Handarbeit geübt, sucht Stellung als Stütze der Hausfrau. Gef. Off. unt. M. 6. postlag. Pleß Oe.

Eine tüchtige, flotte Verkäuferin, der polnischen Sprache mächtig, suche ich für mein Posamentier-, Kurz- u. Weißwaaren-Geschäft unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Photographie zum sofortigen Antritt. [7483]

H. Sobotker, Inowrazlaw.

Kinderfr., Köch., Jungf., Schleif.,

Möb. f. A., Kinderstich, Küchenmöb. empf. Gaber, Gartenstraße 40.

Für die Monate

August, September und October sucht ein Stud. theol. Stellung als

Hauslehrer,

bew. Stunden auf dem Lande oder in der Stadt. Näheres durch

Senior Decke,

Kirchstraße 23. [8334]

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen

Lager-Commis.

Barnach & Löwy, Schirmfabrik, Tauenkiesstr. 17a. [7559]

Ein tüchtiger Verkäufer,

mit d. Galanterie-, Lederwaren-, Glas- und Porzellanwaarenbranche vollständig vertraut, wird per 1. Juli cr. zu engagiren gesucht.

Gest. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und Beifügung der Photographie nebst Zeugnissen erbeten. [7539]

Glücksmann & Rehnitz

in Ratibor.

Ein junger Mann, Manufac-

turist, sucht Stellung als Lagerist oder Verkäufer.

Gest. Offerten unter A. B. 57 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Ein tüchtiger Comptoirist aus der Expeditionsbranche m. Kenntniss d. hiesigen Verhältnisse kann sich melden. Offerten sub E. T. 58 an die Exped. der Breslauer Ztg.

Für meine Schuhfabrik suche ich zum sofortigen Antritt einen mit der Fabrikation vollständig vertrauten

jungen Mann.

M. Wielener, Riegnitz.

Ein Lehrling

mit guten Schulkenntnissen u. schöner Handschr. findet in meinem Tücher- u. Seidenwaarengeschäfte baldigst Stellung. [8337]

Eduard Bielschowsky,

Blücherplatz.

2 Lehrlinge

für unser Herren-Confection-Engros-Geschäft gesucht.

Schlesinger & Grünbaum.

Für mein Galanterie-, Kurz-, Spielwaaren-Engros- und Einzel-Geschäft suche ich 1 Volontair mit schöner Handschrift, 1 Lehrling mit den nöthigen Schulkenntnissen. [7517]

M. Kohn Jun., Reiffe.

Ein Lehrling

mit guter Schulbildung u. schöner Handschrift wird per 1. Juli c. gesucht. [7537]

Schriftl. Offerten erbeten unter Chiffre L. B. 185 an die Exped. der Bresl. Ztg.

Vermietungen und

Miethsgefüh.

Inertionspreis die Zeile 15 Pf.

Ein möbl. Zimmer, 1 Fenster, 3 verm., Ca. Wunsch m. Pension, i. e. adst. Fam., mö. Röh. Reiffestr. 46, I. I.

Vorderzimmer, möbl., Eing. Flur, Albrechtsstraße 7, II., zu verm.

Ein möbl. Zimmer Tauenkiesplatz 15, III., zu vermieten.

Reiffestr. 52

ist die erste und dritte Etage, bestehend aus 5 Zimmern, Cabinets und Küche, zu vermieten.

Näheres 2. Etage. [7320]

Hochpart.

5 Zim., Zubeh., Gart. zu verm. Friedr. Str. 84/86.

Im Centrum der Stadt ist das Parterre, 1. und 2. Stock, zu jeglichen Geschäft- oder Bureauzwecken besonders geeignet, sofort zu vermieten. [7525]

Gest. Offerten unter B. W. 27 hauptpostlagernd.

Obernigk.

In schöner Villa, nahe dem Sittenwalde, sind möblirte Wohnungen mit und ohne Pension zu vermieten. Auch finden junge Mädchen das angenehme Sommeraufenthalt bei mäßigen Preisen. Näh. in der Apotheke daselbst.

Kaiser Wilhelmstraße 10

herrschafft. Wohnungen 2. Etage per October, 3. Etage per bald zu vermieten. [7585]

Laden, auch mit Remisen, Keller,

Carlsstraße Nr. 44

zu vermieten.

[2949]

Eisenbahn-Curse

vom 1. Juni 1890 ab.

Eisenbahn-Personenzüge.

Kgl. Niederschles.-Märkische

Eisenbahn.

Nach bezw. von

Berlin, Hamburg, Bremen:

Abg. 6 U. fr. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 6 U. 30 M. Vm. — 10 U. 20 Min. Vm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 12 U. 35 M. Nm. (nur nach Sommerfeld). — 2 U. 55 M. (v. Oberschl. B.). — 6 U. 20 M. Ab. (nur bis Koblitz). — 10 U. 33 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 11 U. Ab. (v. Oberschl. B.).

Ank. 6 U. 24 M. Vm. (Schnellz. Oberschl. B.). — 7 U. 30 M. Vm. — 11 U. 25 M. Vm. (nur nach Sommerfeld). — 4 U. Nm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 5 U. 20 M. Nm. (Oberschl. B.). — 8 U. 5 M. Ab. (nur von Koblitz). — 8 U. 30 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 10 U. 59 M. Ab. (Oberschl. B.).

Nach bezw. von Glogitz, Dresden, Hof:

Abg. 6 U. fr. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 6 U. 30 M. Vm. — 10 U. 20 M. Vm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 2 U. 55 M. Nm. (vom Oberschl. B. nur bis Dresden). — 6 U. 20 M. Ab. (nur bis Lobau). — 10 U. 33 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 11 U. Ab. (v. Oberschl. B.).

Ank. 6 U. 24 M. Vm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 7 U. 30 M. Vm. — 4 U. Nm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 5 U. 20 M. Nm. (Oberschl. B.). — 8 U. 5 M. Ab. — 8 U. 30 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 10 U. 59 M. Ab. (Oberschl. B.).

Nach bezw. von Leipzig, Frankfurt a. M.:

Abg. 6 U. fr. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 6 U. 30 M. Vm. (nur bis Leipzig). — 10 U. 30 M. Vm. (Schnellz. v. Oberschl. B. über Koblitz-Sora). — 8 U. 30 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 10 U. 33 M. Ab. (v. Oberschl. B. über Glogitz). — 11 U. Ab. (v. Oberschl. B. über Glogitz).

Ank. 6 U. 24 M. Vm. (Schnellz. v. Oberschl. B. über Glogitz). — 7 U. 30 M. Vm. — 4 U. Nm. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 5 U. 20 M. Nm. (Oberschl. B.). — 8 U. 5 M. Ab. — 8 U. 30 M. Ab. (Schnellz. v. Oberschl. B.). — 10 U. 59 M. Ab. (Oberschl. B.).

Jeden Sonn- u. Feiertag bis auf Weiteres Extra-Personenzug nach Lissa. Abg. Niederschles.-Märk. Bahnhof 3 Uhr 5 Min. Nachm.

Oberschlesische Eisenbahn.

Oberschlesien, Krakau, Warschau, Wien:

Abg. 5 U. 45 M. fr. — 6 U. 40 M. Vm. (Schnellz.). — 8 U. 55 M. Vm. — 12 U. 15 M. Nm. — 4 U. 10 M. Nm. (Schnellz.). — 5 U. 20 M. Nm. (nur bis Ohlau). — 6 U. 30 M. Ab. — 9 U. Ab. (Schnellz., nur bis Kandrzin). — 11 U. 15 M. Ab. (nur bis Oppeln).

Ank. 5 U. 45 M. fr. (nur von Kandrzin). — 6 U. 41 M. Vm. (nur von Ohlau). — 8 U. 30 M. Vm. (nur von Oppeln). — 10 U. Vm. (Schnellz.). — 2 U. Nm. — 2 U. 30 M. Nm. — 6 U. 5 M. Ab. — 9 U. 3 M. Ab. — 10 U. 12 M. Ab. (Schnellzug).

Posen, Stargard, Stettin, Königsberg:

Abg. 6 U. 45 M. Vm. — 11 U. 15 M. Vm. — 1 U. 25 M. Nm. — 7 U. 30 M. Ab. — 11 U. 30 M. Ab. — 5 U. 35 M. fr. — 8 U. 43 M. Vm. — 2 U. 38 M. Nm. — 8 U. 2 M. Ab. — 10 U. 24 M. Ab.

Jeden Sonn- u. Feiertag bis auf Weiteres Extra-Personenzug nach Obernigk. Abg. 2 Uhr 5 Min. Nachm., Ank. 9 Uhr 59 Min. Abds.

Breslau, Glatz, Mittelwalde:

Abg. 6 U. 44 M. Vm. — 10 U. 25 M. Vm. — 1 U. Nm. (nur bis Glatz). — 5 U. 40 M. Nm. — 8 U. 10 M. Ab. (nur bis Münsterberg). — 10 U. 38 M. Vm. (nur von Münsterberg). — 10 U. 3 M. Vm. — 2 U. 30 M. Nm. — 6 U. 25 M. Ab. — 9 U. 3 M. Ab. — 10 U. 12 M. Ab. (Schnellzug).

Jeden Sonntag bis auf Weiteres Extra-Personenzug nach Mittelwalde. Abg. 5 Uhr 49 Min. Vorm., Ank. 11 Uhr 2 Min. Abds.

Telegraphische Witterungsberichte vom 27. Juni.

Von der deutschen Seewarte in Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort	Wind	Wetter	Bemerkungen
Milagmore...	754	12 WNW 6	wolkig.
Aberdeen...	751	11 NNW 1	bedeckt.
Christiansund...	754	11 W 3	wolkig.
Kopenhagen...	754	14 SSO 2	Regen.
Stockholm...	753	17 SSW 2	wolklos.
Haparanda...	751	13 still	Regen.
Petersburg...	754	16 still	wolkig.
Moskau...	753	19 S 1	wolkig.
Cork, Queenst.	759	14 WNW 4	h. bedeckt.
Cherbourg...	762	16 W 4	h. bedeckt.
Heider...	753	14 SW 1	wolkig.
Sylt...	752	13 WSW 1	bedeckt.
Hamburg...	755	13 WSW 3	bedeckt.
Swinemünde...	754	17 WSW 2	bedeckt.
Neufahrwasser...	757	15 NNO 1	heiter.
Memel...	755	14 still	Regen.
Paris...	761	15 WSW 2	bedeckt.
Münster...	756	15 SSW 1	Regen.
Karlsruhe...	758	22 SW 2	wolkig.
Wiesbaden...	758	18 still	Regen.
München...	761	19 SW 3	bedeckt.
Chemnitz...	758	16 SSO 1	Regen.
Berlin...	756	16 SW 3	Regen.
Wien...	758	17 still	wolkig.
Breslau...	757	17 SW 3	bedeckt.
Iste d'Aix...	764	17 WSW 3	bedeckt.
Nizza...	762	20 SW 1	heiter.
Triest...	762	24 still	bedeckt.

Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung ist auf dem ganzen Gebiete ziemlich gleichmäßig und daher die Luftbewegung allenthalben schwach, in Central-Europa aus meist südlicher Richtung. Das Wetter ist in Deutschland vorwiegend trübe, im Süden warm, im Norden ziemlich kühl; vielfach ist Regen gefallen. Berlin, Altkirch und Friedrichshafen hatten Gewitter.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil, sowie i